

Pazifik

INFORMATIONENSTELLE

Pazifik-Informationsstelle, Hauptstr. 2, 91564 Neuendettelsau

Tel: (+49) (0)9874/9 12 20, Fax: (+49) (0)9874/9 31 20, Email: Info@Pazifik-Infostelle.org

Dossier Nr. 85

Fidschi *Diskurse und Akteure der Gewalt*



Militärparade in Fidschi (© Foto <http://www.fijivillage.com>)

Autor:

Dr. Eberhard Weber

(Head of the School of Geography, Faculty of Islands and Oceans,
University of the South Pacific, Suva, Fiji Islands)

Erscheinungsdatum:

April 2008

Inhalt	Seite
Einleitung	4
Gewaltökonomie, Neue Kriege und alte Weisheiten	4
Die doch nicht so „edlen Wilden“ – Diskurse über Gewalt im vorkolonialen Fidschi	7
Staatswerdung und koloniale Befriedung	9
Kolonialwirtschaft und die Arbeitskräftefrage	12
Missionierung und Gewalt: Die Rolle der Kirchen im vorkolonialen und kolonialen Fidschi	17
Die Coups von 1987, 2000 und 2006	23
<i>Coups</i> in Fidschi und multi-kulturelle Gesellschaft	25
Fidschi im Kalten Krieg	27
Ratu Mara und die Coups von 1987 und 2000	33
Die Rolle der Kirchen in den Coups 1987, 2000 und 2006	34
Die Militarisierung Fidschis	38
<i>Greed</i> und <i>Grievance</i> : Renteneinkommen und Ressourcenkonflikte	43
Globalisierungsverlierer	47
Migration	53
Von Fidschi nach Falludscha und Kabul	54
Ausblick	56
Literatur	60

Diskurse und Akteure der Gewalt in Fidschi

Between 1987 and 2006 Fiji, a small state in the Pacific Ocean, experienced four coups in which Governments were removed from office by the military forces of the country or parts of it. Many observers contribute politically motivated violence in Fiji to ethnic tensions between indigenous ethnic Fijians and people of Indian origin, who immigrated to Fiji mainly between 1880 and 1920. While ethnicity can be considered as a contributing factor to political instability and violence in Fiji the existence of additional cleavages based on class and centre/periphery dichotomy creates a rather complex picture. Acts of violence are committed by indigenous Fijians, who hold political power in the country. The targets of politically motivated violence are not only people of Indian origin, but also indigenous Fijians. This gives an idea that the coups are also about conflicts within the Fijian society. Fijian elites try to gain power over the military and use it as an instrument to pursue their tribal interests. Such inner-Fijian conflicts are about loss of political and economic power in the process of modernization experienced by traditional chiefs of the tribal confederacies and conflicts caused by marginalization of indigenous people living in the periphery demanding their share from the process of development.

External actors like Australia, New Zealand and the USA, which consider the Pacific Island Region as their backyard and sphere of influence, add another layer to the internal conflicts. During the Cold War Pacific Islands were the nuclear testing grounds for the USA, France and Great Britain as well as a strategic region for the US-American Pacific Fleet. Since 9/11 the USA as well as Australia and New Zealand consider political instability in the Pacific Island Region as creating a breeding ground for international terrorism and thus a threat to their national security.

The economic and social consequences of political violence are disastrous: in each year of the coups production, employment and exports shrank considerably and it always took a couple of years before the economy had recovered from the political crisis. Between 1987 and 2006 more than 10 per cent of Fiji's population has left the country to look for a better life elsewhere. To blame political instability entirely for brain drain and economic decline however would be too simple. Fiji did lose out in the process of globalization. Regulations that had been established by metropolitan powers to protect their industries had favored Fiji's sugar and garment exports for quite a while. With changes initiated by the World Trade Organization the international trade environment has changed at the expense of Fiji.

Einleitung

Lange galten die Pazifischen Inselstaaten als „Oasen der Demokratie“ unter den Entwicklungsländern. Von den 93 Ländern, die zwischen 1945 und 1979 ihre Unabhängigkeit erlangten, waren gerade einmal 15 bis zum Ende der 1980er Jahre kontinuierliche Demokratien. Zwei Drittel dieser Staaten waren Pazifische Inselstaaten (Stepan und Skach 1993). Inzwischen hat Gewalt nun aber auch die Paradiese im friedlichen Ozean erreicht. Politische Instabilität lässt diese Region immer mehr als *'arc of instability'* erscheinen, der sich von Indonesien, über Ost-Timor, Papua-Neuguinea, die Salomonen und Fidschi bis hin zum polynesischen Königreich Tonga erstreckt (Duncan und Chand 2002, May 2002, Rumley et al. 2006). In Anspielung an schwache und gescheiterte Staaten in Afrika, wo Gewalt, Kriege und Bürgerkriege Entwicklung be- und verhindern (Kaplan 1994), sprechen einige Autoren sogar von einer *„Africanisation of the South Pacific“* (Chappell 2005, Reilly 2002, 2000, kritisch dazu: Fraenkel 2004). Auch Firth (2001) betont, dass sich der Mythos eines friedfertigen Südpazifik spätestens im Jahr 2000 zur letzten Ruhe bettete, als in Fidschi und den Salomonen binnen drei Wochen zwei vom Volk gewählte Regierungen durch die Gewalt der Gewehre aus ihrem Amt geputscht wurden. Inzwischen ist der Coup in Fidschi durch einen weiteren Militärputsch im Dezember 2006 bereits Historie. Die politischen Geschehnisse des Landes werden bis auf weiteres vom Militär geleitet, einer Institution, die in der Kolonialzeit entstanden ist und in Fidschi bislang vor allem nach innen wirkte. Fremde Armeen haben in der Geschichte Fidschis bislang selten eingegriffen. Ein *Conquest of Paradise* fand nicht statt, wohl aber eine Befriedung, die Vorbedingung zum Kolonialismus war. Von einheimischen Eliten wurde das Land gleich mehrmals der britischen Krone auf dem Serviertablett angeboten. Zugegriffen haben die Briten aber erst dann, als die Befriedung zwar noch nicht abgeschlossen, es aber absehbar war, dass sie erfolgreich im kolonialen Sinne sein würde, und ein offener Krieg wie etwa gegen die Maori in Neuseeland nicht zu befürchten war. Im Falle Fidschis war Kolonialismus ein Mechanismus, um die Macht einer einheimischen Elitegruppe zu vergrößern und zu stabilisieren.

Gewaltökonomie, Neue Kriege und alte Weisheiten

In der Literatur über Krieg wird in den letzten Jahren verstärkt darauf verwiesen, dass der klassische Krieg zwischen Staaten ein historisches Auslaufmodell geworden sei und „Neue Kriege“ seine Stelle eingenommen haben (Kaldor 2005, 1999, Münckler 2002). Mit dem Ende des Kalten Krieges hätten sich etliche geopolitische Verschiebungen eingestellt, die auch zu veränderten Formen dessen geführt haben, was gemeinhin als „Krieg“ bezeichnet wird. Es kann tatsächlich nicht übersehen werden, dass mit dem Ende des Kalten Krieges vieles anders geworden ist. Schlichte (2002) vermerkt dazu, dass die Zahl der weltweit geführten Kriege bis zum Beginn der 1990er Jahre kontinuierlich zugenommen habe und seither auf einem etwas niedrigeren Niveau verharre. Im Gegensatz zu den seltener werdenden zwischenstaatlichen Kriegen dominierten die innerstaatlichen Kriege, die in der ganz überwiegenden Mehrzahl in der Dritten Welt stattfinden und eine deutlich längere Dauer als frühere Kriege aufweisen und außerdem schwerer zu befrieden seien (ebenda: 115, siehe auch Schreiber 2001). Dennoch scheint es fragwürdig, das „Neue“ am Kriege darin zu sehen, dass sich Kriege nun zumeist innerhalb von Staatsgrenzen abspielten. Bürgerkriege gab es auch in der Vergangenheit und sie hatten nicht selten ihren Ursprung im Kalten Krieg. Oft hat eine der beiden Supermächte (oder gar beide) Bürgerkriegsparteien ideologisch, finanziell

und militärisch unterstützt. Durch die Doktrin der atomaren Abschreckung, durch das Gleichgewicht des Schreckens, versuchten die Supermächte systematisch einen „Heißen“ Krieg zu vermeiden, zumindest was die direkte militärische Konfrontation zwischen ihnen betraf. Auf einer tieferen, konventionellen Ebene jedoch schien alles erlaubt, vom Krieg zwischen Staaten, Bürgerkriegen und gewaltsamen Umstürzen von Regierungen: All dies gehörte zum Repertoire des Kalten „alten“ Kriegers. KGB und CIA wurden dadurch ebenso Kalte Kriegsparteien wie Pinochet und Honecker. Es ist also nicht das „Neue“, dass nun innerstaatliche Kriege ausgefochten werden. Die hatte es - wie angedeutet - auch schon bedingt durch den Kalten Krieg gegeben. Neu ist allerdings, dass nun ideologische Konstellationen als Ursachen, Hintergründe und Begründungszusammenhänge für Kriege zwischen und in Staaten auftauchen, die nicht so recht in das Schema des Ost-West-Konfliktes passen wollen, zumindest nicht vordergründig. Diese „neuen“ Konflikte werden zunehmend aus Nationalismen, ethnischen und/oder religiösen Spannungen sowie aus Instabilitäten in Staaten der Dritten Welt erklärt (Collier 2000, Evans 2003, Spanger 2002).

Manche Autoren verweisen auch darauf, dass Kriege immer mehr dem staatlichen Gewaltmonopol entgleiten, und nicht-staatliche Akteure eine zunehmend größere Rolle in gewalttätigen Auseinandersetzungen spielen. In Bürgerkriegen sind solche Konstellationen schon seit jeher präsent, zeichnen sich Bürgerkriege ja gerade dadurch aus, dass zumindest eine der Konfliktparteien nicht-staatlich, d.h. keine staatliche Armee ist, sondern paramilitärische Einheiten, Rebellenorganisationen, terroristische Vereinigungen oder kriminelle Banden sind in Kampfhandlungen eingebunden (Auga 2007). Andere Autoren heben hervor, dass private, kommerziell ausgerichtete Unternehmen zunehmend Aufgaben übernehmen, die zuvor ausschließlich dem Staat zufielen. Hier wird häufig auf eine Privatisierung von Sicherheit oder Kriegsdiensten hingewiesen (Holmqvist 2005, Schreier und Caparini 2005). Verbunden damit beschäftigen sich einige Autoren mit Fragen, wie Krieg und gewalttätige Konflikte als ursprünglich politisches Instrument immer deutlicher ökonomische Begründungen erhalten (Chojnacki 2004, Elwert 1997, Eppler 2002, Lock 2004).

„Neue“ Kriege werden damit auch als Konsequenz von Bereicherung und der Etablierung/Aufrechterhaltung ökonomischer Macht (Addison und Murshed 2003, Collier 2000), der Überwindung ökonomischer Ungleichheit und Armut (Addison und Murshed 2003, Goodhand 2003, Regan und Norton 2005) oder als Ausdruck einer zunehmenden Knappheit an Ressourcen (Gledisch und Urdal 2002, Homer-Dixon 2000, Nafziger und Auvinen 2002) angesehen. Schauen wir aber etwas genauer hin, dann werden wir feststellen, dass auch Kriege früherer Tage den Aspekt von *greed* und *grievance* in sich trugen. Kriege entstanden schon immer aus einer Mischung politischer und ökonomischer Gründe. Nicht selten ging es um die Eroberung von Territorien, auf denen Rohstoffe zu finden waren, oder die Einverleibung von Bevölkerungen, von *Human Resources*. Die Vorbereitung zum Krieg (Aufrüstung) hat sehr deutlich ökonomische Aspekte und das Bestehen eines Militärisch-Industriellen Komplexes, vor dem schon Präsident Eisenhower 1961 warnte, zeigt sehr deutlich, dass (privat-)wirtschaftliche Interessen an Rüstung und Krieg nicht erst seit kurzem sehr real sind. Krieg hatte immer und zu allen Zeiten auch wirtschaftliche Seiten, hat schon immer und überall „Kriegsgewinnler“ hervorgebracht. Mutter Courage kann wahrlich ein Lied davon singen! Ein Paradigma, das wirtschaftliche und politische Faktoren von Krieg trennen will, sollte es deshalb sehr schwer haben zu überstehen.

An dieser Stelle soll vielen der oben grundrissartig aufgeworfenen Fragestellungen nicht weiter nachgegangen werden. Der Beitrag handelt noch nicht einmal vom Krieg als grässliche

Realität, hat aber sehr wohl zum Hintergrund die häufig geäußerte Befürchtung, dass manche der pazifischen Inselstaaten derzeit eine Entwicklung hin zum politischen Zerfall, zum Staatsversagen, durchmachen, die sehr wohl im Bürgerkrieg enden könnte (Kelly 2005). Fidschi und die Salomonen werden dabei häufig an erster Stelle genannt. Hier kommen Erinnerungen an die sehr kriegerische Vergangenheit dieser Staaten auf und viele fragen, ob das „zivilisatorische Projekt des Friedens“ (Lutz 2002) damit zu scheitern droht, oder ob es denn für diesen Teil der Welt jemals Realität war¹.

Für weite Perioden des historischen Fidschi war staatliche Gewalt kolonialstaatliche Gewalt, die begann, als es Fidschi als Staat gerade in Anfängen gab, roh und unvollendet. Im unabhängigen Fidschi führt diese unvollendete Staatswerdung zu pseudo-staatlicher Macht. Wichtige Institutionen des Staates wie Militär, Polizei, General-Gouverneur, Oberster Häuptlingsrat (*Great Council of Chiefs, GCC, Bose Levu Vakaturaga*)², Präsident entpuppen sich eher als Interessensvertreter spezifischer Gruppen innerhalb der fidschianischen Elite, denn als staatliche Organe. Die verschiedenen Putsche erscheinen so weniger ein Mittel einer unterlegenen Gruppe zum Machterwerb, sondern sind Mittel der Machterhaltung der herrschenden Elite innerhalb der fidschianischen Gesellschaft. Gewalt bekommt damit zweifellos ein ethnisches Gesicht, doch genauere Betrachtung zeigt auch deutlich, dass die Dinge komplexer sind. Gewalt ist in diesem Zusammenhang tatsächlich die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und wird eingesetzt von strategischen Gruppen und Individuen, die das politische Geschehen in Fidschi über Jahrzehnte hinweg dominierten und die kein Problem haben, ihren demokratischen Mantel mit dem eines Diktators auszutauschen, wenn es die Lage erfordert. Gewalt ist aber auch die Folge der Entstehung konfliktfähiger Gruppen, die eine Reaktion der pseudo-staatlichen Organe erst heraufbeschwor (Schubert u.a. 1994).

¹ „Das zivilisatorische Projekt zielt auf die Abschaffung von Krieg als Institution und auf die Eliminierung von Gewalt als gesellschaftliche und zwischenstaatliche Verkehrsform. An die Stelle von Machtinteressen und des Rechts des Stärkeren soll Gerechtigkeit und die Stärke des Rechts treten“ (Lutz 2002: 2).

² Der GCC war 1876 von der Kolonialverwaltung als Gremium der obersten Häuptlinge geschaffen worden. In seiner aktuellen Zusammensetzung hat er 55 Mitglieder, darunter Präsident, Vize-Präsident und Premierminister. Durch die Verfassung von 1997 wurde der GCC ein Verfassungsorgan: ihm obliegt die Wahl des Präsidenten und Vize-Präsidenten, er ernennt 14 der 32 Senatoren. Auch wenn Fidschi durch den zweiten Coup 1987 eine Republik wurde, erkennt der Rat Königin Elizabeth II. noch immer als seinen *Paramount Chief* an. Im April 2007 wurde der GCC von der Übergangsregierung Bainimaramas aufgelöst, aber im August desselben Jahres wieder aktiviert.

Die doch nicht so „edlen Wilden“ – Diskurse über Gewalt im vorkolonialen Fidschi

Wie andere Inseln des Südpazifiks erweckte auch Fidschi sehr spät das Interesse europäischer Kolonialmächte. Im frühen 16. Jahrhundert entdeckt, war der Pazifische Ozean lange nicht mehr als eine sich schier endlos ausbreitende Wasserfläche zwischen den europäischen Kolonialgebieten in Amerika und Asien, die es zu überwinden galt (Clossey 2006). Ein wirtschaftliches Interesse, etwaige Reichtümer auszubeuten, gab es mehr als zwei Jahrhunderte lang nicht. In dieser Zeit wurden auch jene Inseln entdeckt, die heute Fidschi umfassen. Als 1643 der Holländer Abel Tasman die Inselgruppe zum allerersten Mal sichtete, landete er nicht. Es vergingen nochmals 130 Jahre, bevor der Brite James Cook an der Inselgruppe vorbeisegelte (1774) wie auch William Bligh, der von Meuterern abgesetzte Kapitän der *Bounty* (*Meuterei auf der Bounty*, 1789).

Danach ging alles Schlag auf Schlag: Um 1800 lief der amerikanische Schoner *Argo* nahe Lakeba auf ein Riff. Die Überlebenden brachten Cholera mit sich. Tausende starben. Ein Überlebender der Schiffskatastrophe und Epidemie war ein gewisser Oliver Slater, der als erster die Inselgruppe in das globale Handelssystem einband.

Gut 170 Jahre nachdem Fidschi entdeckt worden war, erweckten nun exotische Produkte die Aufmerksamkeit europäischer Händler, Schiffbrüchiger und Abenteurer. Im Westen Vanua Levus war Slater auf große Sandelholz-Wälder gestoßen. Es dauerte keine 20 Jahre und alle Sandelholz-Bäume waren verschwunden (Horne 1881, Wilkes 1845): Exportiert nach China, wo das Holz fantastische Gewinne einbrachte (Lockerby 1925). Denselben Weg nahmen die Seegurken (*Beche-de-mer*, *Sea-cucumber*, *tapang*). Auch diese Phase vor-kolonialer Ausbeutung dauerte nicht länger als die paar Jahre, die notwendig waren, um die ergiebigsten Seegurken-Vorkommen so zu dezimieren, dass eine weitere Ausbeutung wirtschaftlich keinen Sinn mehr machte. Walfang, Perlen, Muschelschalen und Schildkrötenpanzer (Schildpatt) ergänzten die Palette der Handelsprodukte.

Zeitgenössische Beschreibungen (Cook 1777, Lawry 1850, Lockerby 1925, Wilkes 1845, Williams und Calwert 1860) deuten darauf hin, dass Anfang des 19. Jahrhunderts gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Stammesgruppen an der Tagesordnung waren (siehe auch Clunie 1977, Routledge 1985). Viele Berichte lassen vermuten, dass solche Stammesfehden eng mit Kannibalismus verbunden waren (Sahlins 2003, 1987, 1983). Einige Autoren widersprechen dem und bezeichnen zeitgenössische Berichte über Kannibalismus als Seemannsgarn, Fiktion oder zumindest als enorm übertrieben (Arens 2003, Obeyesekere 2005, 2003).

Mit dem Erscheinen der Europäer nahm die Intensität der Auseinandersetzungen zu. Nicht selten wurden ganze Schiffsbesatzungen zu ‚Militärdiensten‘ aufgefordert, bevor sie ihrem zivilen Beruf als Händler nachgehen durften (Clunie 1977, Derrick 1974). Zwielfichtige Gestalten avancierten zu ‚Militärberatern‘ der einheimischen Herrscher und beeinflussten so das Gleichgewicht der Kräfte. Wie überall im Pazifik entstanden auch in Fidschi solche „*Pocket-Napoleons*“ (Beaglehole 1947). Der schwedische Schiffbrüchige Charles Savage war ein solcher Söldner. Nachdem die *Eliza*, auf der Savage angeheuert hatte, 1808 an einem Riff zerbrach, gelang es ihm vom Wrack des Schiffes Musketen und Pulver zu bergen. Mit seiner Hilfe konnte Naulivou, höchster Stammesfürst und Vunivalu³ von Bau, zum

³ *Vunivalu* bedeutet wörtlich „Wurzel des Krieges“ (*root of war*) und wird gemeinhin als *warlord* übersetzt.

mächtigsten Häuptling in Fidschi aufsteigen. Bevor er 1813 selbst in einer Schlacht umkam, verhalf Savage Bau zu wichtigen Siegen in Kriegen gegen benachbarte Stämme.

Mit dem Europäern und den Schusswaffen hat sich nicht nur der Charakter, sondern auch der Zweck kriegerischer Auseinandersetzungen geändert. Zuvor hatte Krieg vor allem religiöse und soziale Funktion. Er war ein Übergangsritual im Prozess des Erwachsenwerdens männlicher Stammesangehöriger (Tippett 1958). Kriege waren eng in die religiösen Vorstellungen der vorchristlichen Bewohner Fidschis eingebunden, und Krieg, so allgegenwärtig er auch gewesen zu sein schien, forderte selten eine große Anzahl Opfer (Derrick 1974).

Wirtschaftliche Gründe, Krieg zu führen, sind noch kaum zu erkennen. Welche Motivation sollte es in einer tribalen Subsistenzgesellschaft dafür auch gegeben haben? Es machte wenig Sinn, in einem Krieg das zu erbeuten, was man schon im Überfluss hatte (*affluent subsistence*) oder mit weitaus weniger Energie und Seelenleid eintauschen konnte. Beute konnte am ehesten noch im Raub von Frauen bestehen. Auch die Kontrolle über Territorien, über andere Stämme zwecks politischen Machtgewinns schien wenig Sinn zu machen, denn was bedeutet politische Macht im Kontext von weitgehend isolierten Inselgesellschaften? Macht wozu?

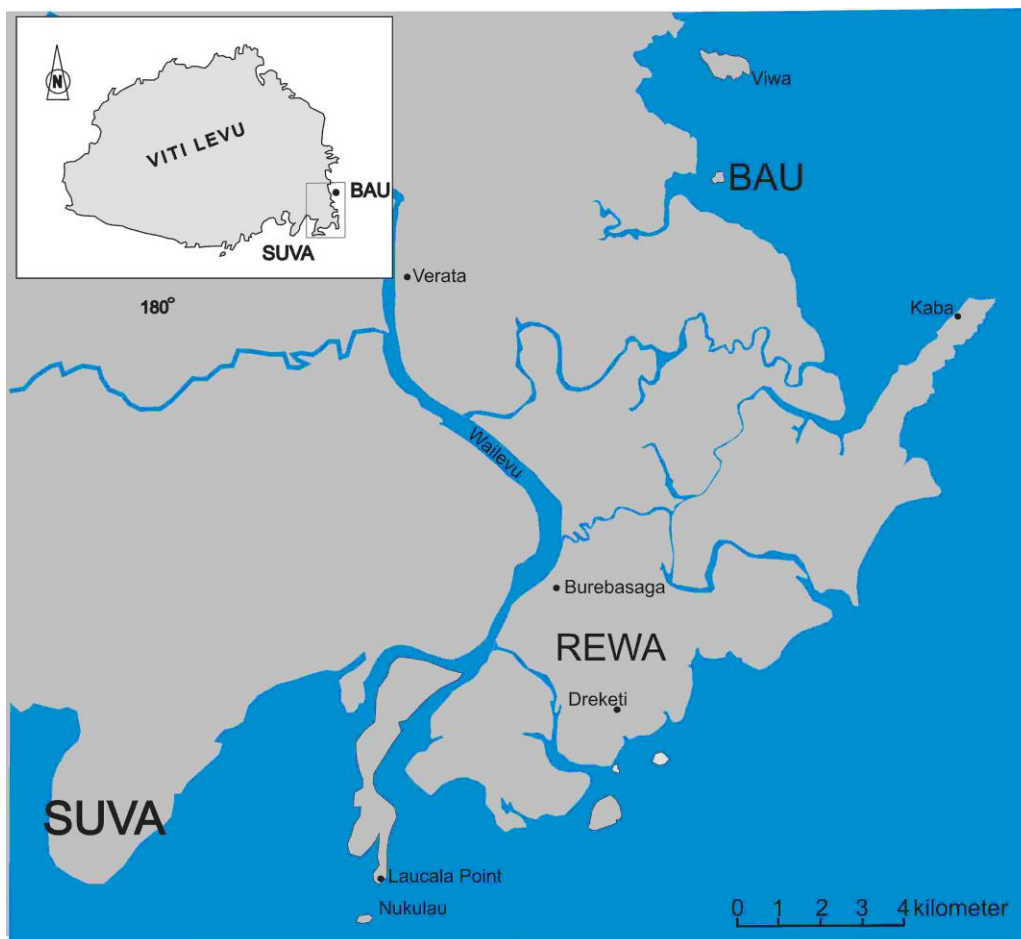


Abbildung 1: Das Rewa-Delta und die Lage von der Insel Bau

Mit dem Krieg zwischen Bau und Rewa (1843 – 1855, s.u.), den Sahlins (2004) als „*the greatest war ever fought in the Pacific Ocean before World War II*“ bezeichnet (ebenda: 15), hat Krieg eine eindeutig politische und auch wirtschaftliche Bedeutung erhalten.

Staatwerdung und koloniale Befriedung

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es in Fidschi eine Handvoll relativ kleiner *vanua*, d.h. kleine politische Einheiten, die von einem Häuptling regiert wurden und deren Reichweite nur wenige Kilometer über den Sitz der Herrscher hinausreichte (Derrick 1974). Häufig waren die Herrscherhäuser durch Heiratsallianzen miteinander verbunden, und konnten auch durch Eroberungen Vasallen hinzugewinnen. Dennoch war das Ausmaß und die Reichweite politischer Macht sehr begrenzt. Es dürften selten mehr als ein paar tausend Menschen gewesen sein, die unter einem Herrscher vereint waren.



Abbildung 2: Das Inselchen Bau als Zentrum politischer Macht in der Zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnte sich die kleine Insel Bau gegen eine Reihe anderer Stämme durchsetzen, die ebenfalls hegemoniale Ansprüche hatten, allen voran Rewa, nur wenige Kilometer von Bau gelegen. Die Herrscher von Bau konnten viele europäische Berater und Kämpfer (Rabukawaqa 1980) sowie die Unterstützung einer zunächst kleinen Gruppe europäischer Händler gewinnen. Später gelang es Bau auch, die Wesleyanische Missionsgesellschaft auf seine Seite ziehen.

Die Regierungszeiten von Ratu Tanoa Visawaqa (1837 – 1852) und seinem Sohn Ratu Seru Epenisa Cakobau (1852 – 1883) umfassen den langen Krieg zwischen Rewa, Verata und Bau (1844-1856), der Voraussetzung für die Staatswerdung Fidschis und die Übertragung staatlicher Souveränität an die britische Krone (1874) ist, oder wie Sahlins (1987) schreibt: *„By the time peace was declared, the Fijian system had been included in the world system“* (ebenda: 302). Der Krieg ist auch Folge externer wirtschaftlicher Interessen und Ausdruck des

politischen und wirtschaftlichen Aufstiegs von Ratu Cakobau auf Kosten seiner eigenen Landsleute.

1850 stieg Cakobau groß ins Geschäft mit Seegurken ein, um Schiffe zu bezahlen, die er im Ausland gekauft hatte (Derrick 1974). Seegurken waren in den Gewässern von Bau längst ausgebeutet und Vasallen von Bau zeigten wenig Interesse, Seegurken für ihn einzusammeln (Sahlins 1987). Im Januar 1852 versammelte Cakobau eine Streitmacht von etwa 12.000 Soldaten, wohl die größte Armee, die jemals in Fidschi rekrutiert wurde (Henderson 1931). Ziel war es, die Häuptlinge von Macuata zur Zusammenarbeit zu bewegen. Der Versuch entpuppte sich als Misserfolg und Cakobaus Schiffe blieben unbezahlt.

Inzwischen befand sich der Krieg gegen Rewa in seiner Endphase. Es sah gar nicht gut aus für Cakobau. Regionen, die einst vor seinem Wort erzitterten, lachten nur noch über ihn und seine Misserfolge im Kampf um Seegurken. Selbst sein Einfluss bei den europäischen Händlern ging spürbar zurück (Waterhouse 1866).

Es entstand eine Allianz zwischen dem Häuptling von Rewa, dem König von Levuka, Händlern von Levuka und John Brown Williams, dem Handelsattaché der amerikanischen Regierung. Sie beschlossen ein Handelsembargo, das sämtlichen Güterverkehr nach Bau unterband. Insbesondere erreichten keine Nahrungsmittel und Waffen mehr die kleine Insel. Die Aussichten, den Krieg gegen Rewa gewinnen zu können, zerschlugen sich immer mehr. In dieser Situation entschied sich Ratu Cakobau am 30. April 1854, zum Christentum zu konvertieren (Derrick 1972: 111).

Ausschlaggebend dafür war ein guter Rat vom König von Tonga „to lotu⁴“ und „to think wisely in these days“ (zitiert in: Waterhouse 1866). König George von Tonga spricht damit auf die zunehmende Macht an, die Tonga im Laufe des 19. Jahrhundert in Fidschi errungen hatte, nicht zuletzt durch die Unterstützung christlicher Missionare. (ausführlich zum Einfluss Tongas in Fidschi: Scarr 1970).

Cakobau war erschöpft, krank und seine Gegner befürchteten, er könnte sterben, bevor sie ihn in einer entscheidenden Schlacht bezwingen würden. Mit Unterstützung einer Kriegsflotte aus Tonga konnte Cakobau jedoch eine illustre Gegnerschaft niederringen: Europäische Freiwillige aus Levuka, Rebellen aus Bau und die besten Krieger einer jeden Stadt in Rewa. Der Sieg von Kaba machte Cakobau zum unangefochtenen Herrscher über den Südosten von Viti Levu, Vanua Levu und Lau. Der Sieg wurde auch als Sieg des Christentums gewertet. Die neue Religion wurde, und dieser Begriff hat sich bis heute gehalten, zu *Na Lotu nei Ratu Cakobau*, die Religion von Ratu Cakobau, verordnet vom König, *cuius regio, eius religio*.

All dies geschah in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Siedler aus Australien und Neuseeland wurden von dem Südsee-Paradies angezogen, auch durch Spekulationen einer bevorstehenden britischen Annexion. Während des amerikanischen Bürgerkrieges (1861-1865) wurde mit dem Anbau von Baumwolle begonnen. Als die amerikanische Produktion kriegsbedingt zurückging, erreichten die Weltmarktpreise Höchststände. Die europäischen Textilfabriken suchten nach Alternativen, ihre gewaltige Nachfrage zu befriedigen. Individuelle Siedler, aber auch große Kolonialunternehmen aus Australien, wie die *Fijian Planting and Trading Company* und die *Polynesia Company Ltd.* begannen, Land in großem Maßstab

⁴ Lotu bedeutet Kirche, Religion, Christentum. Das Fidschi-englische Verb „to lotu“ bedeutet sinngemäß „missionieren“ oder auch „zum Christentum konvertieren“.

aufzukaufen, um selbst Baumwoll-Plantagen zu errichten oder es an neu ankommende Siedler zu verkaufen.

1867 wurden der Missionar Thomas Baker und sieben seiner Begleiter auf einer Reise ins Landesinnere von Viti Levu ermordet. Die Ermordung Bakers war eine Kriegserklärung gegen Cakobau und die Missionierung (Nicole 2006: 36). Sie stand auch im Zusammenhang mit einer immer größer werdenden Schar neu ankommender Siedler, die das beste Land unter ihre Kontrolle brachten und entlang der Flusstäler ins Landesinnere von Viti Levu vordrangen. Dies konnten sie freilich nur mit Hilfe von Häuptlingen der Küstenregion, die ihnen Land verkauften, das häufig den Stämmen im Landesinneren (*kai colo*)⁵ gehörte. Mit der Zeit entwickelte sich eine Struktur, die die europäischen Siedlungsgebiete zu Pufferzonen zwischen den Stämmen der Küstenregion und des Landesinneren machte und die Gewalt gegen Europäer weiter vergrößerte.

In dieser Situation errichtete Cakobau 1871 eine Regierung, in die alle große Hoffnungen setzten. Es dauerte nicht lange, bis sich zeigte, dass die Regierung nicht in der Lage war, die unterschiedlichen Erwartungen der Händler, Plantagenbesitzer und Fidschianer unter einen Hut zu bringen. 1873 eskalierte die Gewalt, als Plantagenarbeiter in Ba zwei fidschianische Frauen erschossen. Kurz darauf wurde die Siedlerfamilie Burns zusammen mit 18 aus den Neuen Hebriden stammenden Arbeitern ermordet. In aller Eile stellte die Regierung eine Strafexpedition zusammen. Ein Bürgerheer mit mehr als 2.000 Mann machte sich ins Landesinnere auf. Es ging weniger um Rache für die Ermordeten als darum, die Stämme im Landesinneren ein für allemal zu befrieden (Stanmore 1879). Etwa 700 Menschen wurden getötet und 1.000 gefangen genommen. Ganze Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, und tausende flohen. Viele der Gefangenen wurden als Zwangsarbeiter in die Plantagen verkauft (Nicole 2006: 46f.).

Da die Regierung Cakobaus es keinem Recht machen konnte, war sie schon sehr bald bei allen gleichermaßen unbeliebt. In dieser Situation entschied sich Cakobau, Fidschi an die britische Krone zu übereignen. Am 10. Oktober 1874 wurde Fidschi britische Kolonie.

⁵ *Kai colo* bedeutet Menschen aus dem Landesinneren (im Gegensatz zu *kai wai*, den Küstenbewohnern, und wird auch heute noch abwertend in Bezug auf die Menschen aus den Peripheriegebieten in Fidschi gebraucht. Frei übersetzt sagen viele Fidschianer heute „*people from the bush*“.

Kolonialwirtschaft und die Arbeitskräftefrage

Als die ersten Baumwollplantagen in Fidschi entstanden, stellte sich die Frage, wer dort arbeiten sollte. Europäische Siedler sahen sich als Verwalter der Plantagen, nicht als Arbeiter. In anderen Kolonien, zu anderen Zeiten, waren Plantagenwirtschaft und Sklavenarbeit untrennbar miteinander verbunden. Doch bereits in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts war Sklaverei vom britischen Parlament abgeschafft worden.

Anfangs waren es Kontrakt-Arbeiter, die aus anderen pazifischen Inseln „angeworben“ wurden. Menschenhandel war zu einem einträglichen Geschäft geworden. *Blackbirders* klapperten die Inseln Melanesiens und Mikronesiens ab, um Arbeitskräfte für die Plantagen in Queensland/Australien, Fidschi, Samoa, Hawaii und Neukaledonien zu beschaffen (ausführlich dazu: Scarr 1970a). Kontraktarbeiter aus anderen Pazifikstaaten stellten auch den



The first LEONIDAS arrived in Fiji on May 15, 1879.

Kern von Privatarmeen der Plantagenbesitzer, die auch von der Regierung bei der Bekämpfung aufständischer Stämme eingesetzt wurden.

Die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts erlebten einen solchen Zustrom an Siedler, dass der Bedarf an billigen Arbeitskräften intern nicht zu befriedigen war, auch nicht durch Kriegsgefangene und Steuersünder (Nicole 2006, Derrick 1972) und auch nicht durch Arbeitskräfte aus anderen Pazifischen Inseln. Als sich nach 1870 in Fidschi der Zuckerrohranbau etablierte, stellte sich die Arbeitskräftefrage dringlicher als je zuvor.

Am 15. Mai 1879 begann die Ära der Inder in Fidschi. An diesem Tag lief die *Leonidas* mit 463 Immigranten aus Kalkutta im Hafen von Levuka ein (siehe Foto). Zwischen Mai 1879 und November 1916, als das letzte Schiff mit indischen Arbeitskräften Fidschi

MAN.	
Ship's Name	<i>Leonidas</i>
Ship's No.	<i>62</i>
Emigration Agency	<i>Fiji</i>
Calcutta, the	<i>28 February 1879</i>
Depôt No.	<i>954</i>
Name	<i>Harabhai</i>
Caste	<i>Mudobman</i>
Father's Name	<i>Rahimboy</i>
Age	<i>20</i>
Zillah	<i>Delhi</i>
Pergunnah	<i>Bapsakahowa</i>
Village	<i>Sofejanachutta</i>
Occupation	<i>Laborer</i>
Name of next of Kin	<i>Morad boy 125</i>
If married, to whom	<i>Sofejanachutta</i>
Marks	<i>5-4/2</i>
<p>Certified that I have examined and passed the above named as a fit Subject for Emigration, and that he is free from all bodily and mental disease and has been vaccinated.</p>	
Surgeon Superintendent.	<i>[Signature]</i>
	<i>[Signature]</i> Depôt Surgeon.
<p>I hereby certify that the man above described (whom I have engaged as a laborer on the part of the Government of <i>Fiji</i> where he has expressed a willingness to proceed to work for hire, has appeared before me and the Protector of Emigrants, who has explained to him all matters concerning his duties as an Emigrant, according to Section XXXVIII of Indian Emigration Act No. VII. of 1879.</p>	
Protector of Emigrants, Calcutta.	<i>[Signature]</i>
Govt. Emigration Agent for <i>Fiji</i>	<i>[Signature]</i>

erreichte, kamen mehr als 60.000 indische Kontraktarbeiter nach Fidschi. 85 Prozent von ihnen waren Hindus, 14 Prozent Muslime und der Rest Christen und Sikhs. Die Mehrzahl waren Männer im Alter zwischen 20 und 40 Jahren. Meistens stammten sie aus armen,

ungebildeten Landarbeiterkasten, die in ihrer neuen Heimat Bedingungen für einen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg sahen, den sie in Indien nicht hatten. Jene, die die Überfahrt, eingepfercht auf engen Schiffen, überstanden, erwartete in Fidschi ein gnadenloses Leben voller harter Arbeit unter extremen Arbeits- und Wohnbedingungen. Privatsphäre war unbekannt, Gewalt wie Mord und Selbstmord weit verbreitet (ausführlich: Naidu 1980).

Die Kontraktarbeiter verpflichteten sich, fünf Jahre lang in Fidschi zu arbeiten, die meisten von ihnen auf den Plantagen der *Colonial Sugar Refinery (CSR)* aus Australien. Danach konnten sie auf eigene Kosten nach Indien zurückzukehren. Nach weiteren fünf Jahren hatten sie einen Anspruch auf eine bezahlte Rückreise. Wer wollte, konnte auch für immer in Fidschi bleiben. Die meisten wollten das und bildeten die Basis für einen beträchtlichen indisch-stämmigen Bevölkerungsanteil, der von etwa 14 Prozent zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf über 50 Prozent (1966) anstieg. Erst aufgrund massiver Auswanderungen seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre ist der Anteil der indisch-stämmigen Bevölkerung inzwischen auf unter 40 Prozent gesunken.

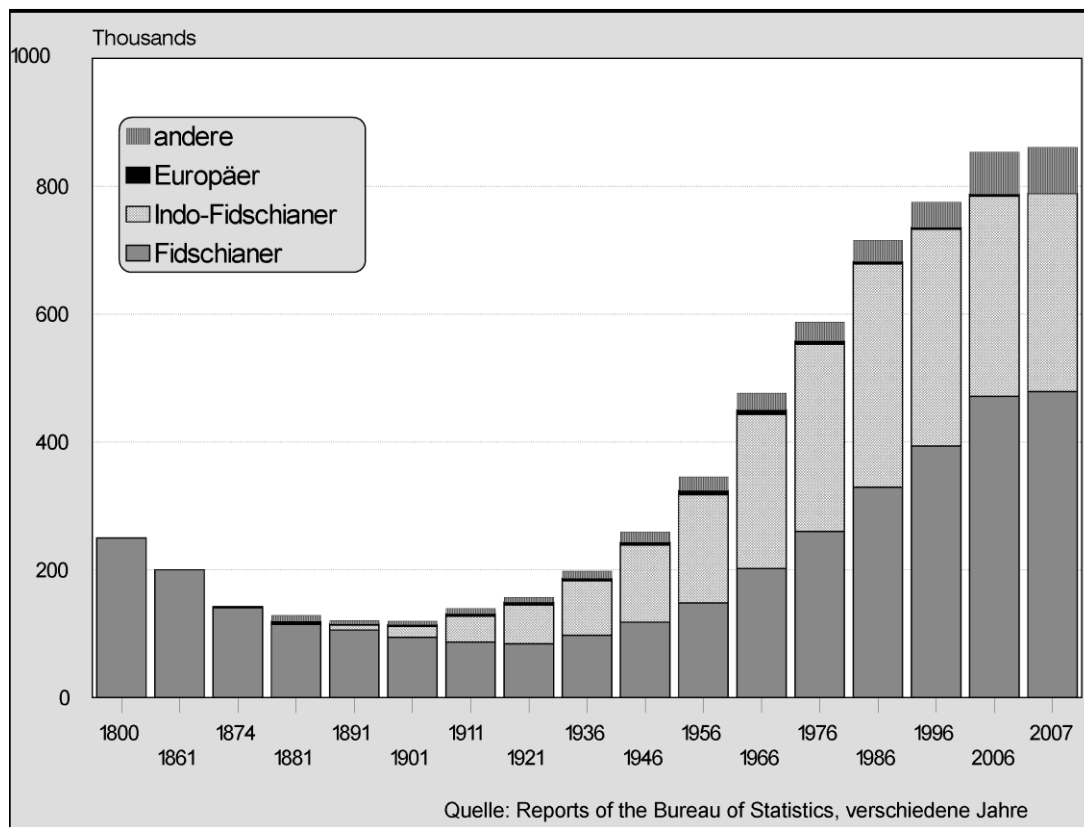


Abbildung 1: Bevölkerungszahl verschiedener Gruppen in Fidschi (1800 – 2007)

Mit dem Ende der Kontraktarbeit schwand das Interesse der CSR am Zuckerrohranbau. Die Plantagenwirtschaft basierte auf einem endlosen Zustrom billiger Arbeitskräfte. Seit keine Arbeiter mehr aus Indien ankamen, lohnte sich der Zuckerrohranbau für die CSR immer weniger. So wurden die Plantagen in 10-12 acre große Blocks aufgeteilt und den indischen Arbeitern zur Pacht angeboten. Die Kontraktarbeiter wurden zu Kontraktfarmern der CSR, die sich vollständig aus dem Zuckerrohranbau zurückzog und auf die Verarbeitung und Vermarktung konzentrierte.

Der Weg Fidschis zu einer Kolonie der britischen Krone war von Gewalt dominiert. Der Krieg zwischen Rewa und Bau, in den viele weitere Stämme und Tonga als „ausländische“ Macht verstrickt waren, Landraub, und die Befriedung aufständischer Stämme waren ebenso Vorbedingungen zur Kolonialwerdung wie die Errichtung eines Systems, das der kolonialen Wirtschaft einen Strom billiger Arbeitskräfte garantierte, die Voraussetzung für koloniale Supergewinne waren. Hier war es zunächst häufig Menschenraub und -handel (*blackbirding*) in vielen Inseln Melanesiens und Mikronesiens und dann schließlich die Errichtung eines Systems, das über 60.000 indische Kontraktarbeiter nach Fidschi brachte. Hier überschritten sich Aspekte kolonialstaatlich installierter struktureller und kolonialstaatlich tolerierter struktureller und direkter Gewalt.

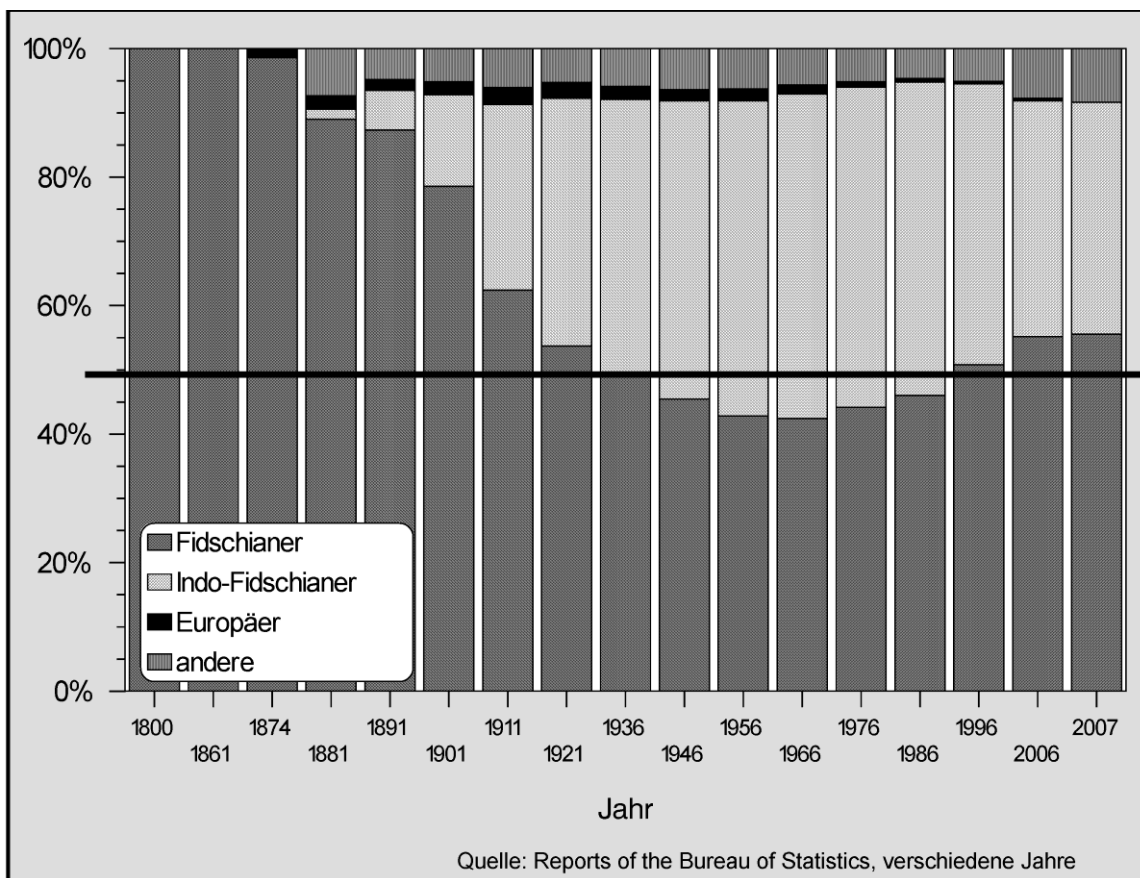


Abbildung 2: Bevölkerungsstruktur in Fidschi (1800 - 2007)

Staatliche Gewalt war es aber auch, die sicherstellte, dass die koloniale Wirtschaft prosperieren konnte. Wann immer es eine Bedrohung für die koloniale Wirtschaft gab, setzte der koloniale Staat Gewalt als Fortsetzung der Wirtschaftspolitik mit anderen Mitteln ein. Polizeikräfte und auch Militär standen immer bereit, wenn sich eine auch noch geringe Bedrohung der Interessen des Kolonialkapitals auch nur andeutete. Gewalttätige Auseinandersetzungen gab es freilich selten, die indischen Arbeiter in den Plantagen, die indischen Farmer, aber auch fidschianische Arbeiter waren schwerlich konfliktfähige Gruppen⁶. Hierzu waren die Kräfteverhältnisse zu

⁶ Konfliktfähige Gruppen wenden sich „gegen die bestehenden Macht- und Verteilungsverhältnisse. Da sie über ein hinreichendes Droh- und/oder Verweigerungspotential (Konfliktfähigkeit) zur Durchsetzung ihres (partikularen) Gruppen- oder Standesinteressens verfügen und bestrebt sind, dieses Potential aktiv zur Durchsetzung ihrer

unausgeglichen, die Arbeiterschaft zu heterogen, ihr Organisationsgrad und kollektive Identität zu gering. Widerstand gegen wirtschaftliche Ausbeutung, gegen den unzureichenden Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Plantagen, gegen Steuerforderungen des kolonialen Staates und gegen viele weitere Repressionen drückte sich eher in alltäglicher Verweigerung, in schlechter Arbeitsmoral, in kleinen Diebstählen und in anderen Widerstandsformen aus, als "Waffen der Schwachen" (Scott 1990). Nur selten gab es organisierten Widerstand, der dann schnell von den Sicherheitskräften niedergeschlagen wurde. Der erste organisierte Widerstand ist mit dem Entstehen indisch-dominierter Gewerkschaften verbunden. So traten 1920 Arbeiter des staatlichen Tiefbauamtes in Suva und Nausori in den Ausstand, da nach dem Ersten Weltkrieg ihre Löhne nicht mit den stark steigenden Lebenshaltungskosten Schritt halten konnten. Der Streik wurde schnell mit Hilfe extra dafür rekrutierter fidschianischer Polizeikräfte niedergeschlagen und der Streikführer, der aus Indien eingewanderte Rechtsanwalt Manilal Maganlal, deportiert.

In folgenden Jahr (1921) streikten Arbeiter der CSR im Westen von Viti Levu für höhere Löhne. Der Streik zog sich über mehrere Monate hin und auch dieses Mal wurden mehr als 250 Fidschianer für die Polizeikräfte rekrutiert, die den Streik niederschlugen. Wie bereits 1920 wurden auch diesmal die Streikführer deportiert (Lal 1992, 82). Der nächste Streik stand 1943 ins Haus. Während viele Fidschianer und Europäer auf Seiten der Alliierten im Zweiten Weltkrieg kämpften⁷, sahen die indischen Zuckerrohrfarmer und Arbeiter oftmals nicht Japan oder Deutschland als ihre Feinde, sondern die koloniale Wirtschaft, die sie für ihre Ausbeutung und weitverbreitete Armut verantwortlich machten. Über die Jahre waren mit der *Kisan Sangh* und der *Akhil Fiji Krishak Maha Sangh* zwei mächtige Organisationen der indisch-stämmigen Zuckerrohrfarmer entstanden. 1943 riefen beide Farmerorganisationen zum Streik auf. Viele Farmer folgten dem Aufruf und weigerten sich, die Zuckerrohrernte einzubringen und das Zuckerrohr an die Zuckermühlen der CSR abzuliefern, was für die meisten ein erheblicher Einkommensverlust darstellte. Die CSR jedoch blieb hart und ging nicht auf die Forderungen der Streikenden ein.

Nicht zuletzt durch die Streiks von 1920/1921 und 1943 betrachteten die europäische Kolonialmacht und die fidschianischen Eliten die Inder mit großem Misstrauen, zumal die Anzahl der Inder zwischen 1920 und 1936 von etwa 60.000 auf über 85.000 angestiegen war und Inder inzwischen einen beträchtlichen Anteil der Bewohner Fidschis darstellten. Schon nach 1930 ging deshalb die Kolonialverwaltung dazu über, die Einwanderung aus Indien stärker zu reglementieren, was jedoch nicht verhindern konnte, dass die indisch-stämmige Bevölkerung bis 1956 auf fast 200.000 angestiegen war (Lal 1992, 172).

1943 hatte die CSR durch ihre unnachgiebige Haltung den Streik der Zuckerrohrfarmer ins Leere laufen lassen, die Probleme waren dadurch jedoch keineswegs gelöst. So war es eigentlich nur eine Frage der Zeit, bis es zum nächsten Konflikt kam: Dies war dann 1960 der Fall. Trotz mehrerer Kommissionen, die die Situation der Zuckerindustrie und die Lebensverhältnisse der mehrheitlich indisch-stämmigen Farmer untersuchten, änderte sich für die Farmer wenig. Von Seiten der Europäer und Fidschianer wurden die Streiks in aller Regel als „politisch“ motiviert wahrgenommen, als Versuch verschiedener indischer Politiker durch die Mobilisierung indischer Farmer ihren politischen Einfluss zu vergrößern.

gemeinsamen Ziele gegen strategische Gruppen einzusetzen (Konfliktbereitschaft) werden sie zu wichtigen Beförderern von politischem Wandel“ (Schubert et al. 1994: 68f.)

⁷ Menschen indischer Abstammung wurden nicht in die Streitkräfte aufgenommen.

Wirtschaftliche Konflikte, die als Klassenkonflikte interpretiert werden können, gab es nicht nur im Zuckerrohrsektor, sondern auch in den in den 1930er entstehenden Goldbergwerken. Die Goldmine am Berg Kasi auf Vanua Levu war von 1932 bis 1946 in Betrieb. Wichtiger war jedoch die Goldmine in Vatukoula im Nordwesten Viti Levus, die von 1933 bis 2006 in Betrieb war. Am 4. Dezember 2006, ein Tag vor dem vierten Putsch in Fidschi, hat die *Emperor Gold Mine* ihren Betrieb eingestellt. 1700 Bergleute wurden entlassen (Fiji Times, 5.12.2006). Wie die Zuckerplantagen waren auch die Goldminen auf billige Arbeitskräfte angewiesen. Im Gegensatz zum Zuckersektor stellten aber im Goldbergbau Fidschianer die Mehrzahl der Arbeitskräfte, gefolgt von Halb-Europäern und Menschen aus Rotuma, einer zu Fidschi gehörenden Insel mit vorwiegend polynesischer Bevölkerung.

Ähnlich wie in Südafrika bildete sich eine weiße Arbeiteraristokratie heraus, die gegenüber den anderen Arbeitergruppen, was Arbeitsbereiche, Verdienst, Aufstiegsmöglichkeiten und soziale Infrastruktur betraf, stark privilegiert waren. Die sehr schwache Position der Fidschianer hing auch damit zusammen, dass mit Hilfe fidschianischer Arbeiterkomitees, in denen die lokalen Häuptlinge vertreten waren, gärende Spannungen leicht identifiziert und kanalisiert werden konnten. Diese Komitees waren aber nicht nur ein Sicherheitsventil, sie verhinderten zunächst auch wirkungsvoll, dass Gewerkschaften entstehen konnten (Emberson-Bain 2002).

In den Bergwerken Fidschis verliefen die 30er Jahre, bis auf Konflikte zwischen Fidschianern aus unterschiedlichen Herkunftsregionen (1936) und einem kurzen, gescheiterten Streik (1938) relativ ereignislos. Die mag auch daran gelegen haben, dass die Weltwirtschaftskrise auch vor Fidschi nicht Halt machte und die Verhandlungsposition der Arbeiter weiter schwächte. Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen drückte sich vor allem im unbefugten Entfernen vom Arbeitsbereich, Verlängern desurlaubes, Krankfeiern, Schlafen auf der Arbeit und ähnlichen Formen der Arbeitsverweigerung aus. Bestraft wurden sie durch Lohnkürzung, Entlassung und Ausweisung. Im Streik von 1938 prangerten fidschianische Arbeiter vor allem ihre im Vergleich zu anderen Arbeitergruppen extrem niedrigen Löhne an und bemängelten, dass es kaum Aufstiegsmöglichkeiten für sie gab. Bewaffnete Polizei, die noch nicht einmal eingreifen musste, sowie die Intervention der lokalen Häuptlinge bereiteten dem Protest ein schnelles Ende. Mehr als 600 fidschianische Minenarbeiter wurden entlassen. „*The chiefs excelled in their task, assuring the strikers that the wages and food available at the mines could not be matched elsewhere on the labour market, and appealing to provincial loyalties and ethnic pride to refrain from shameful displays of bad behaviour*“ (Emberson-Bain 2002: 147).

Der Streik vom Dezember 1947 verlief erheblich gewalttätiger. Ausgelöst durch die Entlassung eines einzigen Arbeiters weitete er sich bald zu einem Kampf gegen die Diskriminierung der fidschianischen Arbeiterschaft aus. Schon zu Beginn wurde ein großes Polizeiaufgebot von Suva und Lautoka herbeigebracht, doch im Gegensatz zu 1938 zeigten sich die streikenden Arbeiter diesmal wenig beeindruckt. „*Attacks on the police in particular reflected a long-standing resentment of these ‘servants of the Company’ whose task was to rid(ding) the field of dismissed employees*“ (ebenda: 153). Nach weniger als zwei Wochen war der Streik vorüber. Der entlassene Arbeiter musste wieder eingestellt werden und die Polizeikräfte abgezogen. Lange noch analysierten die Staatsmacht und Minenbesitzer die Vorfälle und stimmten darin überein, dass der Streik klar gezeigt habe, dass die Polizeikräfte im Westen Viti Levus verstärkt und mit besseren Waffen ausgerüstet werden müssten.

Die Profite im Goldbergbau waren auch für fidschianische Verhältnisse außergewöhnlich hoch, vor und nach der Unabhängigkeit 1970. Die fidschianische Senatorin Emberson-Bain

errechnete, dass während der ersten 16 Jahre der Unabhängigkeit (1970 bis 1986) die *Emperor Goldmine (EGM)* gerade einmal eine Million F\$ Steuern bezahlte, ein halbes Prozent der Exporterlöse des Unternehmens. Durch das *Vatukoula Tax Agreement (VTA)* von 1983 hatte Fidschi weitere 45 Millionen F\$ Steuerausfall (Hansard, Fiji Senate 20. März 2003). Grynberg et al. (1999) bemerken dazu: *“What is unique about the VTA is that among developing countries it is the only taxation regime that has effectively exempted the developer from any income tax for a period of some 27 years”* (ebenda: 94). Demnach hat EGM 1987 gerade einmal 3.000 Australische Dollar Steuern bezahlt bei einem Überschuss von fast 72 Millionen Australischen Dollar und einem Profit von 22,4 Millionen Australischen Dollar (ebenda: 99). Sanday (1991) sieht im Versuch der Bavadra Regierung EGM verstaatlichen zu wollen, einer der wichtigsten Gründe für den ersten Putsch 1987 (s.u.).

Von allen Arbeitskämpfen im kolonialen Fidschi wird dem Streik der Arbeiter der Ölgesellschaften Shell und Vacuum Oil Company vom Dezember 1959 eine besondere Rolle beigemessen. Anders als bei den meisten Arbeitskämpfen zuvor kam es 1959 zu einem gemeinsamen Streik fidschianischer, indo-fidschianischer und chinesischer Gewerkschaften und Arbeiter. Aufgerufen zum Streik hatte die *Wholesale and Retail General Workers' Union (WRGWU)* unter dem indisch-stämmigen Generalsekretär James Anthony, sowie dem Fidschianer Apisai Tora, Präsident der Gewerkschaft in Lautoka. Im Wesentlichen forderten die Streikenden eine Anhebung der Löhne, doch der Streik weitete sich zu Unruhen in Suva aus, noch bevor Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern aufgenommen worden waren. Vielerorts in Suva kam es zu Auseinandersetzung zwischen Streikenden, der Polizei und dem schon bald hinzu gerufenen Militär. Trotz einer ausgerufenen Ausgangssperre führten Plünderungen und Brandschätzungen zu erheblichen Schäden bei Geschäften in Suva. Eine von der Kolonialmacht eingesetzte Kommission unter Federführung des Bürgermeisters von Suva stellte mit Entsetzen fest, dass sich die Gewalt fast ausschließlich gegen europäisch geführte Einrichtungen richtete. In einem Telegramm an den Kolonialminister schreibt Gouverneur Maddocks: *„The Commissioner has reinforced my belief that the rioting was directed principally at Europeans and European owned commercial and trading establishments. Whilst this came as a shock to many Europeans, it was certainly no surprise to me because I have been aware in other contexts that anti-European feeling in the colony has been steadily growing”* (zitiert nach: Heartfield 2002, 79). Für die Kolonialverwaltung kam der Gedanken, dass sich Inder und Fidschianer gegen die Europäer in Fidschi zusammenschließen könnten, einem Albtraum gleich. Viel Energie wurde deshalb in der Folgezeit aufgewandt, um die Fronten klar zu bestimmen. Dazu bedurfte es vor allem die Unterstützung der fidschianischen Häuptlinge. Für den 10. Dezember war eine Versammlung der Streikenden in einem Park im Zentrum von Suva angekündigt. Etwa 3.000 Streikende hatten sich versammelt, um Anthony und Tora zu hören, und waren nicht wenig überrascht als nicht die Streikführer, sondern der höchste Häuptling des Landes, der Vunivalu Ratu George Cakobau, zu ihnen sprach. Die Fidschianer lies er wissen: *„Don't bite the hand that feeds you“*. Semesa Sikivou, ein fidschianisches Mitglied des *Legislative Councils* wurde noch deutlicher: *„I am ashamed to see what we Fijians have done. We have a reputation in sports, in games and in war, but what has happened now has brought about a black mark which will stand forever. I am sad to see that some Fijians have fought the very ones they have given their protection to. I never dreamt that I would live to see the day on which a Fijian would stone the white men, to whom the Fijians' forefathers ceded this country. Let me make it clear to you. Those people of Britain are your best friends. They are your best neighbours. They are the ones closest to us and the ones who stand to help us. I warn you: be very, very*

careful. Do not accept any advice that comes to you from foreign people" (zitiert nach: Lal 2002, 168-9).

Auch in der Folge übten die fidschianischen Häuptlinge starken Druck aus. Sie erreichten, dass viele Gewerkschaften sich entlang ethnischer Linien organisierten. Für viele bestehende Gewerkschaften wurde ein Gegenstück gegründet mit exklusiver fidschianischer Mitgliedschaft.

Missionierung und Gewalt: Die Rolle der Kirchen im vorkolonialen Fidschi

Vor nur 136 Jahren waren die Eingeborenen von Fidschi grimmige Krieger und Kannibalen, die gegen einen Stamm nach dem anderen Krieg führten und ihre besiegten Feinde kannibalisieren.

Dies wurde auch Thomas Baker zum Verhängnis, einem mutigen Missionar, der mit der Frohen Botschaft bis ins Innere der Insel vordrang. Baker und eine Gruppe von 8 Fidschianern, die sich ihm angeschlossen hatten, wurden im Jahr 1867 zu Tode geschlagen und danach verzehrt. Der Angriff war von einem örtlichen Häuptling angeordnet worden.

Vor diesen Geschehnissen war das Dorf Nabutautau, das im Zentrum der Hauptinsel Viti Levu liegt, eine blühende Gemeinschaft. Das Dorf, das verantwortlich ist für den Tod des Missionars, leidet seit dieser Zeit unter einem furchtbaren Fluch der Dürre, Armut und einer Reihe von gesellschaftlichen Nöten.

Letztendlich gewann die frohe Botschaft die Menschen für sich und Fidschi trat zum christlichen Glauben über. Das Wort Gottes hatte ungeheure Auswirkungen auf die Ureinwohner, löschte den Kannibalismus aus und beeinflusste die Kultur tief. (Firepower 2005)

Wie schon im 19. Jahrhundert, so wird auch heute noch die Rolle der christlichen Kirchen in Fidschi idealisiert. Es wird zumeist schlicht unterschlagen, dass Kirche und Herrschaftseliten sehr eng verbunden waren. Dies trifft vor allem auf die Methodistische Kirche zu. Nur so ist zu verstehen, dass die Kirchen häufig auf der Seite der Gewalt standen: Der Gewalt, die von den Herrschenden angewandt wurde, um ihre Herrschaft zu sichern und zu stabilisieren.

Dies war bereits der Fall, als die Armeen Cabobaus gegen die widerspenstigen Stämme im Landesinneren Viti Levu zogen und zieht sich bis weit nach der Unabhängigkeit hin, als die Methodistische Kirche die ersten drei Coups in Fidschi billigte und wohl auch direkt darin verwickelt war.

Die überwiegende Mehrzahl der Menschen in den Pazifischen Inseln gehört heute einer christlichen Religion an. Im Vergleich zu anderen Regionen der Welt wurde das Christentum relativ spät in den Pazifischen Inseln eingeführt. Sieht mensch von frühen jesuitischen Einflüssen in Mikronesien ab, dann beginnt die christliche Missionierung vor nicht viel mehr als 200 Jahren. Die *London Missionary Society* (LMS) ist die älteste der protestantischen Missionsgesellschaften im Pazifik. Sie wurde 1795 gegründet und begann schon wenige Jahre später ihre Arbeit in Tahiti. Der tahitische König Pomare war einer der ersten Herrscher, der zum christlichen Glauben konvertierte. Nachdem Pomare 1815 seine Widersacher in der Schlacht von Feipi besiegt hatte wurde Tahiti ein christliches Königtum.

Von Tahiti aus gingen manche der Missionare nach Hawai'i, andere auf die Cookinseln, nach Tonga, Fidschi, Rotuma und Samoa. Die Erfolge waren freilich zunächst sehr bescheiden. Die Ausbreitung des Christentum in der Pazifischen Inselwelt fiel nicht der LMS zu, sondern zunächst der englischen methodistischen Kirche mit der Wesleyanischen Missionsgesellschaft. Sie hatte bereits 1826 ihre Arbeit in Tonga aufgenommen, wo sie starke Unterstützung von König George Tupou I bekam, der 1830 zum Christentum konvertierte. Von Tonga aus breiteten sich die methodistischen Missionare nach Fidschi aus, zunächst auf die kleineren Inseln der Lau-Gruppe im Osten und dann schließlich nach Viti Levu, der Hauptinsel. Nachdem Ratu Cakobau 1854 zum Christentum konvertiert war fasste die methodistische Kirche sehr schnell in ganz Fidschi Fuß. Bis dies jedoch erreicht war, wurden viele Kriege geführt und Schlachten geschlagen.

Ohne die Zustimmung der wichtigsten Häuptlinge hätte die Missionierung Fidschis erheblich länger gedauert, und hätte auch mehr Blutzoll auf Seiten der Missionare gefordert. Die ersten Missionare der LMS in Fidschi scheiterten, weil der Tui Nayau ihnen gegenüber gleichgültig war: Die drei Missionare aus Tahiti, die 1830 nach Lau kamen, konnten deshalb wenig bewirken. Ihnen fehlte die Anerkennung der Häuptlinge, die rituelle Einführung. Als fünf Jahre später mit William Cross und David Cargill die ersten methodistischen Missionare der Wesleyanischen Missionsgesellschaft ebenfalls nach Lau kamen, sah alles ganz anders aus. Durch den christlichen König von Tonga erhielten Cross und Cargill die richtige Einführung: Von Häuptling zu Häuptling, vom tonganischem König zum Tui Nayau, der mit dem tonganischen Herrscherhaus durch Heirat verbunden war.

Die Wesleyanische Missionsgesellschaft konnte also dann und dort erfolgreich wirken, wo sie die Unterstützung der Herrscher hatte. Die Missionare hatten aber auch häufig mit dem Widerstand der traditionellen Priester, den *bete*, zu rechnen. Die *bete* stellten in der traditionellen Religion der Fidschianer die Verbindung zu den Geistern der Vorfahren her. Sie berieten auch die Herrscher, vor allem in Fragen des „Kriegsglückes“. Mit der Zeit traten nun die Missionare an die Stelle der *bete*, so wie auch die traditionellen *spirit house* durch christliche Gotteshäuser ersetzt wurden, und die Missionare zu den Beratern der Herrscher aufstiegen. Die Missionare brauchten also den „Segen“ der Häuptlinge, doch auch die Häuptlinge waren mit der Zeit immer mehr auf die Dienstleistungen der Missionare angewiesen.

Missionierung in Fidschi ging in vielen Fällen mit Glaubenskriegen einher. Armeen von bereits konvertierten Herrschern zogen ins Feld, um das Christentum zu verbreiten, Überfälle auf europäische Siedlungen und bereits konvertierte Stämme geschahen als Reaktion auf den durch die christlichen Missionare eingeleiteten kulturellen Wandel.

Durch die bereits von Beginn an bestehende enge Allianz zwischen christlichen Missionaren und einheimischen Herrschern ist es wenig erstaunlich, dass die Konflikte immer auch politischen Charakter hatten. Es ging nicht nur um den „rechten“ Glauben, sondern wer die Missionare auf seiner Seite hatte, der hatte auch die Gunst der europäischen Kolonialmächte, deren Kriegsschiffe und Soldaten. Dies half, den eigenen Herrschaftsbereich auszuweiten.

Die Stämme, die sich der Missionierung entgegensetzten, taten dies nicht nur, weil sie ihre eigene Religion als die überlegene ansahen, sie bedroht sahen, und die Rache der Ahnen fürchteten. Viel wichtiger war, dass die Häuptlinge der Küstenregionen ihren Machtzuwachs missbrauchten, um andere Stämme zu unterdrücken und ihres Landes zu berauben. Hierin bestand die ökonomische Grundlage vieler Konflikte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Immer mehr europäische Siedler kamen in dieser Zeit nach Fidschi und Landspekulationen

machten einige wenige sehr wohlhabend und die methodistische Kirche fand sich sehr bald inmitten dieser Landspekulation.

Der Beginn massiver europäischer Zuwanderung beginnt mit dem durch den amerikanischen Bürgerkrieg ausgelösten Baumwollboom in Fidschi nach 1865. In diesem Jahr betrug die europäische Bevölkerung in Fidschi etwa 350 Menschen. Fünf Jahr später hatte sich diese Zahl bereits verdreifacht.

Zu diesem Zeitpunkt (1865) hat ein gewisser William Moore die Leitung der Wesleyanischen Missionsgesellschaft in Fidschi übernommen. Er war bereits seit 15 Jahren Missionar in Fidschi gewesen und hatte in dieser Zeit auch zunehmenden Einfluss auf Ratu Cakobau nehmen können. Mitte der 1860er Jahre geriet Cakobau immer mehr in Schwierigkeiten mit der amerikanischen Regierung. Grund waren Forderungen, die der amerikanische Handelsattaché Williams gegen Fidschi und damit gegen Ratu Cakobau, den selbsternannten Herrscher Fidschis, hatte. Bereits am 4. Juli 1849 war Williams Haus auf Nukulau abgebrannt als Folge eines Feuerwerkes anlässlich des amerikanischen Unabhängigkeitstages. Williams wollte Schadensersatz, da die auf Nukulau anwesenden Fidschianer nicht beim Löschen des Brandes halfen, sondern das Haus des Handelsattachés plünderten. Ursprünglich hatte Williams seinen Schaden auf 3.000 Dollar beziffert. Wann immer ein amerikanisches Kriegsschiff Fidschi anlief versuchte er, Druck auf Cakobau auszuüben, damit dieser den Schaden beglich. Über Jahre hinweg konnte Cakobau sich aber den Forderungen widersetzen, indem er Williams hinhielt. Im Juni 1867 lief das amerikanische Kriegsschiff USS *Tuscarora* unter Kapitän Stanley Fidschi an. Inzwischen war Williams Forderung auf \$ 45.000 angestiegen und die amerikanische Regierung bestand auf Bezahlung und drohte Levuka in Schutt und Asche zu schießen. Als Sicherheitsleistung und Druckmittel pfändete sie drei Inseln in der Lomaiviti Gruppe und zwang Cakobau ein Dokument zu unterschreiben, in dem er sich zur Bezahlung einer ersten Rate im Mai 1868 verpflichtete.

Wenige Tage nach diesem Ereignis traf sich Moore mit einem Landspekulanten aus Melbourne, W.H. Brewer. Beide arbeiteten einen Plan aus, der Cakobau seiner Sorgen entledigen sollte: Sie schlugen vor, dass Cakobau 200.000 Morgen Land der Polynesischen Gesellschaft aus Melbourne übereigneten, die dann als Gegenleistung Cakobaus Schulden übernehmen sollte. Ein solches Vorgehen Moores überrascht, da die Regeln der Wesleyanischen Missionsgesellschaft den Missionaren streng untersagte, sich in Landgeschäfte zu engagieren. Moore kümmerte dies wenig. Er wurde nicht nur Cakobaus wichtigster Berater in dessen Verhandlungen mit der Polynesischen Gesellschaft, sondern auch einer der größten Landeigentümer in Fidschi zu seiner Zeit.

Moore und seine Missionarskollegen Horsley, Brooks und Langham überredeten Cabobau, das Geschäft mit der Polynesischen Gesellschaft zügig zum Abschluss zu bringen – gegen die Bedenken, die der britische Konsul John Thurston äußerte. Neben den fast 200.000 Morgen Land, die Cabobau der Gesellschaft übereignen sollte, sollte diese auch exklusive Vollmachten im Bankgewerbe und die Kontrolle über die Häfen in Fidschi erhalten. Der Vertrag sah auch ein Vorkaufsrecht über alles Land vor, das Ratu Cakobau in Zukunft verkaufen würde. Die Polynesische Gesellschaft erklärte, sämtliche Schulden Cakobaus zu übernehmen und ihm eine jährliche Pension von \$1000 zu bezahlen. Doch damit nicht genug. Die Gesellschaft erklärte darüber hinaus, dass sie Cabokau dabei helfen werde *„to maintain his authority over his kingdom, keep out the Tongans and bring Lau under his sway and have a small gunboat which should be at his service when he wanted“* (Thornley 2002: 371). Die methodistischen Missionare

mischten sich damit unmissverständlich in den Machtkampf zwischen Cakobau und Ma'afu ein, der schon zu diesem Zeitpunkt auf eine militärische Auseinandersetzung hinsteuerte.

Ein anderes Problem war freilich auch, dass Cakobau Land zum Verkauf versprochen hatte, über das er gar keine Kontrolle hatte. Den Missionaren war das durchaus bewusst, doch Stimmen, die das Landgeschäft kritisierten, waren in der Minderheit. Unter ihnen war der Missionar Jesse Carey, der zu bedenken gab, dass die rechtmäßigen Besitzer des Landes über das Geschäft wohl sehr erbost seien und wahrscheinlich sogar diese Ungerechtigkeit bekämpfen werden (Thornley 2002:372). Seine und andere kritische Stimmen konnten jedoch nicht verhindern, dass am 25. Juli 1868 Cakobau und sechs weitere Häuptlinge von Bau ihre Unterschrift unter einen Vertrag setzten, der große Teile der Suva Halbinsel, Beqa, große Landflächen in Ba und der Natewa Bucht an die Polynesische Gesellschaft übereignete.

Die Verwicklung Moores und anderer Missionare in Landspekulationen der Polynesischen Gesellschaft wurden später Gegenstand einer Untersuchung der *New South Wales Methodist Conference*. Moore musste als Führer der Methodistischen Kirche in Fidschi abdanken und wurde durch Federick Langham ersetzt. Die Untersuchung ergab auch, dass Moore nicht der einzige Missionar war, der in Fidschi Land erworben hatte. Viele ähnliche Fälle wurden bekannt, keiner jedoch erreichte auch nur annähernd die Dimension der Landkäufe von Moore. Moore und andere Missionare erhielten einen milden Rüffel, da sie unwissentlich („unwittingly“) gegen Prinzipien der Mission verstoßen hatten, die den Kauf von Land untersagten.

Die Episode um Reverend Moore macht zwei Dinge sehr deutlich: Die Missionare wurden nicht nur als enge Verbündete der Häuptlinge der Küstenebene im Osten von Viti Levu und Lau wahrgenommen, sie waren es. Die Missionare waren aber nicht nur mit den Feinden der Stämme des Landesinneren eng verbündet, viele von ihnen waren direkt am Landraub beteiligt, der diesen Stämmen widerfuhr. Der Kampf, den die Stämme führten, war gegen die Häuptlinge der Küstenregion gerichtet und damit gleichzeitig gegen die christliche Missionierung. So ist es wenig überraschend, dass zum Zeitpunkt, als Cakobau seine Macht gegen seine Konkurrenten gesichert hatte und nachdem die Kirche ihre Position in der Küstenregion konsolidiert hatte, beide – Cakobau und die Missionare – sich **gegen** die Stämme im Landesinneren wandten, und zwar auch im Sinne bewaffneter Kreuzzüge.

Nach 1870 verschärften sich die Konflikte weiter und viele Häuptlinge und Stämme, die nominell bereits zum Christentum übergetreten waren, schlossen sich den „heidnischen“ Aufständischen an. Die europäischen Siedler begannen Privatarmeen aufzustellen, die Jagd machten, auf was immer wie ein *Kai Colo* aussah. 1870 verlagerte die methodistische Kirche ihr Hauptquartier nach Bau und dort wurde sie nun auch durch ihre räumliche Nähe zu Cakobau von den Stämmen im Landesinneren als Feind ausgemacht. Negativ wirkte sich auch aus, dass manche der Missionare ihren Auftrag als bewaffneten Kreuzzug auffassten, so etwa Semisi Fifita (Norton 2006, 53).

Zum Zeitpunkt, als Fidschi der britischen Krone unterstellt wurde, war die Missionierung der Küstenregionen weitgehend abgeschlossen – im Landesinneren der großen Inseln gab es noch auf Jahre hinweg erheblichen Widerstand gegen die fidschianischen Herrscher im Osten von Viti Levu und die neue Religion.⁸

⁸ Für Einzelheiten siehe die hervorragende Doktorarbeit *Disturbing history: aspects of resistance in early colonial Fiji, 1874–1914* von Robert E. Nicole (2006) unter: <http://digital-library.canterbury.ac.nz/data/collection3/etd/adt-NZCU20061016.114208/01front.pdf>

Als eine der ersten Handlungen der Kolonialmacht wurde der Verkauf und Kauf von Landbesitz in Fidschi verboten. Der zweite Kolonialgouverneur Sir Arthur Gordon setzte dann 1876 eine Kommission ein, die die Landgeschäfte der Europäer vor 1874 auf ihre Rechtmäßigkeit hin prüfte. Etwa 400.000 Morgen bestes Land wurden so rechtlich als Privatbesitz ausgewiesen. In den folgenden Jahren gab es etliche solcher *Land Commissions*, die von der fidschianischen Bevölkerung sehr skeptisch aufgenommen wurden. Häufig wurde die Zusammenarbeit mit den Kommissionen und den von ihnen ausgesandten Landvermessern boykottiert oder sogar sabotiert, wurden sie doch als kolonialstaatliche Instrumente wahrgenommen, die den Landraub vor 1874 in vielen Fällen legalisierten oder Land für den (Kolonial)Staat „erwarben“. Dies war z. B. die Intention einer 1892 eingesetzten Kommission: „*to turn over land not utilised by chiefs or tribes to the state*“ (Nicole 2006, 254).

Gouverneur im Thurm beabsichtigte, die von Gordon eingeführten Landgesetze wieder abzuschaffen, und möglichst viel Land für europäische Siedler auszuweisen. Zu diesem Zweck errichtete er ein „Lands Department“, das eine Individualisierung der Eigentumstitel in die Wege leiten sollte. Er hoffte, dass über kurz oder lang Land an Siedler verkauft werden würde, wenn es nicht mehr im Besitz der Klans (*mataqali*), sondern das Eigentum einzelner sei. Er griff auch scharf den Vertrag an, unter dem Fidschi an die britische Regierung übereignet wurde (*Deed of Cession*) und der dem Kolonialstaat den Schutz des Landes für die Fidschianer auftrug. Im Thurms Interpretation des Vertrages war, dass alles Land, das nicht genutzt würde, automatisch der Krone zufallen würde. Aus diesem Grunde müsse lediglich Land vermessen, registriert und auf seine Nutzung hin überwacht werden. Im Thurms Pläne schließlich scheiterten am Widerstand der Fidschianer und nach der Intervention des früheren Gouverneurs Gordon.

Häufig wurde die Katholische Kirche für die Unzufriedenheit, ja Unruhe und Widerstand vieler Fidschianer in den ersten Jahrzehnten der Kolonialzeit verantwortlich gemacht. Die Methodistische Kirche, aber auch die koloniale Verwaltung beschuldigte die Katholische Kirche, Zwietracht unter der fidschianischen Bevölkerung zu säen, die Menschen dazu aufzurufen, gegen die Häuptlinge, vor allem aber auch gegen den Staat zu handeln und zum Boykott der Steuerzahlungen aufzurufen. Im Zusammenhang mit einem Kult, der Mitte der 1880er Jahre in der Region um die Stadt Rakiraki auftrat (Tuka Kult), meint einer der führenden Häuptlinge dieser Zeit, dass das Wirken der Katholischen Kirche schädlicher für die Kolonie sei als der Tuka Kult⁹: „*Roman Catholicism is doing more harm: It endeavours to*

⁹ Der Tuka Kult geht auf einen indigenen Propheten zurück, der die Offenbarung verbreitete, dass die traditionellen religiösen Vorstellungen der Fidschianer eine Wiederbelebung erfahren würden, die dazu führe, dass schon sehr bald die Weißen den Einheimischen dienen, die Häuptlinge den gemeinen Menschen (*commoners*), und dass diese neue gesellschaftliche Ordnung dann in alle Ewigkeit Bestand habe. In dieser neuen Ordnung sei Jehovah den lokalen Göttern untergeordnet. Der Prophet Navosavakandua wurde 1885 von Kolonialbeamten verhaftet und zu einem Jahr schwerer Zwangsarbeit verurteilt und anschließend auf die Insel Rotuma verbannt. Auch danach kam es immer wieder zum Aufleben des Kultes. 1891 unternahm der damalige Gouverneur Thurston eine Expedition ins Landesinneren. Alle angetroffenen Anhänger des Kultes wurden verhaftet und öffentlich ausgepeitscht. In einem Brief an den britischen Außenminister schreibt Thurston: „The Tuka, or worship of their ancestral spirits, the building of Bure Kalou (temples), and the assumption of authority by the old priests or the sons of the old priests of cannibal and heathen days was, I explained inconsistent with the worship of the true good and also inconsistent with the order and good government of the country established by the Queen. I could therefore as Governor bear with them no longer. [...] I must now take steps both to prevent their occasioning further mischief as well as to make them a warning and example to others. It was therefore my intention to remove the whole of the people of Drauniivi. [...] I should destroy their towns and prohibit their sites ever being occupied again unless the Government in time to come was satisfied that they had thrown off their present evil practices and had become loyal and obedient people“ (Kaplan 1995, 67).

withdraw allegiance of the people from the chiefs. Its leader continually look for and accept the first fruits that are payable to chiefs only. Its agents have endeavoured to relieve prisoners from gaol, have caused unseemly wrangling among native officers, have been concerned, several times, in the withdrawal of children from their natural guardians so that they might imbibe its doctrines, [...] and in the service of this "religion" leave their communal duties undone. They remove women from their communities and shut them up where they are not available as wives and mothers" (Nicole 2006, 261).

Während die Methodistische Kirche als obrigkeitsorientiert und staatstragend wahrgenommen wurde, entwickelte sich die Katholische Kirche als Alternative für diejenigen, die mit der sozialen und politischen Ordnung nicht einverstanden waren. Von der Kolonialverwaltung wurden deshalb Konvertierungen zum Katholizismus mit großer Sorge beobachtet. Diese Sorge wuchs umso mehr, als weitere christliche Glaubensgemeinschaften in Fidschi aktiv wurden, so etwa die Siebenten-Tags-Adventisten, die ab den 1890er Jahre viele Anhänger für sich gewinnen konnten. Vor allem in den Gebieten im Landesinneren der Hauptinseln Fidschis, die eine Tradition des Widerstandes gegen die Häuptlinge aus den Küstenregionen hatte, wandten sich viele Dörfer geschlossen der Katholischen Kirche oder den Siebenten-Tags-Adventisten zu.

Die Häuptlinge und die Methodistische Kirche sahen es gleichermaßen als wichtig an, dass die fidschianische Tradition und Kultur weitgehend intakt blieb, so riesig dieser Widerspruch auch gewesen war, denn immerhin hatte sich mit der Missionierung Tradition und Kultur der Fidschianer grundlegend gewandelt. Gemeint war vielmehr die gesellschaftliche Ordnung, nach der den Häuptlingen bedingungslos Respekt zu erweisen sei und die Vorstellung, dass Fidschianer auf dem Land, in ihren Dörfern leben sollten, und der Zuzug in Städte und die Aufnahme kommerzieller Arbeit weitgehend verhindert werden solle. Aus diesem Grunde nahm die Methodistische Kirche die Einführung des Kontraktarbeitssystems, das zehntausende Inder nach Fidschi brachte, positiv auf.

Mit der Zeit traten auch sehr viele Inder der Methodistischen Kirche bei. Besonders Hannah Dudley, die vor ihrer Zeit in Fidschi einige Jahre in Indien verbracht hatte, begann sich um die Inder in den Zuckerrohranbaugebieten zu kümmern. Viele von ihnen konvertierten mit der Zeit zum Christentum und traten der Methodistischen Kirche bei. Mit den Jahren wuchs dieser „indische“ Teil der Methodistischen Kirche in Fidschi und setzte sich ab 1915 für die Abschaffung der Kontraktarbeit ein, was schließlich 1920 geschah.

Die Coups von 1987, 2000 und 2006

Im Juli 1985 wurde die *Fiji Labour Party* (FLP) gegründet, die zwei Jahre später überraschend die Wahlen gewann. Am 13. April 1987 wurde der Vorsitzende der FLP, Dr. Timoci Bavadra, ein Fidschianer, zum zweiten Premierminister Fidschis vereidigt. Einen Monat später unternahm Oberst Sitiveni Rabuka den ersten Militärputsch in Fidschi, angeblich um die politische Vormachtstellung der Fidschianer zurück zu gewinnen und um einen Bürgerkrieg zu verhindern.

Nach dem Putsch setzt Rabuka einen Militärrat ein. Gleichzeitig wird eine Kommission mit der Überarbeitung der Verfassung von 1970 vertraut, um „Verfassungsfehler“ auszumerzen, die zur Niederlage der Fidschianer geführt hatten. Im Laufe des Jahres vollzieht sich eine Annäherung der *Alliance Party* und der Regierungskoalition (*Deuba Accord*). In dieser Situation entlässt Rabuka am 25. September 1987 in einem zweiten Putsch Generalgouverneur Ratu Penaia Ganilau, erklärt sich selbst zum Staatsoberhaupt, stellt Fidschi unter Kriegsrecht, hebt die Verfassung von 1970 auf und erklärt Fidschi zur Republik (Alley 2001). Ende 1987 ernennt Rabuka Ratu Mara zum Premierminister einer Übergangsregierung und Ratu Penaia Ganilau zum Präsidenten. Die folgenden Jahre sind dominiert von der Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die 1990 in Kraft tritt und die fidschianische Vorherrschaft zementiert. Die Wahlen von 1992 enden mit dem Wahlerfolg der von Rabuka gegründeten SVT (*Soqosoqo ni Vakevulewa ni Taukei*). Rabuka wird Premierminister, und unter ihm findet eine erneute Verfassungsrevision statt, die die Verfassung von 1997 hervorbringt.

Die Wahlen von 1999 finden unter der neuen Verfassung statt und enden mit dem Sieg einer Koalition unter Führung der FLP. Zum ersten Mal in der Geschichte Fidschis wird mit Mahendra Chaudhry ein Politiker indischer Herkunft Premierminister. Diesmal dauert es ein ganzes Jahr, bevor im Mai 2000 die Regierung Chaudhry aus der Macht geputscht wird; von George Speight, einem gescheiterten Geschäftsmann und von Chaudhry entlassenen CEO der *Fiji Hardwood Corporation*. Zusammen mit bewaffneten Angehörigen einer von Rabuka gegründeten militärischen Sondereinheit zur Terrorismusbekämpfung (*Counter Revolutionary Warfare Unit, CRW*) dringt Speight in gleicher Manier wie Rabuka 13 Jahre zuvor ins Parlament ein und hält das gesamte Kabinett für fast zwei Monate als Geiseln fest. Anders als 1987 wird der Putsch von einem Zivilisten mit Hilfe einer Splittergruppe der Armee durchgeführt. Die Streitkräfte unter Führung von Frank Bainimarama stellen sich deutlich gegen die Putschisten, aber keineswegs hinter die gewählte Regierung.

Viele sehen den Putsch von 2000 als gescheitert an. Am Ende mussten die Putschisten aufgeben, wurden inhaftiert. Ihre Ziele freilich hatten sie weitgehend erreicht: Während Chaudhry und sein Kabinett im Parlament als Geiseln gehalten wurden, bewegte Bainimarama Präsident Ratu Mara dazu, die Regierung Chaudhry zu entlassen, die Verfassung von 1997 auszusetzen, Kriegsrecht zu verhängen und schließlich selbst zurückzutreten, ein Vorgehen, das Watson (2005: 362) als „a coup within a coup“ bezeichnet. Danach verhandelt Bainimarama mit den Putschisten, der CRW, dem *Great Council of Chiefs*, aber nicht mit der FLP über die Freilassung der Geiseln, die Übergabe der Waffen und eine Amnestie für die Putschisten (Kelly 2005). Schon bald nach der Freilassung der Geiseln werden die Putschisten von der Armee gefangengenommen, angeblich weil sie sich nicht an die Absprachen mit dem Militär gehalten und nicht alle ihre Waffen übergeben hatten. Im Juli 2000 setzt Bainimarama den Banker Laisenia Qarase als Führer einer zivilen Übergangsregierung ein, der dann im August 2001 mit der von ihm gegründeten *Soqosoqo ni Duvata ni Lewenivanua (SDL)* die Wahlen gewinnt.

Bainimarama hatte Qarase zur Macht verholfen, doch schon bald zeichnen sich unüberwindbar erscheinende Differenzen zwischen beiden ab, die sich am deutlichsten am *Reconciliation, Tolerance and Unity Bill* ausdrücken, das die SDL-Regierung Anfang 2005 im Parlament einbringt. Das Gesetz sieht u. a. eine Amnestie der Verantwortlichen des Coups von 2000 vor. Bislang ist wenig über die Hintermänner des Coups bekannt. Wie Rabuka 1987 bestritt auch Speight 2000, dass es solche Hintermänner gegeben habe, doch wie 1987 wird dies als wenig glaubhaft angesehen. Während der *commoner* George Speight eine

lebenslange Haftstrafe verbüßt, befinden sich andere Verurteilte, unter ihnen der einstige Vize-Präsident Fidschis und andere hohe Häuptlinge, auf Intervention der SDL längst wieder auf freiem Fuß. Bainimarama machte nie einen Hehl daraus, dass das Militär dem Amnestiegesetz niemals würde zustimmen können.

Am 13. November 2006 fordert Bainimarama die SDL-Regierung ultimativ auf, die Gesetzesvorlage zurückzunehmen. Obwohl Premierminister Qarase in den folgenden Wochen ein Zugeständnis nach dem anderen an Bainimarama macht, setzt dieser am 5. Dezember Präsident Ratu Josefa Iloilo ab, ernennt sich selbst zum Präsidenten und entlässt Qarase und seine Regierung. Als neuer Premierminister wird ein pensionierter Militärarzt eingesetzt. Am 5. Januar 2007 tritt Bainimarama überraschend als Präsident zurück und erlaubt Ratu Josefa Iloilo die Rückkehr in sein Amt. Dieser ernennt dann Bainimarama zum Premierminister und Führer einer Übergangsregierung.

Überraschend ist, dass in der im Januar 2007 eingesetzten Übergangsregierung in zentraler Stelle ein Mann vertreten ist, der fast sieben Jahren zuvor selbst Opfer eines Staatsstreiches geworden war: Übergangsminister für Finanzen und Zuckerreform, Mahendra Chaudhry. Gerade in der Person des Opfers vom Mai 2000 scheinen sich politische Grundfeste und Kategorien zu relativieren: Das Opfer des Umsturzes vom Mai 2000 stellt den Putsch vom Dezember 2006 als legitimes Mittel dar, um die Demokratie in Fidschi zu retten. Die gestürzte, demokratisch gewählte Regierung andererseits wird dargestellt als Inbegriff von *Bad Governance*, Korruption und Wahlfälschung. Gleichzeitig verwandeln sich die Unterstützer des Putsches von 2000 in aufrechte Demokraten und eiserne Verfechter staatsrechtlicher Prinzipien (Fraenkel 2007).

Der Putsch vom Dezember 2006 unterscheidet sich in vielen Punkten von den drei vorausgegangen Staatsstreichen: 1987 und 2000 wurden durch die Putsch-Regierungen aus dem Amt entfernt, die in der Mehrheit durch Stimmen der Indo-Fidschianer für die *Fiji Labour Party* gewählt wurden. Im Dezember 2006 hingegen wird eine Regierung aus dem Amt entfernt, die auf eine breite Unterstützung von Seiten der Fidschianer bauen konnte. Bainimaramas Übergangsregierung hat neben Chaudhry zwei weitere Minister aus den Reihen der *Fiji Labour Party*, darunter Poseci Bune, ein mutmaßlich unehelicher Sohn Ratu Maras. Schon im Januar 2006 hatte FLP-Präsident Jokapeci Koroi in einem Fernsehinterview die fidschianische Öffentlichkeit mit der Aussage überrascht, die FLP würde eine Machtübernahme durch das Militär gutheißen (Fiji Times, 17.01.2006).

1987 und 2000 unterstützten die methodistische Kirche und der Oberste Häuptlingsrat (*Great Council of Chiefs*)¹⁰ den Umsturz, während beide Institutionen den Coup von 2006 ablehnten und der Übergangsregierung unter Bainimarama sehr skeptisch gegenüberstanden. Der *Great Council of Chiefs* wurde im April 2007 von Kommander Bainimarama aufgelöst, der sich im Februar 2008 selbst zum Vorsitzenden des Obersten Häuptlingsrates ernennt.

Coups in Fidschi und multi-kulturelle Gesellschaft

¹⁰ Der GCC zeigte sich überaus dankbar gegenüber Putschist Rabuka und machte ihn, einen *Commoner*, zum ersten und bislang einzigen *Life Member* des GCC. Zwischen 1999 und 2001 war Rabuka auch Vorsitzender des GCC. Der GCC unterstützte die SDL-geführte Regierung unter Qarase in ihrer Absicht, ein Amnestiegesetz für die Verantwortlichen des Putsches von 2000 im Parlament zu verabschieden.

Vier Coups in weniger als zwei Jahrzehnten zeigen, dass Fidschi ein Problem hat, politische Stabilität zu gewährleisten. Woran dies liegt darüber streiten sich viele. Die Ursachen für politische Instabilität in Fidschi sind erheblich komplexer als häufig dargestellt. Dies liegt daran, dass zu ethnisch gelagerten Konfliktlinien weitere hinzukommen, die der Politik in Fidschi mitunter eine Dynamik verleihen, die für Außenstehende nur noch schwer nachzuvollziehen ist.

In aller Regel werden politische Konflikte in Fidschi als ethnische Konflikte gedeutet. Konflikte entstehen, weil eine einheimische, ethnisch eindeutig abgrenzbare Bevölkerungsgruppe, die politisch dominant ist, zu verhindern versucht, dass eine andere, eingewanderte, ethnisch eindeutig abgrenzbare Bevölkerungsgruppe, die wirtschaftlich dominant ist, politische Macht erhält. Eine solche Sichtweise vernachlässigt jedoch, dass weder Inder noch Fidschianer homogene Gruppen darstellen, weder ethnisch, wirtschaftlich noch sozial.

Schon 1975 hatte Sakiasi Butadroka, Führer der *Fijian Nationalist Party*, einen Antrag im Parlament gestellt, alle Fidschianer indischer Abstammung nach Indien auszusiedeln. Auch wenn der Antrag abgelehnt wurde, kommt in ihm der ethnische Konflikt deutlich zum Ausdruck: auf der einen Seite **die** Fidschianer, in der Mehrzahl auf dem Lande lebend, häufig von subsistenz-ähnlicher Landwirtschaft, und auf der anderen Seite **die** Nachfahren indischer Einwanderer, entweder in der kommerziellen Landwirtschaft verankert, oder als Händler, Ärzte, Rechtsanwälte und ähnliche Berufe in den Städten lebend. Was auf den ersten Blick wie eine homogene ethnische Gruppe erscheint, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als äußerst heterogen. Viele sind Nachfahren der Kontraktarbeiter, andere waren aber als „freie“ Einwanderer nach Fidschi gekommen: Farmer aus dem Punjab, Händler und Handwerker aus Gujarat, religiöse Führer und Rechtsanwälte, Lehrer und Ärzte, Hindus, Moslems, Sikhs, Parsen und indische Christen. Die freien Immigranten waren im Gegensatz zu den Kontraktarbeitern besser gebildet und auch wohlhabender. Allmählich bildete sich eine indisch-stämmige Mittelschicht heraus, die auch wirtschaftlich erfolgreich war. Ein paar wenige indische Geschäftsleute dominieren wichtige Teile der Wirtschaft. Die Mehrzahl der Inder ist aber sehr arm, wie auch die Mehrzahl der Fidschianer. Es scheint, dass der Rassenkonflikt in Fidschi sehr vortrefflich mithilft, den Klassenkonflikt zu überdecken, von ihm abzulenken.

Arm und Reich gibt es in beiden ethnischen Lagern, und seit den 1970er Jahren hat Armut in Fidschi sowohl unter den Fidschianern als auch den Indu-Fidschianern sehr stark zugenommen. Auch konzentriert sich politische Macht keineswegs auf eine der beiden Gruppen. „Regiert“ werden die Fidschianer von ihren Häuptlingen, den Häuptlingen, die ausschließlich aus einer der drei Konföderationen stammen und deren Macht davon abhängt, inwieweit sie den stattfindenden Kulturwandel abschwächen oder in ihrem Sinne beeinflussen können. Durch die Modernisierung der fidschianischen Gesellschaft haben sie bereits viel an Einfluss verloren. Sie haben es aber auch verstanden, Schlüsselpositionen in den modernen politischen Institutionen, der Verwaltung und den Sicherheitskräften zu besetzen.

Armut in Fidschi, 1977 - 2002 / 3

	Anteil unterhalb der Armutsgrenze		
	1977	1990/1	2002/3
Nationaler Durchschnitt	15	25.5	34.4
Indigene Fidschianer	k.A.	27.7	33.8
Indo-Fidschianer	k.A.	31	34.9
Städtisch -alle-	12	27.6	31.8
Indigene Fidschianer	k.A.	k.A.	29.9
Indo-Fidschianer	k.A.	k.A.	33.9
Ländlich -alle-	20	24.3	38.1
Indigene Fidschianer	k.A.	k.A.	37.3
Indo-Fidschianer	k.A.	k.A.	39.2

Quellen: Stavenuiter (1983); Ahlburg 1995 und Abbott (2006)

Kaplan (1988) nennt es ein Paradox, dass mit den fidschianischen Häuptlingen eine politisch privilegierte ethnische Gruppe einen Staatsstreich durchführen sollte (ebenda: 93). Sie spricht damit den Umstand an, dass die Verfassung von 1970 die politische Vormacht der Fidschianer zementierte. Es ist keineswegs so, dass 1987 und 2000 die Gefahr bestand, die Fidschianer könnten eine Minderheit im „eigenen“ Land werden, und ihre politische Vormachtstellung verlieren. Nach den Wahlen von 1987 waren die wichtigsten politischen Ämter allesamt mit Fidschianern besetzt: Bavadra als Premierminister und Ratu Ganilau als Generalgouverneur. Die wichtigsten Ministerien und insbesondere die, die fidschianische Interessen am meisten berührten (*Home Affairs, Fijian Affairs, Agriculture, Forestry and Fisheries, Education*), waren besetzt mit fidschianischen Ministern (Lal 1992: 269f.).

Von den Putschisten 1987 (wie auch später 2000) wurde dennoch ein Szenario konstruiert, wonach die indisch dominierte *Fiji Labour Party* den Fidschianern ihr Land wegnehmen wollte. Land (*vanua*) wurde schon immer instrumentalisiert, um Fidschianer politisch zu mobilisieren. Die koloniale Erfahrung, die Landenteignung durch Siedler und *Polynesian Company*, ist bis heute im kollektiven Gedächtnis der Fidschianer verhaftet. Weniger gut verhaftet ist freilich, welche Rolle ihre eigenen Häuptlinge dabei spielten, allen voran Ratu Seru Cakobau. *Vanua* ist mehr als ein Produktionsfaktor in Fidschi. *Vanua* ist das wichtigste Prinzip, das Identität verleiht. Auf *Vanua* basieren die sozialen, politischen und kulturellen Netzwerke, die die fidschianische Gesellschaft ausmachen. „*The vanua contains the actuality of one'e past and the potentiality of one'e future. It is an extension of the concept of the self. To most Fijians, the idea of parting with one's vanua or land is tantamount to parting with one'e life*“ (Ravuvu 1983: 70).

So wirksam die Konstruktion der Gefahr des Landverlustes auch war, es bestand kein objektiver Grund, besorgt zu sein. Nach der Verfassung von 1970 kann das Landrecht nur mit einer Drei-Viertel-Mehrheit im Parlament und Senat sowie der Zustimmung von mindestens sechs der acht vom *Great Council of Chiefs* benannten Senatoren geändert werden (Ward 1997).

Die Tatsache, dass es wenig Grund für Besorgnis gab, dass die indigenen Fidschianer tatsächlich einen Machtverlust erlitten, hat schon immer viele Spekulationen über andere Gründe für die Coups von 1987 genährt. So wurde von mehreren Seiten immer wieder behauptet, dass ausländische Interessen in den Regierungsumsturz verwickelt waren.

Fidschi im Kalten Krieg

Am 10. Oktober 1970 erhielt Fidschi seine Unabhängigkeit. Die ersten Jahre danach waren politisch dominiert vom ersten Premierminister des Landes, Ratu Sir Kamisese Mara und seiner *Alliance Party (AP)*, die den Rückhalt der fidschianischen Häuptlinge und des europäischen Kapitals in Fidschi hatte. Politische Allianzen, die die letzten Jahrzehnte der Kolonialzeit prägten, wurden fast unverändert mit in die Unabhängigkeit übernommen. Fidschi führte keinen Unabhängigkeitskrieg. Ganz im Gegenteil: große Teile der fidschianischen Eliten hätten nichts dagegen gehabt, wenn das Land eine Kolonie geblieben wäre.

Die stärkste Oppositionspartei, die *National Federation Party (NFP)*, war die politische Heimat der meisten Indo-Fidschianer. Bei den Wahlen im Frühjahr 1977 erreichte die NFP eine hauchdünne Mehrheit. Ihr Führer, Siddiq Koya, fühlte sich bereits als nächster Premierminister Fidschis, als Gouverneur Ratu Sir George Cakobau den unterlegenen Ratu Mara mit der Bildung einer Übergangsregierung betraute. Bis heute ist nicht vollkommen geklärt, was Ratu Cakobau zu diesem außergewöhnlichen Schritt bewegte (ausführlich: Lal 1992: 235-242, Lal 1990: 50-67). Die Wahlen vom September 1977 wurden dann mit überwältigender Mehrheit von Ratu Mara gewonnen, wie auch die Wahlen von 1982.

International beherrschend ist in dieser Zeit noch der Kalte Krieg zwischen den USA und ihren Verbündeten auf der einen Seite und der Sowjetunion und ihren Verbündeten auf der anderen Seite. Dieser Konflikt wirkt sich auch auf politische Ereignisse in der Pazifischen Inselwelt aus, wenn auch vielleicht nicht so dominant wie anderswo, und ganz sicherlich auch mehr im Verborgenen, denn die Pazifischen Inseln werden weltpolitisch wenig wahrgenommen.

Ereignisse im Pazifik, die für die Supermächte zu dieser Zeit sehr bedeutend waren, bewegten sich in aller Regel um die Frage, welche Rechte die Inselstaaten der Region hatten, um sich vor den Gefahren atomarer Waffen schützen zu können. Dies betraf sowohl den Transport von Nuklearwaffen durch die Hoheitsgewässer pazifischer Inselstaaten, als auch die Frage nach Atomwaffentests.

Schon bald nach Ende des Zweiten Weltkrieges war die Pazifische Inselwelt zum Testgelände für Nuklearwaffen der drei westlichen Atommächte geworden. Mit Kriegsende wurden den USA die Marshall-Inseln von den Vereinten Nationen als Treuhandgebiet übergeben – es dauerte nicht lange, bis Amerika 1946 begann, auf Enewetak und dem Bikini-Atoll Atomwaffenversuche durchzuführen. In 12 Jahren führten die USA auf den Marshall-Inseln 66 Atomwaffentests durch, darunter den ersten Test einer Wasserstoffbombe (1952) und die größte jemals von den USA durchgeführte Nuklearexplosion (Unternehmen Castle Bravo 1954). Großbritannien erwählte die Malden und Christmas Islands (Kiritimati) zu seinem Atomwaffentestgelände. Es führte dort 1957 und 1958 neun Nukleartests durch, darunter den ersten britischen Test einer Wasserstoffbombe. Fast 300 fidschianische Soldaten waren bei dem britischen Versuchsprogramm eingesetzt und viele von ihnen

erkrankten danach an Leukämie, darunter auch Ratu Sir Penaia Ganilau, früherer Generalgouverneur und erster Präsident Fidschis. In den frühen 1960er Jahre führten die USA dann weitere 24 Atomwaffentests auf Christmas Island durch. Frankreich schließlich errichtete „seinen“ pazifischen „Atomsandkasten“ in Französisch-Polynesien. Zwischen 1966 und 1996 wurden auf Fangataufa und dem benachbarten Moruroa-Atoll etwa 200 Atomwaffentests durchgeführt.

Auf den Pazifischen Inseln war Widerstand gegen diese Art kolonialer Ausbeutung zunächst gering. Proteste kamen jedoch schon sehr bald aus Neuseeland und Australien. In Neuseeland reichen die Anti-Atomproteste bis in die späten 1950er Jahre zurück, als eine Kampagne für Nukleare Abrüstung (Campaign for Nuclear Disarmament, CND) starken Zulauf unter der Bevölkerung erhielt, nicht zuletzt wegen der britischen Wasserstoffbombentests, die in diesen Jahren in Australien und den Christmas Inseln durchgeführt wurden. 1959 stimmte Neuseeland in den Vereinten Nationen für eine Verurteilung von Atomwaffenversuchen, während sich Australien, Großbritannien, Frankreich und die USA der Stimme enthielten.

1961 war die CND bereits so stark, dass sie die neuseeländische Regierung dazu veranlassen konnte zu erklären, dass Neuseeland jeglichen Besitz und Gebrauch von Nuklearwaffen ablehne. Zwei Jahre später (1963) legte CND dem neuseeländischen Parlament in der größten Unterschriftenaktion, die das Land je erlebt hatte, eine Liste mit über 80.000 Unterschriften vor, in der die Regierung aufgefordert wurde, eine internationale Konferenz zu unterstützen, die die Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone auf der südlichen Hemisphäre beschließen sollte.

Nicht zuletzt durch Stimmen der Nuklearwaffengegner gelang 1972 der neuseeländischen Labour Party unter Norman Kirk der Wahlsieg. Noch im selben Jahr entschied der Internationale Gerichtshof über einen Antrag von Australien und Neuseeland, wonach Frankreich seine überirdischen Nukleartests auf dem Moruroa-Atoll einzustellen habe. Dem kam Frankreich allerdings nicht nach. Als 1975 die Labour Party in Neuseeland die nationalen Wahlen verlor, wurde die gegen Nuklearwaffen gerichtete Politik von der neu gewählten Regierung der National Party jedoch nicht weiter verfolgt - bis dann 1984 die Labour Party wieder an die Macht kam.

Nach dem Wahlsieg 1984 begann die neuseeländische Labour Party schon sehr bald, ihrem Ruf nach einer nuklearfreien Zone auch Taten folgen zu lassen. Der gerade neu gewählte Premierminister David Lange untersagte nuklearbetriebenen oder mit Nuklearwaffen bestückten Schiffen, Häfen in Neuseeland anzulaufen oder neuseeländische Hoheitsgewässer anzufahren oder zu durchqueren. Die amerikanische Regierung lies nicht lange mit Sanktionen auf sich warten und kündigte ihre Verpflichtungen im Verbindung mit dem ANZUS-Pakt auf, einem militärischen Beistandspakt zwischen Australien, den USA und Neuseeland. Neuseeland befand sich in diplomatischen Konflikt mit den USA und alles deutete darauf hin, dass die Regierung in Wellington nicht begeben würde, auch nicht auf Drängen des anderen Bündnispartners im ANZUS-Pakt, Australien.

Von Neuseeland breitete sich der Ruf nach einer nuklearwaffenfreien Zone weiter aus. Es dauerte nicht lange, bis eine Reihe von Pazifischen Inselstaaten sich ähnliche Schritte überlegten und eng daran zusammenarbeiteten den Südpazifik zur nuklearwaffenfreien Zone zu erklären. Am 6. August 1985, dem 40. Jahrestages des Atombombenabwurfes auf

Hiroshima, unterzeichneten die Regierungen von Australien, den Cookinseln, Fidschi, Kiribati, Nauru, Neuseeland, Niue, Papua-Neuguinea, den Salomonen, Tonga, Tuvalu, Vanuatu and (Western) Samoa den Vertrag von Rarotonga, der den Südpazifik zu einer atomwaffenfreien Zone erklärte. Mit diesem Vertrag werden der Gebrauch, das Testen und der Besitz von Nuklearwaffen innerhalb dieser *South Pacific Nuclear Free Zone* verboten.

Die Geschichte um die nuklearwaffenfreie Zone im Südpazifik zeigt sehr deutlich, dass auch diese Region der Welt nicht vom Kalten Krieg ausgelassen wurde. Ganz im Gegenteil: In der Frühphase des Kalten Krieges wurden die Waffen vor allem in dieser Region getestet, die das Arsenal des Gleichgewichtes des Schreckens stellten.

Bis heute, 20 Jahre nach dem ersten Putsch von 1987, sind die Hintergründe für die Tat äußerst verschwommen. Manche sehen den Putsch als Tat ausländischer Mächte, allen voran der USA. Die amerikanische Regierung hatte ohne Zweifel ein Interesse am Status Quo von vor den Wahlen. Für die USA standen strategische Interessen auf dem Spiel, da die *Fiji Labour Party* eine wichtige Rolle in der Anti-Nuklear Bewegung im Pazifik spielte. Mehrere Quellen berichten, dass sich zum Zeitpunkt des Coups bis zu 11 CIA-Agenten in Fidschi aufhielten (Sun 4.6.1987). Ratu Mara hatte gute Beziehungen zu den USA. 1983 hob er die atomwaffenfreie Zone auf, die Fidschi zuvor für seine Hoheitsgewässer errichtet hatte (Robie 1989), und im folgenden Jahr frühstückte er mit Präsident Reagan in Washington. Die von USAID finanzierte *Foundation of the Peoples of the Pacific* machte ihn 1984 zum Mann des Jahres im Pazifik (Robertson and Tamanisau 1988). Als Australien und Neuseeland nach dem Putsch Handelsembargos ankündigten, stockten die USA ihre Entwicklungshilfe für Fidschi beträchtlich auf.

Der Putsch in Fidschi würde sich in eine Reihe weiterer Ereignisse einfügen, die sich etwa zur gleichen Zeit im Pazifik ereigneten, und die alle einen Bezug zu Nuklearwaffen und der Errichtung von nuklearwaffenfreien Zonen im Südpazifik haben.

Am 30.06.1985 fiel der Präsident Palaus, Haruo Remeliik, einem Attentat zum Opfer. Die Ermordung Remeliiks war der erste gewaltsame Tod eines Regierungschefs in der Pazifischen Inselwelt. Auch heute sind die Hintergründe, die zur Ermordung Remeliiks führten, nicht vollkommen aufgeklärt und viele behaupten, dass die CIA ihre Hand im Spiel hatte. Bereits 1978 hatte die einstige deutsche Kolonie für ihre Unabhängigkeit gestimmt. In der 1979 verabschiedenden Verfassung verpflichtete sich das Land als erstes Land der Erde dem Prinzip der Nuklearwaffenfreiheit. Insbesondere sollte die Verfassung den USA (und anderen Staaten) verbieten, Atomwaffen oder andere Massenvernichtungswaffen auf dem Territorium Palaus zu stationieren, zu testen, zu gebrauchen oder durch die Hoheitsgewässer des Inselstaates zu transportieren. Zu diesem Zeitpunkt war das Land noch ein Treuhandgebiet der Vereinten Nationen, das von den Vereinigten Staaten verwaltet wurde. Für die Zeit nach der Unabhängigkeit strebte Palau, einer der kleinsten Staaten der Welt, einen Assoziierungsvertrag mit den USA an. Im August 1982 boten die USA dem Land Entwicklungshilfe von mehr als 430 Millionen US-Dollar an, wenn dieses sich bereiterklären würde, ein Drittel der Staatsfläche den Amerikanern für Militärbasen und Ausbildungslager zu überlassen, sowie den USA zu gestatten, nuklear bestückte Schiffe und U-Boote in ihren Hoheitsgewässern zuzulassen.

Präsident Remeliik war einer der stärksten Befürworter der Bestimmungen der Verfassung hinsichtlich eines strikten Verbotes aller Nuklearwaffen auf dem Gebiet Palaus. 1979 hatte er

die verfassungsgebende Versammlung geleitet und die Verfassung wurde in einem Referendum von 92 Prozent der Wahlberechtigten angenommen. Der oberste Kommissar der Treuhandbehörde sah dies freilich anders und hat die Abstimmung über die Verfassung als nicht rechtens bezeichnet. Eine neue Verfassungsvorlage, die von den USA eingebrachte Veränderungen enthielt, wurde im Oktober von 70 Prozent der Wahlberechtigten abgeschmettert. Kurz darauf wurde die ursprüngliche Vorlage von 78 Prozent der Wahlberechtigten bestätigt. In der Folge wurde weiter munter über die Verfassung abgestimmt, nach dem Motto, dass es nicht rechtens sein kann, solange die Anti-Nuklear-Passagen aus der Verfassung getilgt sind. Alle Abstimmungen scheiterten an der dazu notwendigen Drei-Viertel-Mehrheit der Stimmen. Die Auseinandersetzung um den atomwaffenfreien Status Palaus verzögerte die Unabhängigkeit des Landes um fast 10 Jahre, nämlich so lange, bis der Passus der atomwaffenfreien Zone aus der Verfassung gestrichen wurde. Der 1992 zum Präsidenten des Landes gewählte Kuniwo Nakamura konnte mit den USA aushandeln, dass Palau bereits im ersten Jahr des Assoziierungsvertrages eine Entschädigung in Höhe von 450 Millionen US-Dollar erhielt. Am 1. Oktober 1994 wurde Palau unabhängig. Das Land ist seither ein enger Verbündeter der USA, die auch weiterhin für die Verteidigung und Außenpolitik des Landes zuständig sind.

Ein anderes Ereignis geschah gerade 10 Tage nach der Ermordung des Präsidenten von Palau. Am 10. Juli 1985 wurde auf der *Rainbow Warrior*, einem Schiff der Umweltorganisation Greenpeace, im Hafen von Auckland/Neuseeland ein Anschlag verübt. Bei dem Anschlag wurde das Schiff versenkt und ein Greenpeace-Mitarbeiter getötet. Es dauerte nicht lange, bis feststand, dass der Anschlag von französischen Geheimdienstagenten im Auftrag der französischen Regierung durchgeführt worden war. Der *Rainbow Warrior* war zum Zeitpunkt ihrer Versenkung zum wirkungsvollsten Symbol des Widerstandes gegen Atomwaffenversuche im Südpazifik geworden. Im Frühsommer 1985 hatte die *Rainbow Warrior* die Evakuierung von über 300 Menschen von Rongelap durchgeführt, einem Atoll in den Marshall-Inseln. Rongelap war während amerikanischer Wasserstoffbombenversuche (Unternehmen Castle Bravo) auf dem Bikini-Atoll 1954 durch radioaktiven Niederschlag verseucht worden. Die Bevölkerung von Rongelap wurde freilich erst nach den Versuchen evakuiert und bereits drei Jahre später wieder auf die Insel zurückgebracht, ohne dass Rongelap entseucht worden war. In den vier Jahren nach den Nukleartests verdoppelte sich die Anzahl der Fehlgeburten bei Frauen, die der Strahlenbelastung ausgesetzt waren. Bis 1985 mussten bei 77 Prozent jener, die zum Zeitpunkt der Kontaminierung jünger als 10 Jahre alt waren, Tumore der Schilddrüse operativ entfernt werden. Lange lehnte die amerikanische Regierung jegliche Verantwortung für das Schicksal der Menschen von Rongelap ab, und damit auch jegliche Bereitschaft, den Menschen eine Entschädigung für erlittene Schädigungen zu zahlen. Erst als Ende der 1970er Jahre die amerikanische Regierung einen Assoziierungsvertrag mit den Marshall-Inseln anstrebte, zeigte sie sich bereit, eine unabhängige Untersuchung der radioaktiven Verseuchung von Rongelap finanziell zu unterstützen. Die USA knüpften dies jedoch an die Bereitschaft der Regierung der Marshall-Inseln, die Nutzung des Testgeländes für amerikanische Interkontinentalraketen auf dem Kwajalein-Atoll für weitere 30 Jahre zu gestatten, und den USA weiterhin weitgehende Kontrolle der Außen- und Verteidigungspolitik des Landes einzuräumen. Die Regierung der Marshall-Inseln stimmte dem zu, was von der amerikanischen Regierung mit 150 Millionen US-Dollar zur Beseitigung von Umwelt- und Gesundheitsschäden versüßt wurde. Die Bevölkerung von Rongelap und Kwajalein freilich widersetzten sich dieser Lösung. Senator Anjain, der Führer der Widerstandsbewegung auf Rongelap, wandte sich daraufhin

an Greenpeace, das schließlich die Evakuierung der Bevölkerung von dem verseuchten Atoll durchführte.

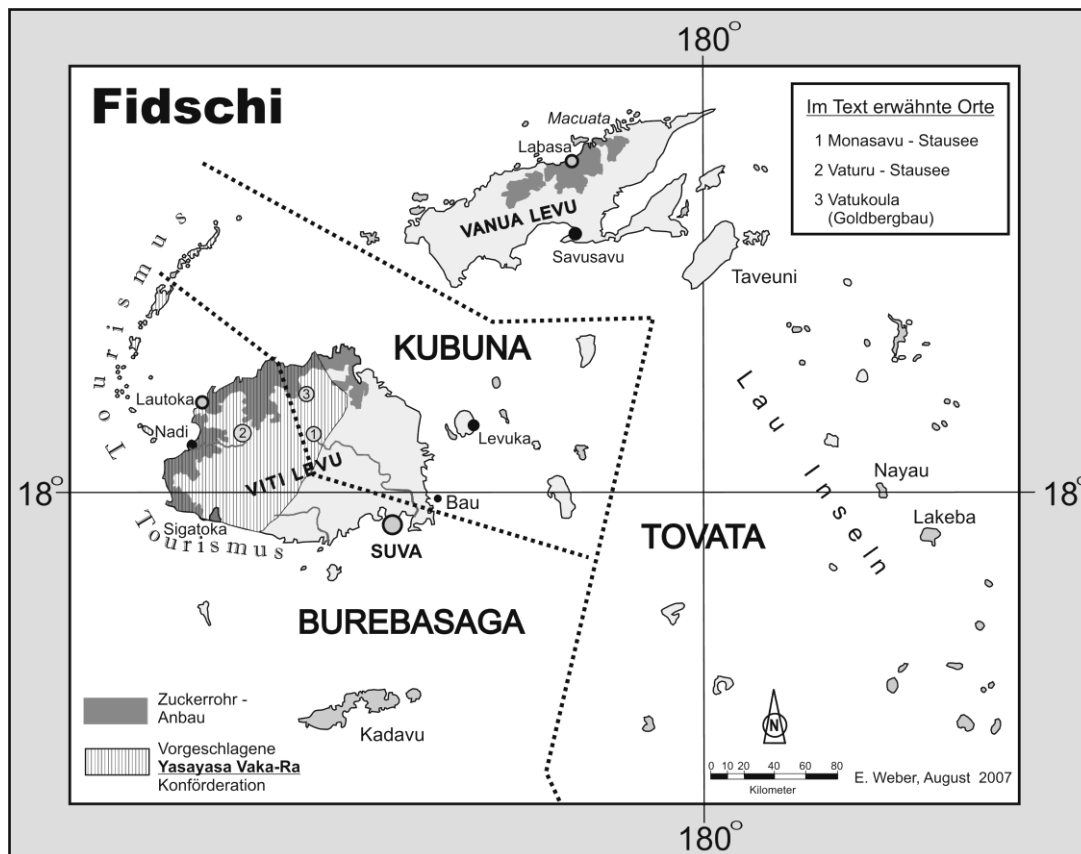
Die Evakuierung der Bevölkerung von Rongelap blamierte die amerikanische Regierung vor der Weltöffentlichkeit. Nicht zuletzt deshalb wurden Greenpeace und die Tätigkeiten der *Rainbow Warrior* als Bedrohung der amerikanischen Militärpräsenz in der Region wahrgenommen. Eine Bedrohung, die die französische Regierung schon lange erkannt hatte, da die *Rainbow Warrior* auch im Protest gegen französische Atomwaffentests in Französisch-Polynesien eingesetzt wurde. Im Frühjahr 1985 wurde eine Agentin des französischen Auslandsgeheimdienstes (Direction générale de la sécurité extérieure, DGSE) ins Büro von Greenpeace Neuseeland in Auckland eingeschleust. Christine Cabon unterrichtete ihre Zentrale in Paris von bevorstehenden Aktionen von Greenpeace in Moruroa. Um diesen Aktionen zuvorzukommen, wurde der Anschlag auf die *Rainbow Warrior* verübt. Zwei französische Agenten, Alain Mafart und Dominique Prieur, leiteten die Aktion vor Ort. Sie wurden von der neuseeländischen Polizei verhaftet und später wegen Totschlags zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Kaum acht Monate nach ihrer Verhaftung wurden sie an die französischen Behörden übergeben und nach Französisch-Polynesien gebracht. Mit einer neuen Identität ausgestattet konnten sie schon bald nach Frankreich zurückkehren.

Ratu Mara und die Coups von 1987 und 2000

Die Wahlen von 1987 kosteten Ratu Mara die Regierungsmacht. Ersetzt wurde er von einem Fidschianer, Dr. Timoci Bavadra. Es ist keine Frage, dass Mara bei westlichen Regierungen den Vorzug vor Bavadra genoss. Daraus zu schließen, dass westliche Regierungen beim Putsch aktiv mitgeholfen haben, ist sicherlich bedenklich, so lange handfeste Beweise fehlen. Viele sehen vielmehr Ratu Mara als Drahtzieher des Putsches. Wie kein anderer profitierter er vom Putsch; er brachte ihm zurück an die Macht, als alles schon verloren schien. Er identifizierte sich sehr deutlich mit Rabuka und den Zielen des Putsches. In seinem Bericht an den *Great Council of Chiefs* betont Mara: „*I had to do it, because if my house was on fire with members of my family in it, why should I wait*“ (Robertson und Tamanisau 1988: 94).

Das Bild der Familie im brennenden Haus kann durchaus mehr als ein Symbol verstanden werden. Politische Macht in Fidschi war schon immer den wichtigsten Herrscherfamilien vorbehalten. Direkte Nachkommen der wichtigsten Häuptlinge des 18. und 19. Jahrhunderts stellen auch heute noch die Spitzenpolitiker des Landes. Beim Umsturz vom Mai 1987 spielte ethnische Zugehörigkeit, wenn überhaupt, eine nachgelagerte Rolle. Bavadra war ethnisch ein Fidschianer. Durch seine Regierung war die politische Dominanz der Fidschianer keineswegs gefährdet. Bavadra war jedoch ein Außenseiter, er kam nicht aus den Reihen der Häuptlingsklans der Konföderationen im Osten (Kubuna, Toavata, Burebesaga), sondern seine Heimat ist der Westen von Viti Levu, eine Region, die politisch peripher, aber ökonomisch dominant ist. Während die fidschianische politische Elite aus dem Osten des Landes kam und in Suva ihre Hauptstadt hatte, finden sich die wichtigsten Exportsektoren im Westen des Landes: Zucker, Gold und Tourismus. Eine ähnliche Konstellation wie 2000. Während der zwei Monate des Putsches sprachen sich viele der Häuptlinge aus dem Westen Viti Levus deutlich gegen Speight aus. Zunächst gaben sie bekannt, eine vierte, westliche Konföderation gründen zu wollen: *Yasayasa-Vaka-Ra* und „*possibly even a breakaway state. This was the second time a Prime Minister from Fiji's west had been deposed by a coup, they argued; the relatively resource-rich west, which secures most of*

Fiji's foreign exchange earnings from tourism, garments, sugar and gold could easily manage itself alone" (Fraenkel 2000: 303).



Politische Konflikte haben so nicht nur ethnische Hintergründe, sondern auch tribale und ohne Zweifel auch ökonomische. Bavadra gehörte weder einem der mächtigen Klans aus dem Osten an, dafür war er aber Mitglied der *Labour Party*. Auch 2000 war Chaudhry's Verhängnis nicht (nur), dass er indischer Abstammung ist, sondern vor allem auch Gewerkschaftsführer aus dem Westen.

Griffin (2006) sieht die fidschianische Gesellschaft als „a network of networks; an interconnected web of smaller kin and similar based networks [...], which outsiders wanting to join or connect to must negotiate symbolically by word or deed, usually both, often by ritual.“ (ebenda: 255). Eine solche Betrachtung ermöglicht besser zu verstehen, weshalb politische Konflikte in Fidschi immer auch Aspekte der Exklusion fidschianischer Individuen (wie Bavadra im Putsch von 1987, Mara im Putsch von 2000 und Quarase im Putsch von 2006) und die Integration von Individuen andere Ethnien beinhaltet. Immer häufiger verweisen fidschianische *Commoner* darauf, dass ihre *Chiefs* inzwischen mehr gemein haben mit Leuten wie dem chinesisch-stämmigen Geschäftsmann Sir James Ah Koy und den indisch-stämmigen Geschäftsmogulen Ballu Khan oder Hari Punja als mit ihnen. Auf der Ebene der High Society ist Fidschi längst eine pluralistische, eine multi-kulturelle Gesellschaft. Hari Punja, indo-fidschianischer Eigentümer von 15 Unternehmen mit einem geschätzten Jahresumsatz von F\$ 150 Millionen war ein enger Freund des inzwischen verstorbenen Ratu Mara und ein ausgesprochener Gegner von Mahendra Chaudhry und der *Fiji Labour Party*. Gerüchten zufolge war er einer der indo-fidschianischen Geschäftsleute, die den Coup 2000

finanziell unterstützt haben, was Punja jedoch immer abgestritten hat (World Investment News, 21.01.2003).

Ratu Mara war zentrale Figur der Putschs von 1987 und 2000, auch wenn er als Putschist nicht in Erscheinung trat und wenngleich sich seine Rolle in 13 Jahren grundlegend veränderte. Die beiden Coups von 1987 brachten ihn zurück an die Macht, wenngleich nur vorübergehend. Fünf Jahre lang stand er einer Übergangsregierung vor, die dann nach den Wahlen von 1992 von Premierminister Rabuka geleitet wurde. Ratu Mara war zu den Wahlen 1992 nicht als möglicher Premier angetreten, sondern wurde im selben Jahr Vize-Präsident Fidschis und 1993 dann Präsident des Landes.

Als im Mai 2000 George Speight die Regierung Mahendra Chaudhry stürzt, blickt ganz Fidschi auf Präsident Mara. Speight ernennt sich selbst zum Premierminister und fordert Präsident Mara zum Rücktritt auf. Dieser lehnt dies ab, setzt die Regierung von Chaudhry ab und ruft den nationalen Notstand aus. Es dauert jedoch nicht lange, bevor er Ende Mai von einer Delegation, bestehend aus dem Kommandanten der Streitkräfte, Frank Bainimarama, dem Putschistenführer von 1987, Sitiveni Rabuka, seinem eigenen Schwiegersohn, dem früheren Militärkommandanten Ratu Epeli Ganilau und dem Polizeichef Isikia Savua zum Rücktritt aufgefordert wird. Im November 2000 wird der Oberste Gerichtshof diese Absetzung zwar als nicht verfassungskonform beurteilen, doch Ratu Mara entscheidet sich gegen eine Rückkehr ins Präsidentenamt.

Die Rolle der Kirchen in den Coups 1987, 2000 und 2006

Seit es christliche Kirchen in Fidschi gibt, hat es immer eine sehr enge Verbindung zwischen den Kirchen und der fidschianischen Elite gegeben. Dies trifft insbesondere auf die methodistische Kirche zu, der fast 70 Prozent der fidschianischen Bevölkerung angehören, und wo Kirchenamt und gehobene gesellschaftliche Position sehr häufig zusammenfallen. So wundert es wenig, dass in den fidschianischen Dörfern der *talatala* (Priester) und der *chief* die traditionellen Eliten stellen.

So ist es auch wenig verwunderlich, dass die methodistische Kirche es auch immer als ihr Mandat betrachtete, die ethnische Dominanz der Fidschianer bewahren zu helfen. Sie kleidete diesen Anspruch häufig in die Behauptung, dass Fidschi ein christliches Fidschi zu sein habe. Ein Land, das Gott den Fidschianern gegeben habe. Das Christentum habe die Fidschianer aus der Barbarei herausgeführt, weg vom Kannibalismus und dem Heidentum. Viele Kircheführer haben immer wieder ethno-nationalistische Strömungen, wie die Taukei Bewegung und die Fijian National Party, unterstützt.

Weite Teile der christlichen, vor allem methodistischen Bevölkerung und Kirchenleitung haben deshalb auch die Staatsstrieche von 1987 und 2000 unterstützt. Interessant zu sehen ist, wie sich dies bezüglich des Putsches von 2006 ändert. Interessant zu sehen ist aber auch, dass sich der Standpunkt der katholischen Kirchenleitung bezüglich der diversen Staatsstrieche deutlich von jenem der methodistischen Kirchen unterschied.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die methodistische Kirche den Coups von 1987 sehr positiv gegenüberstand. Haben sie doch die Dominanz der Fidschianer gestärkt, einen ihrer obersten Häuptlinge (Ratu Mara) zurück an die Macht gebracht, und verhindert, dass eine

Regierung sich etablieren konnte, in der die indisch dominierte *Fiji Labour Party* sehr stark beteiligt war. Es besteht weiterhin kein Zweifel daran, dass die methodistische Kirche (erfolgreich) versuchte, die Machtverhältnisse nach dem Coup zu instrumentalisieren und die Bedeutung des Christentums in Fidschi nach dem Coup von 1987 aufzuwerten. Undurchsichtig ist jedoch nach wie vor, ob, und wenn ja, welche Rolle die methodistische Kirche bei der Vorbereitung des Umsturzes spielte.

Halapua (2003) bemerkt, dass die Unterstützung durch die methodistische Kirche ein wichtiger Faktor für den Erfolg des Coups vom Mai 1987 war. Politische Organisationen, die um die methodistische Kirche herum entstanden, konnten von der Infrastruktur und dem Mobilisierungspotential der Kirche profitieren. Dies trifft sowohl für die *Alliance Party* wie auch für die Taukei-Bewegung zu. So wurde 1987 die Besetzung des Parlamentes durch Sitiveni Rabuka in Räumlichkeiten der methodistischen Kirche vorbereitet.

Große Teile der methodistischen Kirche sahen die Ereignisse von 1987 und in einem geringeren Umfang auch die von 2000 als gute Gelegenheit, Fidschi in einen christlichen Staat umzuwandeln. Der Anfang machte die Einführung eines Arbeits- und Sportverbotes am geheiligten Sonntag (*Sunday Ban*). Der Sonntag gehöre Gott und den Familien und solle nicht dem Geschäft und des Vergnügens dienen. Die Militärregierung hatte das Verbot der Sonntagsarbeit gleich nach dem Putsch im Mai 1987 eingeführt, vor allem auch als eine Maßnahme, die der Inneren Sicherheit dienen sollte: So war es leichter, Menschen am arbeitsfreien Wochenende zu kontrollieren. Auch war die Mobilität der Menschen am Wochenende eingeschränkt, da keine öffentlichen Verkehrsmittel in Betrieb waren.

Das *Sunday Observance Degree* traf für alle Bewohner Fidschis gleichermaßen zu. Es hatte aber für die indisch-stämmige Bevölkerung weitaus weitreichendere Auswirkungen, da z.B. die Mehrzahl der öffentlichen Transportunternehmen und Taxen von Indern betrieben wurden. Da die Mehrzahl der Menschen indischer Abstammung Hindus, Moslems oder Sikhs sind, ist die Beachtung eines Sonntagsgebotes auch nicht Teil ihrer religiösen Glaubensvorstellungen.

Als sich gegen Ende 1988 die politische Situation weitgehend normalisiert hatte, lockerte die Übergangsregierung den *Sunday Ban*. Sie zog sich dabei heftige Proteste eines Teils der methodistischen Kirche zu. Unter Führung des Generalsekretärs Manasa Lasaro, energischer Befürworter des Putsches von 1987 und enger Freund Rabukas, errichteten viele Methodisten sonntägliche Straßensperren in und um Suva. Sie wollten damit den Bus- und Taxibetrieb am Sonntag unterbinden. Der Streit um das Sonntagsgebot spaltete die methodistische Kirche. Ihr Präsident Josateki Koroi, der sich schon gegen den Putsch und gegen Rabuka ausgesprochen hatte, nahm in der Frage des Sonntagsgebotes eine gemäßigte Haltung ein. Er folgte dem Beispiel anderer christlicher Kirchen (Katholiken, Siebenten-Tags-Adventisten, Assemblies of God), hinduistischer und muslimischer Gemeinschaften, die sich alle dagegen aussprachen, einer Mehrheit der Bevölkerung die Anschauung einer Minderheit fidschianischer Christen aufzuzwingen.

Da sich Lasaro weiterhin für den *Sunday Ban* einsetzte, musste er als Generalsekretär der methodistischen Kirche gehen. Im Februar 1989 kam es jedoch zu einem Aufstand gegen Koroi innerhalb der methodistischen Kirche. Koroi wurde als Präsident abgesetzt, der Ständige Ausschuss der Kirche aufgelöst, ein geschäftsführender Präsident ernannt und Lasaro wieder als Generalsekretär eingesetzt (Halapua 2003: 77). Koroi wurde untersagt, in

sein Büro zurückzukehren. Erst ein gerichtlicher Beschluss bestätigte Koroi als Präsident der methodistischen Kirche. Die Gruppe um Lasaro wurde 1989 wegen der illegalen Straßenblockaden zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt, die jedoch schon nach wenigen Tagen auf Geheiß von General Rabuka, der inzwischen Innenminister war, aufgehoben wurde (Konrote 2003).

Auch 2000 unterstützten Teile der methodistischen Kirche den Putsch, wenngleich nicht so offen wie noch 13 Jahre zuvor. Während viele andere christliche Glaubensgemeinschaften den Putsch eindeutig verurteilten und zum Teil ganzseitige Anzeigen in der örtlichen Presse gegen den Putsch veröffentlichten, war von der methodistischen Kirche wenig von einer klaren Verurteilung zu hören. Die Kirchenleitung nahm den Putsch vielmehr zum Anlass, um sich ein weiteres Mal für das Christentum in Fidschi als Staatsreligion auszusprechen. Als eine der wenigen Persönlichkeiten innerhalb der methodistischen Kirche hatte sich Reverend Aquila Yabaki, geschäftsführender Direktor des *Fiji Citizens Constitutional Forum (CCF)* bereits am Tage des Putsches gegen den Staatsstreich ausgesprochen. In einem offenen Brief an die internationale Gemeinschaft rief Reverend Yabaki dazu auf, „*to condemn in the strongest possible terms the kidnapping of members of Fiji's government and the looting and violence in Fiji's capital city of Suva*“.

Als sich das Land dann im Herbst 2001 auf die ersten Wahlen nach dem Putsch vorbereitete hatte die methodistische Kirche nichts besseres zu tun, als Reverend Yabaki aus dem Priesteramt auszuschließen. Als offizieller Grund wurde angegeben, Reverend Yabaki und weitere Mitglieder des CCF seien in einem Hotel in Suva durch übermäßigen Alkoholenuss negativ aufgefallen, als sie die Entscheidung des Berufungsgerichtes feierten, das die Verfassung von 1997 bestätigte (Wansolwara Online/Pasifik Nius, 14.09.2001). Politische Beobachter gehen jedoch davon aus, dass die Maßnahme eine innerkirchliche Bestrafung von Yabaki war, der eine wichtige Rolle in Fidschis Demokratiebewegung spielte. Unter anderem setzten sich Yabaki und das CCF für eine gerichtliche Prüfung ein, die schließlich die vom Militär im Zusammenhang mit dem Putsch von 2000 eingesetzte Übergangsregierung unter Premierminister Qarase sowie die Aufhebung der Verfassung von 1997 als illegal erklärte (Chandrika Prasad Prozess). Innerhalb der methodistischen Kirchenleitung war die Verfassung von 1997 schon immer vielen ein Dorn im Auge. Im Vorfeld der gerichtlichen Entscheidung hatte bereits die vom Militär eingesetzte Übergangsregierung Qarases dem CCF im Juni 2001 die Gemeinnützigkeit entzogen.

Als dann in den folgenden Jahren die Diskussionen um das sogenannte *Reconciliation, Tolerance, and Unity* Gesetz und einer darin verankerten Amnestie der in den Putsch verwickelten Personen die Gesellschaft in Fidschi polarisierte, sprach sich die methodistische Kirche für dieses Gesetz aus.

Die Regierung Qarase hatte das Gesetz am 4. Mai 2005 dem Parlament vorgelegt und damit eine Entwicklung ausgelöst, die im Dezember 2006 zum vierten Putsch in Fidschi führen sollte. Anfang August 2005 ließ die Leitung der methodistischen Kirche Premierminister Qarase wissen, dass eine große Mehrheit der Mitglieder sich für die Annahme des Gesetzes ausgesprochen habe. Das Gesetz sei ein positiver Schritt in die richtige Richtung, da es denjenigen, die in den Putsch verwickelt waren, die Chance eines Neuanfanges ermöglichte.

Nicht alle in der methodistischen Kirche sprachen sich für das Gesetz aus. Populärster Gegner war Reverend Josateki Koroi. Koroi sprach sich mit Nachdruck dafür aus, dass

wirkliche Aussöhnung und Vergebung nur möglich seien, wenn die Gesetzesbrecher ihr begangenes Unrecht eingestehen, sich bei den Opfern entschuldigen und um Vergebung bitten. Zentral für eine Versöhnung sei das Eingeständnis der Schuld. Ohne die Einsicht in das schuldhafte Verhalten seien Versöhnung und Entschuldigung nicht möglich.

Die methodistische Kirchenleitung widersprach einer solchen Betrachtungsweise. Aussöhnung sei von Gott gewollt. Aus diesem Grund sei es naheliegend, dass alle Christen das Gesetz unterstützen. Der biblische Auftrag an alle Gläubigen sei es, zu vergeben.

Die katholische Kirche sprach sich mehrheitlich gegen die Annahme des Gesetzes aus. Erzbischof Petero Mataca hatte zwar anfangs positiv über das Gesetz gesprochen, dann aber seine Meinung geändert mit dem Hinweis, dass zunächst von den Amnestiebestimmungen im Gesetz keine Rede war, als Qarase am 2. Mai zu einer Delegation des Fiji Council of Churches über das geplante Gesetz sprach. „*The presentation had been entirely oral, with no copy of the bill being produced, and the Prime Minister did not tell the church leaders about the amnesty clauses*“.

In der Folge bezeichnete Mataca den Sturz einer demokratisch gewählten Regierung als schwerwiegendes Verbrechen und appellierte an den Präsidenten und Premierminister, die Gesetzesvorlagen zurückzunehmen. Wie Koroivula sah auch der katholische Erzbischof die Grundbedingung von Aussöhnung in dem Eingeständnis der Schuld und der Bereitschaft, die Konsequenzen des gesetzwidrigen Verhaltens zu akzeptieren. Die katholische Kirchenleitung machte sehr deutlich, dass Gerechtigkeit nur herzustellen sei, wenn alle, die am Putsch beteiligt waren, dafür zur Rechenschaft gezogen würden.

Wie die katholische Kirche sprachen sich auch die meisten anderen christlichen Glaubensgemeinschaften (sowie die kulturellen Organisationen der Hindus und Muslims) gegen das Gesetz aus, insbesondere gegen die Amnestiebestimmungen. Manche nannten das Dokument „unchristlich“ wie etwa die apostolische Kirche, andere sagten, dass sie sich von Qarase hinters Licht geführt sahen, weil dieser beim Treffen im Mai kein Sterbenswörtchen von den Amnestiebestimmungen gesagt, und sich damit die breite Zustimmung der Kirchenvertreter erschlichen habe, die alle für Aussöhnung waren.

Auch nach dem Putsch von Dezember 2006 und der Einrichtung eines *National Council for Building a Better Fiji (NCBBF)*, der gegenwärtig damit beschäftigt ist, die *People's Charter for Change and Progress* auszuarbeiten, offenbart sich der Spalt zwischen der methodistischen und katholischen Kirche. Während die methodistische Kirche im Februar 2007 dem Präsidenten Ratu Josefa Iloilo nahelegte, sich medizinisch untersuchen zu lassen und in Würde zurückzutreten¹¹, übernahm Erzbischof Mataca den stellvertretenden Vorsitz im *NCBBF*.

¹¹ In einem nicht unterzeichneten Dokument der Methodistischen Kirche heist es u. a.: „*Serious consideration must be given to the decision to have our president medically boarded, and if necessary, retired with dignity and respect*“. Die methodistische Kirche reagierte darauf, dass Präsident Iloilo im Januar 2007 Militärkommandeur Bainimarama zunächst als Premierminister einer Übergangsregierung eingesetzt hatte, und dann später allen, die in den Putsch vom Dezember 2006 verwickelt waren, Freiheit vor Strafverfolgung zusicherte.

Die Militarisierung Fidschis

Die Rolle des Militärs in einer Demokratie besteht darin, zivile Einrichtungen bei der Aufrechterhaltung des Friedens zu unterstützen. Streitkräfte unterstehen eindeutig dem Primat der Politik. Hinzu kommt, dass Streitkräfte in aller Regel gegen Bedrohungen des Friedens von außen eingesetzt werden. Nur in sehr eingegrenzten Situationen und aufgrund einer eindeutig politischen Entscheidung des Parlaments ist das Militär befugt, sich in Angelegenheiten der inneren Sicherheit einzumischen. In Deutschland wäre dies etwa in Folge des Gesetzes eines inneren Notstandes möglich. Doch selbst dann unterstehen die Streitkräfte einem zivilen Oberbefehl und damit ziviler Kontrolle.

In Fidschi hatten die Streitkräfte in ihrer noch nicht einmal 150-jährigen Tradition sehr unterschiedliche Aufgaben: Errichtet als Armee Cabobaus in den Auseinandersetzungen gegen andere Stammesfürsten, Befriedungsinstrument des kolonialen Staates gegen interne (zunächst gegen renitente Stämme im Landesinneren, gegen unzufriedene Arbeiter) und äußere Bedrohungen (in zwei Weltkriegen auf Seiten der Briten und ihrer Alliierten). Nach dem Zweiten Weltkrieg bewährte sich die fidschianische Armee im Kampf gegen kommunistische Aufständische auf der malaysischen Halbinsel und nach 1978 als Friedenstruppe, wo immer sie die Vereinten Nationen hinschickte.

Die Armee Fidschis ist ein wichtiger Bestandteil der fidschianischen Gesellschaft. Sie ist eine Berufsarmee, die sich beinahe exklusiv (98 Prozent, Lawson 2004: 142) aus Fidschianern rekrutiert, und in der Indo-Fidschianer bis auf wenige Ausnahmen weitgehend fehlen. Obwohl sich das Militär in Fidschi formell den Ergebnissen eines demokratischen Prozesses und den daraus legitimierten politischen Entscheidungen unterzuordnen hat, sind nicht nur die vier Coups seit 1987 Zeichen dafür, dass das Militär (oder zumindest Teile davon) sich selbst als politisches Organ wahrnimmt und entsprechend handelt.

Die Ursprünge und Entwicklung der Streitkräfte spiegeln deutlich die sozio-politische Situation der kolonialen und vorkolonialen Gesellschaft in Fidschi wider (Lawson 2004). Hervorgegangen aus einer fidschianischen Kriegerkaste, den *Bati*, waren Krieger und später auch Soldaten weniger dem Staat als den Häuptlingen zu Loyalität verpflichtet. Dies drückt sich auch dadurch aus, dass seit Fidschis Unabhängigkeit nahezu alle Kommandeure der Streitkräfte den höchsten Häuptlingsklans der Konföderationen Tovata oder Kubuna entstammten. Die Ideologie einer Feudalismus-ähnlich fidschianischen Gesellschaft, die auf Herrscher und Untertanen beruhte, auf privilegierte chiefs und unterwürfige commoners, miteinander verbunden durch Patron – Client Beziehungen, *Kastom*, Tradition und Landbesitz, wurde durch die Institution des Militärs verfestigt. Die streng hierarchische Organisation des Militärs, zusammen mit ihrem Krieger-Ethos, der soldatischen Kameradschaft und Disziplin gibt sehr stark die Werte der fidschianischen Gesellschaft wider (Sanday 1989).

Mit der Staatsgründung unter Ratu Cakobau entstand 1871 die erste reguläre Armee des Landes, Cakobaus *Royal Army* mit einer Stärke von 1.000 Mann. Kommandeur war ein britischer Offizier mit Erfahrung aus Indien und dem Krim-Krieg. Offiziere und Unteroffiziere waren alle Europäer, d.h. sie rekrutierten sich vornehmlich aus Reihen der weißen Siedler. Die einfachen Soldaten waren allesamt Fidschianer aus der Gefolgschaft von Ratu Cakobau. Als Fidschi 1874 britische Kolonie wurde, wurde die *Royal Army* übernommen. Ihre Aufgabe bestand in der Befriedung der Stämme im Landesinneren und Westen Viti Levus. Innere Sicherheit wurde als Vorbedingung für

wirtschaftliche Prosperität angesehen, als Vorbedingung für koloniale Profite. Verkörperten ursprünglich die renitenten Stämme das Feindbild des Militärs, wurde dies nach der Befriedung des Landes auf die Arbeiter in den Plantagen projiziert (Sanday 1991). Sie waren es, die am ehesten die kolonial-kapitalistische Ruhe stören konnten, und sie waren es auch, die am ehesten Grund dazu hatten, denn die Arbeitsbedingungen in den Plantagen waren miserabel und menschenunwürdig. Als die Befriedung der Stämme im Osten und im Landesinneren abgeschlossen war, wurden 1905 die Streitkräfte sogar aufgelöst (Halapua 2003). Erst streikende Arbeiter in den Zuckerrohr-Plantagen führten 1920 zur Remilitarisierung des Landes (Ali 1979, 1976, Sanday 1989).

Als erste Berichte über den Beginn des Ersten Weltkrieges nach Fidschi drangen, boten Häuptlinge der britischen Kolonialmacht Soldaten an, die z.B. bei der Eroberung der deutschen Kolonie Samoa eingesetzt werden könnten (Lal 1992). Die britische Regierung lehnte solche und ähnlich Angebote dankend ab. In Fidschi selbst wurde eine para-militärische *Fiji Defence Force* eingerichtet, die den Europäern als wenig attraktiv erschien. Etwa 700 von ihnen verließen das Land und dienten in den Streitkräften Großbritanniens, Australiens und Neuseelands (Ackland 1968).

Auch Fidschianer waren auf vielen Kriegsschauplätzen eingesetzt; vorwiegend hinter der Front, in der Logistik, als Krankenschwestern und Sanitäter. Indo-Fidschianer wurden bewusst von den paramilitärischen Einheiten ausgeklammert (Lal 1992).

Im Zweiten Weltkrieg kämpften fidschianische Soldaten auf Seiten der Alliierten. Wie schon im Ersten Weltkrieg war für Fidschianer mit indischer Abstammung der Zugang zum Militär weitgehend verschlossen (Lawson 2004: 142). Man verfolgte sehr misstrauisch die Ereignisse in Indien, wo Gandhis *Quit India*-Bewegung immer größeren Zulauf hatte, und wo ein Subhas Chandra Bose eng mit den Japanern zusammenarbeitete. In Erinnerung waren auch die Streiks der zwanziger Jahre, als fidschianische Soldaten indischen Plantagenarbeiter gegenüberstanden¹² und schließlich meldete sich auch noch die CSR zu Wort: Sie ließ die Kolonialmacht wissen, dass die Inder als Arbeiter in den Plantagen benötigt würden (Lal 1992: 123).

Militärisch auszeichnen konnten sich fidschianische Soldaten auf den Salomonen und auf Bougainville, wo sie sich als hervorragende Dschungelkämpfer auszeichneten (ausführlich zu den *Fiji Military Forces* in Zweiten Weltkrieg: Howlett 1948 und Ravuvu 1988). Der Zweite Weltkrieg war kaum vorüber, als Soldaten aus Fidschi Anfang der 1950er Jahre wieder an die Front gerufen wurden, um in Malaysia einen kommunistischen Aufstand niederzukämpfen. 850 Mann, darunter mehr als 800 Fidschianer, kämpften zwischen 1952 und 1956 an Seite anderer Commonwealth Truppen (Ackland 1968). Indo-Fidschianer wurden erneut nicht rekrutiert (Ravuvu 1988).

Das Ansehen, das fidschianische Soldaten in Malaysia erworben hatten, brachte ihnen den Ruf disziplinierter, hart kämpfender Einheiten ein. Nicht zuletzt deshalb rekrutierte 1960 die britische Armee 200 Fidschianer für Spezialeinheiten wie dem *British Special Air Service (SAS)* (Ratuva 2007). Fidschianische Soldaten empfahlen sich auch, als die Vereinten Nationen mit ihren Friedensmissionen begannen. Für das unabhängige Fidschi wurde dies nach 1970 ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, ein Milliardengeschäft.

¹² „Again in 1943 and 1960, troops were called out to impose order in the canefields following strikes by canefarmers agitating for a more favorable price for sugarcane“ (Sanday 1991: 246).

Fidschianische Streitkräfte wurden zum ersten Mal im Rahmen der *United Nations Interim Forces (UNIFIL, 1978 - 2002)* im Libanon eingesetzt. Die fidschianische Beteiligung umfasste 725 Soldaten, die von Ratu Epeli Nailatikau kommandiert wurden. Im April 1991 wurden 110 Mann der Libanon-Einheit zur *United Nations Iraq - Kuwait Observation Mission (INIKOM)* abkommandiert, die die entmilitarisierte Zone zwischen Kuwait und Irak kontrollierten.

Seit 1982 sind fidschianische Soldaten mit 500 Mann am *Multinational Forces & Observers (MFO)*-Einsatz auf dem Sinai beteiligt, die, angeführt von den USA, das Friedensabkommen zwischen Ägypten und Israel überwachen. Zwischen 2001 und 2003 waren mehr als 500 Soldaten der fidschianischen Armee im Rahmen des *United Nations Guard Contingent (UNGCI)* im Irak stationiert. Mit Beginn des Irak-Krieges im April 2003 kam dieser Einsatz zu einem abrupten Ende, wurde aber im August 2003 durch die *United Nations Assistance Mission for Iraq (UNAMI)* in veränderter Form wieder aufgenommen.

Fidschianische Soldaten waren auch an verschiedenen Friedensmissionen in Ost-Timor, Bougainville und den Salomonen beteiligt. Kleinere Kontingente oder Militärberater wurden zu vielen weiteren Missionen entsandt, darunter zur *Commonwealth Forces Group Africa (COMFOGA, 1979-1980)* in Rhodesien, zur *United Nations Good Offices Mission in Afghanistan and Pakistan (UNGOMAP)* 1990, zur *United Nations Operation in Somalia (UNOSOM 1992 – 1993)* (zusammengestellt nach Sanday 1998 und verschiedenen UN-Websites).

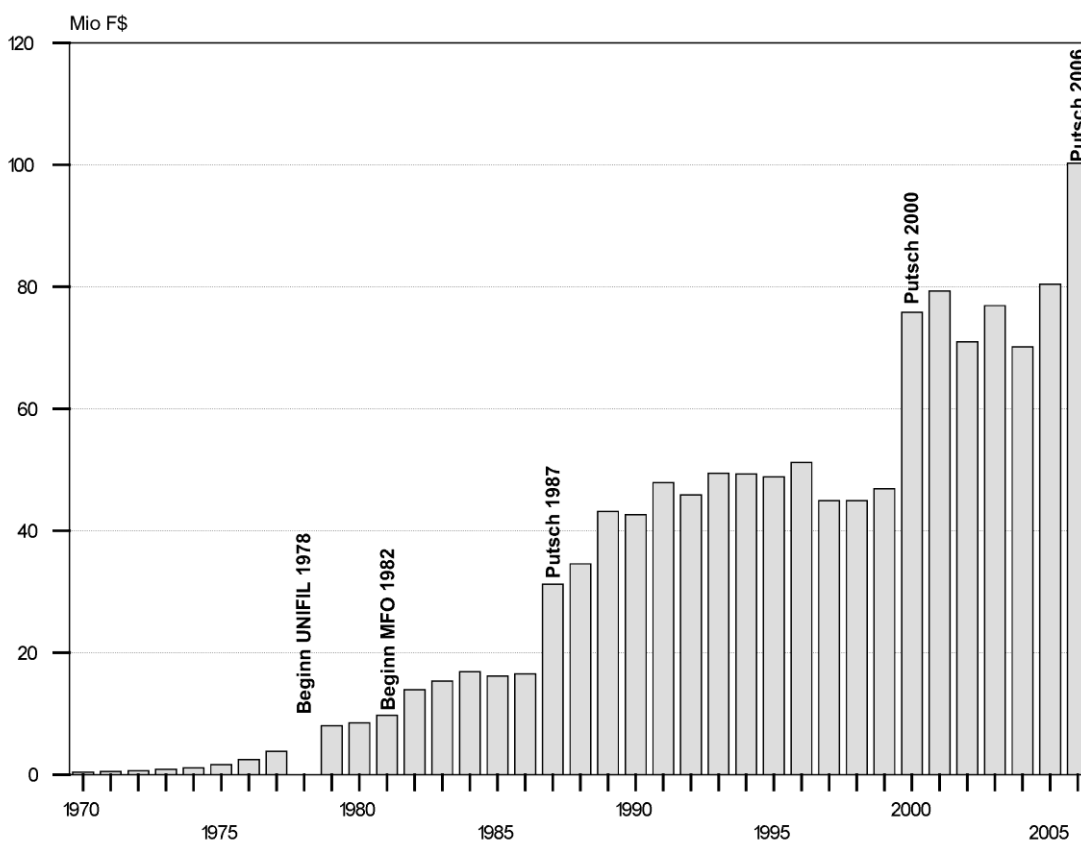
Bevor fidschianische Soldaten in Friedensmissionen der Vereinten Nationen eingebunden wurden, betrug die Truppenstärke etwa 1.300 Soldaten (Sanday 1998). Vor dem Coup von 1987 hatte sich, nicht zuletzt durch die UN-Einsätze, das fidschianische Militär auf etwa 2.000 Soldaten vergrößert. Unmittelbar nach dem Coup von 1987 schnellte die Zahl auf fast 6.000 an (Sanday 1991), um sich dann in den 1990er Jahre bei 3.500 einzupendeln (Ishizuka 1999). Etwa ein Drittel der Streitkräfte Fidschis waren in den 1990er Jahre kontinuierlich im Ausland eingesetzt, wobei die Anzahl derer, die eine entsprechende Ausbildung erhielten, rotationsbedingt weitaus höher ist. Zwischen Mai 1978 und Mitte 1990 kamen allein im Rahmen von UNIFIL im Libanon mehr als 8.000 Fidschianer zum Einsatz (Sanday 1998). Fraenkel (2007) schätzt die Anzahl jener, die seit der Unabhängigkeit den militärischen Apparat durchlaufen haben und noch im Berufsleben stehen auf 20 – 25.000 Fidschianer. „*As a result, the RFMF had former officers positioned throughout Fiji's key institutions; in the police force, at the airport and customs authorities, in the Land Transport Authority, on the Native Lands Trust Board, and through all the ministries and state-owned enterprises*“ (Fraenkel 2007: 428f.).

Das Militär ist nicht nur personell in Fidschi allgegenwärtig, und sei es in Form von Reservisten in nahezu allen staatlichen Einrichtungen. Nach dem ersten Coup von 1987 wurden regelmäßig wichtige zivile Positionen mit hochrangigen Militärs besetzt: Der erste Präsident der Republik Fidschi, der erste Premierminister unter der Verfassung von 1990, Botschafter, Minister und Polizeipräsidenten. Schon 1988 sprach deshalb Mahendra Chaudhry von einer Militarisierung der Regierung und staatlichen Verwaltung (Island Business May 1988: 19).

Die Militarisierung der Gesellschaft machte auch nicht vor den Schulen Halt. Bereits in den frühen 1980er Jahre wurde eine militärische Kadettenausbildung in führenden, hauptsächlich fidschianischen Schulen eingeführt, darunter die Ratu Kadavulevu School, die Queen Victoria School und die Ratu Sukuna Memorial School. Das Ende der Ausbildung – das öffentliche

Kadettengelöbnis – stellt den wichtigsten Tag im Schuljahr dieser Schulen dar, wird mit viel Prunk und Reden der führenden Militärs und Politiker begangen. Auch heute noch senden viele Häuptlinge ihre Kinder auf eine dieser hochangesehenen Schulen. Für viele ist dies der Beginn einer militärischen Karriere – entweder in der Republic of Fiji Military Forces (RMF) oder auch der britischen Armee.

Das Militär gibt vielen Familien ein Einkommen, das anders für die meisten nicht zu erzielen wäre. Allein der Einsatz im Rahmen von UNIFIL hatte zu einer Verdopplung des Militärhaushaltes innerhalb von zwei Jahren geführt (von F\$ 3.83 Millionen 1977 auf F\$ 8 Millionen 1979). 1979, einem Jahr nach Beginn von UNIFIL, waren mehr als 77 Prozent der Militärausgaben Personalkosten; 1977 hatte dieser Anteil noch bei 48 Prozent gelegen. Bis 1982, dem Beginn der MFO-Mission im Sinai, stiegen die Militärausgaben um weitere F\$ 6 Millionen. Auch dieser Anstieg reflektiert vor allem steigende Personalkosten. 1987, dem Jahr der beiden ersten Militär-Coups in Fidschi, war ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 90 Prozent zu verzeichnen, wobei der Anstieg für Personal gering ausfällt, bedenkt man, dass sich von 1986 auf 1987 die Personalstärke des Militärs fast verdreifachte. Zwischen 1987 und 1992 fand eine Modernisierung der Streitkräfte in Fidschi statt, was sich in höheren Ausgaben für Betriebs- und Investitionsausgaben niederschlägt (Abbildung 2).



Quellen: Sanday 1998, S. 29 (bis 1994, keine Angabe für 1978), Government of Fiji, Budget Publications, verschiedene Jahre (ab 1995).
 Entwicklung der Militärausgaben in Fidschi (1970 – 2006)

Die Friedenseinsätze im Rahmen der Vereinten Nationen haben sich für Fidschi finanziell gelohnt, auch wenn Informationen nur beschränkt zugänglich sind. Für den UNIFIL Einsatz zwischen 1978 und 1992 errechnet Sanday (1998), dass Ausgaben für Sold und Ausrüstung auf Seiten der fidschianischen Regierung in Höhe von F\$ 99,43 Millionen Überweisungen der

Vereinten Nationen in Höhe von F\$ 129,7 Millionen gegenüberstehen. „*The revenue earned from Fiji's international peacekeeping activities was the fourth-largest revenue earner for the Fiji government during the period 1983 to 1990*“ (Sunday 1998: 30). Auch für die Soldaten lohnen sich die Friedenseinsätze: Für Gehalt und Zulagen erhielt die fidschianische Regierung 1991 von den Vereinten Nationen pro Person und Monat einen Betrag in Höhe von etwa US\$ 1100. Auch wenn diese Einkommen nicht vollkommen an die Soldaten ausgezahlt wurden, verdienen sie für fidschianische Verhältnisse extrem hohe Einkommen¹³. Im Januar 2003 verklagte die *Fiji Peacekeepers Association (FPA)* den fidschianischen Staat auf Zahlung von US\$ 127 Millionen, da verschiedene Regierungen zwischen 1978 und 2002 versäumt haben, alle Gelder zu zahlen, die den Soldaten nach UN-Regelungen zustanden (New Zealand TV, 24.04.2003).

Für viele war das Militär inzwischen zu einer Heimat geworden, oder wie es Fraenkel (2007) ausdrückt: „*a carbon copy of the long lost village order, [...] the vanua for many Fijians*“ (Fraenkel 2007: 433). Das Militär ist eine Institution der Fidschianer, mehr noch: Die drei Konföderationen Kubuna, Burebasaga und Tovata haben immer versucht, Kontrolle über die Streitkräfte zu erhalten. Gegründet als Cakobaus *Royal Army* gebührte Loyalität zunächst dem *Vuniwalu* von Bau, dem selbsternannten König von Fidschi, Ratu Seru Cakobau. Nach 1874 ging die Loyalität an die britische Krone über. Aufgabe des Militärs bestand in der Sicherstellung innerer Sicherheit im Sinne der Kolonialmacht, der privaten Wirtschaftsinteressen und der fidschianischen Häuptlinge. Nach 1970 bestanden die beiden letztgenannten Aufgaben weiter. In den Coups von 1987 und 2000 hat das Militär nicht die Interessen der Fidschianer vertreten, sondern die Interessen der Häuptlinge, sowie private Wirtschaftsinteressen. Zwischen 1970 und 1974 und dann nochmals zwischen 1979 und 1982 befand sich die Armeeführung in neuseeländischer Hand, unterbrochen von Oberst Manueli aus Rotuma (1974 – 1979), bevor mit Ratu Epeli Nailatikau ein Fidschianer Kommandeur der Streitkräfte wurde. Als Rabuka 1987 die Regierung Bavadra aus dem Amt putschte, wurde Kommandeur Nailatikau entlassen, der zum Zeitpunkt des Coups in Australien war. Mit Rabuka wurde ein Vertreter der Tovata Konföderation Kommandeur der Streitkräfte. Unter ihm fand eine Politisierung statt, was Sanday eine „*Tribalization*“ der Militärführung nennt (Sanday 1991, 1989).

Die beiden Coups von 1987 halfen nicht nur Ratu Mara seine schon verloren geglaubte Macht zurück zu gewinnen, sondern stärkten auch den Einfluss der Tovata Konföderation im Militär. Viele leitende Positionen wurden durch Offiziere aus Lau und Vanua Levu besetzt. Der Coup von 2000 brachte Bau an die Macht. Im Militär, aber auch in der SDL-geführten Regierung nahmen Häuptlinge aus der Kubuna-Konföderation wichtige Ämter ein. Der Staatsstreich vom Dezember 2006 erscheint als Versuch, den „Aufstieg“ Kubunas zu beenden und die verlorengegangene Macht der Tovata-Konföderation zu restaurieren. Auf dem Treffen des Obersten Häuptlingsrates kurz vor Weihnachten 2006 verurteilten die Vertreter der Burebasaga und Kubuna Konföderation die Machtübernahme des Militärs. Nur die Häuptlinge der Tovata Konföderationen stellten sich hinter Bainimarama, unter ihnen Ratu Tevita Uluilakeba, Sohn Ratu Maras und kurz zuvor ernannter Kommandeur des Dritten Infanterieregimentes (Fraenkel 2007).

¹³ 1991 betrug das durchschnittliche Jahres-Pro-Kopf-Einkommen in Fidschi 1896 US \$ (IMF online Database, 06.08.2007). In diesem Jahr lebten 25.5 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, die mit einem wöchentlichem Haushaltseinkommen von F\$ 83 angesetzt war (UNDP 1997).

Bainimarama war als Kommandeur der Streitkräfte nie unumstritten, doch bislang konnte er sich allen Versuchen widersetzen, ihn aus dem Amt zu entfernen. Eine Meuterei der *Counter Revolutionary Warfare* im Hauptquartier der Streitkräfte im November 2000 konnte niedergeschlagen werden. Rabuka wird seither als Drahtzieher dieses Mordkomplotts gegen Bainimarama verdächtigt, auch wenn ihn das Gericht am 11.12.2006 von diesem Vorwurf freisprach (Fiji Times 12.12.2006). Als 2003 Premierminister Qarase laut darüber nachdachte, ob er den in diesem Jahr auslaufenden Arbeitsvertrag Bainimaramas verlängern sollte, drohte dieser mit einem Militärputsch, sollte dies nicht geschehen (Ratuva 2007). Solche und ähnliche Episoden führten auch immer wieder zu Loyalitätskonflikten innerhalb der Militärführung. „As a result, over the five years after the 2000 coup, virtually the entire senior, often Sandhurst-educated, command had been dismissed, sent on leave or resigned“ (Fraenkel 2007: 424). Auch in den folgenden Jahren fuhr Bainimarama mit dieser Säuberungsaktion fort. Im Januar 2006 wurde Oberstleutnant Jone Baledrokadroka vom Amt suspendiert, da er angeblich von der Regierung Befehle zur Durchführung einer Meuterei erhalten hatte. Als Bainimarama sich im Oktober 2006 bei einem Truppenbesuch in Kuwait und dem Irak aufhielt, versuchte die Regierung ihn aus dem Amt zu entfernen. Die Militärführung stellte sich aber hinter ihren Kommandeur und drohte mit einem Staatsstreich (Fijilive, 9.11.2006). Dieser kam dann zwei Monate später.

In der vom Militär am 6. Januar 2007 eingesetzten „zivilen“ Übergangsregierung ist das Militär sehr stark vertreten. Drei der vier Kommandeure der Streitkräfte der letzten 25 Jahre sind im Kabinett: Premierminister Bainimarama, Ratu Epeli Nailatikau¹⁴ (Außen- und Handelsminister) und Ratu Epeli Ganilau¹⁵ (*Minister for Fijian Affairs*). Einzig Sitiveni Rabuka fehlt in diesem illustren Kreis. Mit Netani Sukanaivalu (Bildungsminister) und Jona Senilagakali (Gesundheitsminister) sind zwei weitere ehemalige Offiziere in Bainimaramas Kabinett vertreten. Nach der Machtübernahme hat das Militär auch wichtige Positionen in der sicherheitsrelevanten zivilen Verwaltung übernommen: Oberst Naivalurua wurde *Commissioner of Prisons*, Marinekommandeur Viliame Naupoto *Director of Immigration* und Oberst Jim Koroi *Commissioner of Police*. Im Juli 2007 übernahm der Stellvertretende Kommandeur der Streitkräfte, Captain Esala Teleni die Leitung der Polizeikräfte.

Greed und Grievance: Renteneinkommen und Ressourcenkonflikte

Politische Macht in Fidschi konzentriert sich auch heute noch auf die Häuptlinge, die aber durchaus auch an der wirtschaftlichen Macht partizipieren. Nicht als Unternehmer, sondern durch Renteneinkommen, die sie durch die Verpachtung von Land erzielen. Land für Touristen-Ressorts, Land für Flughäfen, Staudämme, Krankenhäuser, Industrieanlagen und allen voran: Land für den Anbau von Zuckerrohr. Vor allem indisch-stämmige Farmer haben Ackerland für den Zuckerrohr-Anbau von den Mataqali gepachtet, denen fast 90 Prozent des Grundbesitzes in Fidschi gehören. 2004 flossen 15 Prozent der Pachteinnahmen an den *National Land Trust Board (NLTB)*, eine quasi-staatliche Einrichtung, die im Namen der Clans deren Landeigentum

¹⁴Sohn von Ratu Edward Cakobau, Kommandeur der fidschianischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg, Ur-Ur-Enkel von Ratu Seru Cabobau, Ur-Enkel von König George II von Tonga und Schwiegersohn des ersten Premierministers und zweiten Präsidenten des Landes, Ratu Sir Kamisese Mara.

¹⁵Sohn des früheren Generalgouverneurs und ersten Präsidenten Fidschis, Ratu Sir Penaia Ganilau und Schwiegersohn von Ratu Sir Kamisese Mara. Von 2001 bis 2004 war er Vorsitzender des GCC und setzte sich in dieser Position für die Aufklärung des Putsches von 2000 und der Strafverfolgung der Unterstützer des Putsches ein. 2004 wurde er dann überraschend als Vorsitzender des GCC abgesetzt.

treuhänderisch verwaltet. 30 Prozent teilten sich die Führer der Vanua, Yavusa und Mataqali. Die verbleibenden 55 Prozent der Pacht wurden unter den Mitgliedern der Mataqali verteilt (siehe Abbildung 3).

Für die Mitglieder eines jeden Mataqali bleibt in der Regel wenig von den Pachteinnahmen, die *High Chiefs* der Vanua haben die bei weitem höchsten Einkommen aus Landverpachtung. Die FLP unter Bavadra wollte keineswegs den Charakter fidschianischen Grundbesitzes verändern, wohl aber die Aufteilung der Pacht gerechter gestalten. Hier geriet er in Konflikt mit der fidschianischen Elite, die um ihre Renteneinkommen aus der Landverpachtung fürchtete (Sanday 1991). Viele interne Probleme, die den Zuckersektor im vergangenen Jahrzehnt heimgesucht haben, entspringen der Weigerung vieler Landbesitzer auslaufende Pachten zu erneuern. Die Unzufriedenheit der Landeigentümer richtet sich nicht nur gegen indische Farmer, sondern auch gegen fidschianische Chiefs. Viele der Landbesitzer sehen nicht (mehr) ein, weshalb ein Großteil der Pachteinnahmen von der NLTB und den Häuptlingen abgeschöpft werden. Wäre es möglich, direkt mit den Farmern (unter Ausschaltung der NLTB) die Pachten abzuschließen, würden etliche Millionen Dollar innerhalb der fidschianischen Gesellschaft umverteilt: Von den Häuptlingen zu den *commoner*.

Gruppe / Institution	Häuptling	Anzahl der Einheiten 1995	Pachtanteil	Pachteinnahmen 2004 F\$22.076.767	Einnahmen pro Einheit
<u>Native Land Trust Board</u> (NLTB)		1	15%	3,310,165	3,310,165
<u>Vanua</u> (Stammeszusammenschluss, Konföderation)	Turaga – Ni – Vanua	215	5%	1,103,388	5,132
<u>Yavusa</u> (Tribe, Stamm)	Turaga – Ni – Qali	1390	10%	2,206,777	1,588
<u>Mataqali</u> (Klan, Sippe, Verwandtschaftsgruppe)	Turaga – Ni – Mataqali	5280	15%	3,310,165	627
Mitglieder des Mataqali		Bis zu mehreren 100 Haushalte pro Mataqali	55%	12,137,272	???
<u>Tokatoka</u> (Gross-Familie)		9979	0%	0	

Quelle: Berechnet nach Angaben auf der Native Lands Trust Board Website, <http://www.nltb.com.fj/>

Tabelle: Die Aufteilung der Pachterlöse unter verschiedenen Gruppen

Seit 1997 sind über 7.500 landwirtschaftliche Pachten ausgelaufen und bis 2028 kommen nochmals fast 5.500 hinzu (Fiji Government 1997). Viele, hauptsächlich indisch-stämmige Farmer haben seither ihr Land verloren. Allein zwischen 1997 und 2001 sind 61.5 Prozent der auslaufenden Pachten nicht an denselben Pächter erneuert worden. 46.6 Prozent der auslaufenden Pachten wurden überhaupt nicht erneuert (NLTB 2003: 10).

In manchen Fällen wollen Landeigentümer ihr Land selbst bewirtschaften und weigern sich deshalb, die Pacht zu erneuern. Häufiger sind jedoch viele nicht mehr mit der Pacht zufrieden, die ihnen vom Gesetz her zusteht. Je nach Qualität des Landes zwischen F\$ 45 und F\$ 480 pro Hektar. Nicht viel, da viele die Hände aufhalten, wenn die Pacht verteilt wird (s. o.). 2002 waren es in manchen Fällen gerade mal F\$ 2, die an einzelne Mataqali-Mitglieder ausbezahlt wurden, in anderen Fällen fast F\$ 4.000 (Lal und Reddy 2002). Um die Pacht ein wenig aufzubessern, verlangen die Landeigentümer häufig eine Sonderzahlung, wenn Verhandlungen über die Erneuerung der Pacht anstehen. Solche *Goodwill Payments* sind zwar vom Gesetz verboten, aber inzwischen eher die Regel als die Ausnahme (Nithiyanandam und Gounder 2002). Was als schlichte Erpressung angesehen werden kann, kostet den Pächtern einige tausend Dollar; nur um sicherzustellen, dass die Pacht erneuert wird. Aufgrund ethnohistorischer Umstände sind die Konflikte um die Erneuerung von Zuckerrohr-Pachten Fidschianer als Landbesitzer und indisch-stämmige Farmer als Pächter eingebunden. Eine beträchtliche Anzahl ähnlicher Konflikte finden jedoch unter vollkommen anderen ethnischen Kompositionen statt. Es ist deshalb zu einfach, die Konflikte als Ausdruck ethnischer Spannungen deuten zu wollen.

Landbesitz in Fidschi

	Fläche (in Ha)	% der gesamten Landfläche
1. Traditionelle Besitzrechte der Fidschianer <i>Native Land</i>	1,616,647	88.72
2. Land in Privatbesitz	149,198	8.10
3. Staatsland	65,484	3.18

Auslaufen von landwirtschaftlichen Pachten

1997 - 2007	7668 Pachten
2008 - 2028	5472 Pachten

über 60 Prozent der auslaufenden Pachten wurden nicht wieder an denselben Pächter vergeben, über 45 Prozent der ausgelaufenen Pachten wurden gar nicht erneuert.

Am 25. September 2005 pressten sich mehr als 300 Dorfbewohner aus dem zentralen Bergland Viti Levu in den Sitzungssaal des Obersten Gerichtes in Suva. Gespannt verfolgten sie die Verhandlung, die entscheiden sollte, ob die *Fiji Electricity Authority (FEA)* ihnen F\$ 52,3 Millionen an Entschädigung zu zahlen habe (Fiji Times, 26.9.2005). Ende der 1970er Jahre hatte die FEA den Monasavu-Staudamm errichtet, auf dem Land einiger Mataqali, die dafür auch regelmäßig eine Pacht bezahlt bekamen. Doch mit den Jahren war dies nicht mehr genug: sie forderten einen heftigen Nachschlag. Schon im Juni 1998 kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, als die Landbesitzer zusätzliche F\$ 35 Millionen forderten und drohten, das Wasserkraftwerk zu besetzen (Daily Post, 30.6.1998). Als Antwort sandte die

Regierung 100 schwer bewaffnete Soldaten (Daily Post, July 2, 1998), nahm aber auch Verhandlungen mit den Mataqali auf (PACNEWS 8.7.1998). Anfang Oktober bot die Regierung den 19 Landbesitzenden Gruppen eine Entschädigung in Höhe von F\$ 15 Millionen an, was diese als viel zu gering ablehnten (Fiji Times, 07.10.1998). Während des Coups im Frühsommer 2000 besetzten die Landeigentümer von Monasavu erneut das Kraftwerk, nahmen eine Handvoll Angestellte der FEA als Geiseln und stoppten die Stromproduktion (PINA Nius Online 07.07.2000). Ganz Viti Levu hatte wochenlang unter ständigen Stromausfällen zu leiden. Es dauerte bis Mitte August, bis das Militär Kontrolle über Damm und Kraftwerk zurück gewinnen konnte (Radio Australia, 11. und 23.08.2000). Seither befindet sich eine ständige Präsenz der Armee in Monasavu. Im September 2005, nach unzähligen Verhandlungsrunden und Gerichtssitzungen, wurde den Landeigentümern eine Entschädigung in Höhe von F\$ 52,8 Millionen zugesprochen (Fiji Times, 26.09.2005). Kurz darauf erhöhte die FEA die Strompreise.

Monasavu ist kein Einzelfall: In den letzten Jahren kam eine Vielzahl ähnlicher Fälle auf. In einem mit Monasavu vergleichbaren Konflikt fordern die Landeigentümer des *Wainiqueu Mini-Hydro* Projektes nahe Labasa, der größten Stadt auf Vanua Levu, von der FEA F\$ 7,3 Millionen. Landbesitzer im Einzugsgebiet des Navau Flusses, ebenfalls auf Vanua Levu, wollen mehr als F\$ 2,8 Millionen von der Regierung (Daily Post, 8.9. 2000). Bereits im August 1999 hatte ein weiterer Mataqali nahe Labasa damit gedroht, die Zugangsstraße zum Benau Reservoir und zur Wasseraufbereitungsanlage zu sperren, sollte die Regierung nicht F\$ 150.000 für das Land bezahlen, auf dem das Reservoir errichtet wurde (Fiji Times, 01.09.1999). In Suva fordern die Mataqali des Wainibuku Reservoirs US\$ 150,000 (Radio New Zealand International, 05.06.2003). Und auch die Wasserversorgung Lautokas, Fidschis zweitgrößter Stadt, ist auf das Wohlwollen der Landeigentümer angewiesen. Am 15. April 1999 unterbrachen sie die Pipeline, die Wasser vom Varage Damm zum Suru Reservoir bringt. In Lautoka war die Wasserversorgung des Krankenhauses, des Stadtgebietes und der südlichen Randbezirke einen ganzen Tag unterbrochen (Daily Post, 16.04.1999).

Nicht nur die Wasserversorgung nahezu aller fidschianischen Städte hat in der einen oder anderen Form unter solchen Landkonflikten zu leiden. Im November 2000 zahlte die Regierung fast F\$ 200.000 an die Landeigentümer, auf deren Land die prestigeträchtige Ratu Kadavulevu Internatsschule errichtet ist (Fiji Times, 14.11.2000). Viele Jahre stritten sich auch die Eigentümer des Landes, auf dem Fidschis größter Flughafen errichtet ist. Als 1999 der Internationale Flughafen Nadi privatisiert wurde, legten sie der Regierung eine Rechnung über F\$ 48 Millionen vor. Zwei Jahre später drohten sie den Flugverkehr zu unterbinden, sollte die Regierung nicht wenigstens F\$ 7 Millionen bezahlen. Die Mataqali argumentierten, dass sie im Zweiten Weltkrieg das Land kostenlos zu Verfügung stellten, damit neuseeländische und amerikanische Streitkräfte dort einen Transpazifik-Flughafen bauen konnten. Damals sei dies ihr Beitrag im Kampf gegen Japan gewesen, doch inzwischen sei der Flughafen ein Wirtschaftsunternehmen, von dem sie ihrem gerechten Anteil beanspruchten (Daily Post 24.07.2001). Im August 2001 zahlte die Regierung F\$ 1.1 Millionen.

Im März 2001 überlegte die Gesundheitsbehörde, ob sie das Krankenhaus von Sigatoka abreißen und an anderer Stelle neu errichten sollten. Erst als es den Behörden gelang, die *Goodwill* Forderungen der Landeigentümer von F\$ 700,000 auf F\$ 200,000 herunterzuhandeln wurde dieser Plan erst einmal auf Eis gelegt (Fiji Sun, 01.04.2004).

Die Beispiele, bei denen Land Grundlage zu Renteneinkommen darstellt, nehmen kein Ende. Darin Bereicherung zu sehen („greed“) ist durchaus eine mögliche Interpretation. Oft setzen sich aber auch Gruppen zu Wehr, auf dessen Land der Staat, private Industrie oder Farmer Gewinne erwirtschaften, an denen sie in den vergangenen Jahrzehnten wenig partizipieren konnten. Wie auch im Falle der Mahagoni-Plantagen in Fidschi, den weltweit größten wirtschaftlich ausbeutbaren Beständen dieses Tropenbaumes, mehrere 100 Millionen US-Dollar wert. Fachleute gingen Anfang der 2000er Jahre davon aus, dass Fidschi mittelfristig bis zu $\frac{2}{3}$ der Weltnachfrage nach Mahagoni befriedigen könnte mit jährlichen Einnahmen zwischen US\$ 50 – US\$ 200 Millionen (Wall Street Journal, 13.09.2000). Als in den 1950er und 1960er Jahren die Briten 40.000 Hektar Mahagoni Plantagen anlegten und dafür Land von den Mataqali pachteten, wusste niemand, welche Schätze auf dem Land heranwuchsen. Inzwischen ist dies aber längst kein Geheimnis mehr und viele Landeigentümer wollen einen Nachschlag zur spärlichen Pacht, die nun die *Fiji Hardwood Corporation (FHC)* bezahlt. 2002 reichte der Anwalt der *Vanua Mahogany Landowners Association (VMLA)* zwei Klagen mit einem Gesamtumfang von F\$ 394 Millionen beim Obersten Gericht in Suva ein (Wansolwara, November 2002). Das war nicht das erste Mal, dass Mahagoni in den Schlagzeilen der fidschianischen Presse erschien. Im Frühjahr 2000 entschied Premierminister Chaudhry, die Rechte zur Ausbeutung der Mahagoni-Bestände an das britische Unternehmen *Commonwealth Development Corporation (CDC)* zu vergeben. Chaudhry erteilte damit einem amerikanischen Unternehmen, *Timber Resources Management (TRM)*, eine Abfuhr, das vom Geschäftsführer der FHC, George Speight, favorisiert worden war, bevor ihn Chaudhry entließ. „*Shortly after the cabinet decision, the American ambassador, Osmand Siddique, [...] warned that unless the decision was revoked, American investors would flee Fiji*“ (New York Times, 14.9.2000). Speight begann nach Chaudhrys Entscheidung unter der fidschianischen Bevölkerung Widerstand zu organisieren. „*Some 10,000 indigenous Fijians marched through Suva in late March, calling the government to cease making decisions on two key land issues: the mahogany and renewal of leases on land used to grow sugar cane. [...] On May 19, landowners again marched on Suva, this time 20,000 strong. While the march degenerated into a riot that destroyed some ethnic Indian-run businesses, Mr. Speight took over the parliament building with seven paramilitary troops and captured Mr. Chaudhry and his cabinet. The rebels held them as hostages for almost two months*“ (New York Times, 14.09.2000).

Globalisierungsverlierer

Konflikte in Fidschi haben vielerlei Hintergründe und es ist ohne jeden Zweifel auch so, dass die Konflikte die Wirtschaft des Landes in den vergangenen 20 Jahren stark in Mitleidenschaft gezogen haben. Schon ein flüchtiger Blick auf die wichtigsten Wirtschaftsindikatoren zeigt, dass ein enger Zusammenhang zwischen politischer Instabilität und Wirtschaftsentwicklung besteht.

Die drei wichtigsten Wirtschaftssektoren, Zucker, Textilien und Tourismus sind angeschlagen, und das nicht nur wegen politischer Instabilität. Die beiden erstgenannten Sektoren leiden unter Veränderungen im internationalen System. Die Auswirkungen von Globalisierung haben diesen beiden Sektoren sicherlich mehr geschadet als die politische Instabilität von vier Coups.

Ein sich ständig ausweitendes Handelsbilanzdefizit gehört zu den größten wirtschaftlichen Problemen Fidschis. Seit 1998 stagnieren die Einnahmen der drei wichtigsten Devisenbringer, während sich die Ausgaben für Importe seither mehr als verdoppelt haben (Tabelle 2). Ein Jahr vor dem Putsch 2000 erwirtschafteten der Zucker-, Tourismus- und Textil-Sektor noch 45 Prozent des Bruttonominalproduktes. Dieser Anteil hat sich seither mehr als halbiert. Die Regierung tut sich schwer, neue Exportindustrien zu erschließen. Der Handel mit Tropenholz (Mahagoni), Thunfisch, Gold, Kava, Noni und auch Mineralwasser haben zwar Fidschis Exportstruktur stark diversifiziert, doch die Exportausfälle der wichtigsten Sektoren konnten bei weitem nicht ausgeglichen werden. Da sich seit 2003 auch Fidschis Energieimporte stark erhöht haben, hat sich das Handelsbilanzdefizit seither stark ausgeweitet. Im Jahre 2000 reichten Fidschis Devisenreserven aus, um Importe für acht Monate zu bezahlen. Im Dezember 2006 reichten die Reserven für nicht einmal die Importrechnung zweier Monate. Seit 2000 hat sich auch die Staatsverschuldung mehr als verdoppelt (Frontline, 16.06.2007).

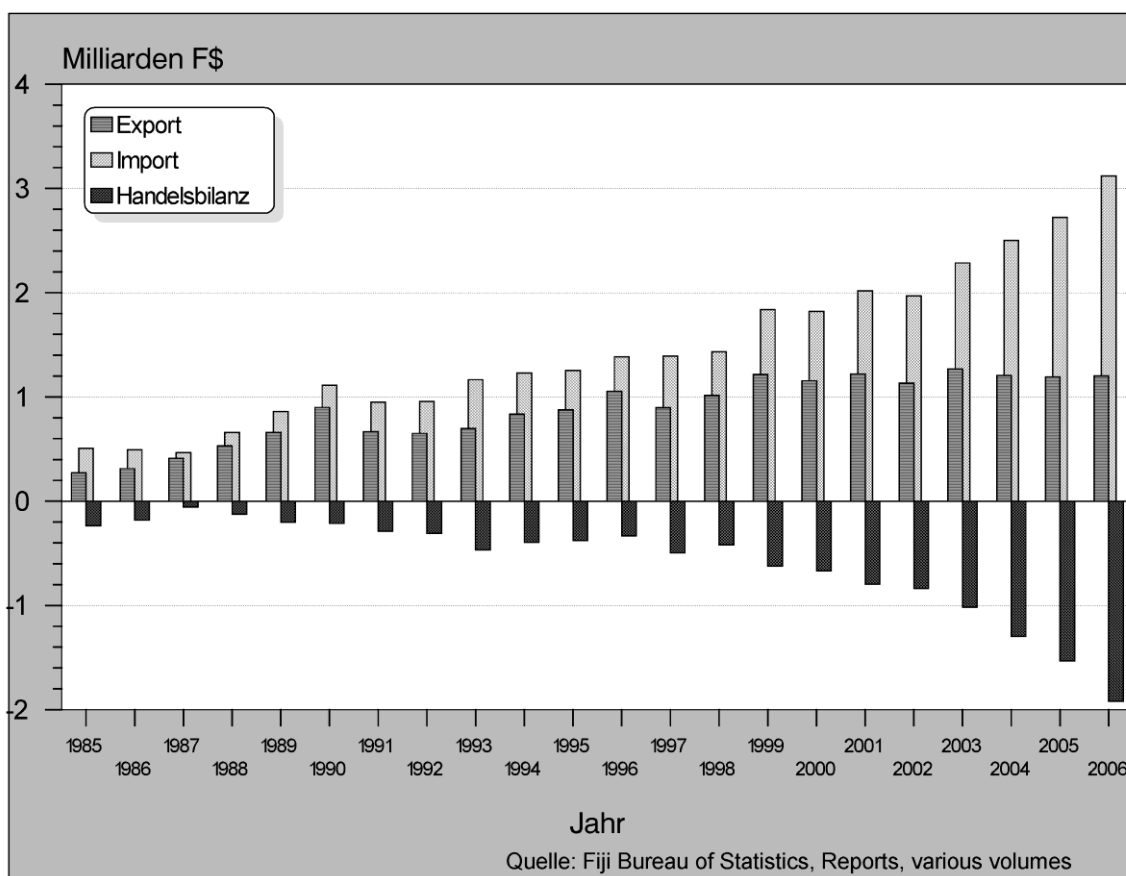


Abbildung: Außenhandelsentwicklung in Fidschi (1985 – 2006)

Der Zuckersektor leidet unter dem Auslaufen des Zuckerprotokolls, einem Präferenzabkommen zwischen den AKP-Staaten und der Europäischen Union im Rahmen der verschiedenen Lomé- und Cotonou-Abkommen. Aus Sicht der AKP-Staaten war das Zuckerprotokoll eine großartige Sache: Man brauchte sich nicht um einen Absatzmarkt zu kümmern, da die EU garantierte, eine festgelegte Menge Zucker zu importieren. Besser noch, auch der Preis stimmte; er wurde beständig auf einem Niveau deutlich über dem Weltmarktpreis gehalten. In den vergangenen Jahren betrug der EU-Interventionspreis für Rohzucker EUR 523 pro Tonne. Der Weltmarktpreis schwankte zwischen 110 und 200 Euro.

Nachdem 2002 Brasilien, Thailand und Australien die Welthandelsorganisation wegen der EU Zuckersubventionen angerufen hatte, entschied die WTO, dass die EU die Subventionen für Zucker stark reduzieren muss. Die dadurch beschleunigte Reform des Zuckersektors innerhalb der EU sieht – beginnend mit Juli 2006 – eine fast 40-prozentige Reduzierung des garantierten Mindestpreis für Zucker vor und eine 42-prozentige Reduzierung des Mindesterzeugerpreises. Was so lange so gut war, verschärft nun die Krise in Fidschi. Wenn in wenigen Jahren die Produzenten in Fidschi mit denen aus Brasilien, Thailand und Australien konkurrieren müssen, wird ihnen das nicht leicht fallen. Ab 2009 werden die AKP-Länder dann auch mit der Konkurrenz anderer Entwicklungsländer fertig werden müssen. Ab dann gestattet die EU unter dem *Everything but Arms Agreement* vielen Entwicklungsländern Marktzugang für Produkte, die bislang keinen Zugang zum Markt der EU hatten.

Weltmarktpreis und EU Produzentenpreis für Rohzucker

EUR / 1000kg

Jahr	Weltmarktpreis	EU Produzentenpreis	Differenz (%)	Faktor
1970	152	181	19	1 : 1,2
1975	567	303	-47	1 : 0,5
1980	587	420	-28	1 : 0,7
1985	134	517	286	1 : 3,9
1990	230	535	133	1 : 2,3
1995	215	568	164	1 : 2,6
1997	213	689	223	1 : 3,2
2000	174	544	213	1 : 3,1
2001	189	524	177	1 : 2,8
2002	143	524	266	1 : 3,7
2003	139	524	277	1 : 3,8
2004	128	524	309	1 : 4,1
2005	172	524	205	1 : 3,0
2006	?	497		
2007	?	497		
2008	?	449		
2009	?	335		
2010	?	335		

Es ist fraglich, ob AKP-Länder wie Fidschi unter jenen sein werden, die von dieser Marktöffnung profitieren können.

Ähnliche Probleme plagten Fidschis Textilsektor. Nach den Coups von 1987 im Rahmen einer exportorientierten Wachstumspolitik stark gefördert, entwickelt dieser sich immer mehr zum Sorgenkind der Wirtschaft. Durch die Schaffung von Freihandelszonen waren viele Investoren angelockt worden, die vom Staat großzügig eine Steuerbefreiung auf 13 Jahre erhielten, Investitionsgüter zollfrei einführen durften und häufig Infrastruktur- und Erschließungskosten auf den Staat abwälzen konnten. Textilfabriken schossen wie Pilze aus dem Boden und unmittelbar vor dem Coup von 2000 produzierten über 100 Unternehmen mit etwa 20.000

Beschäftigten im Bekleidungssektor.

Für 2005 waren Exporteinnahmen in Höhe von einer Milliarde F\$ anvisiert und der Bekleidungssektor sollte mehr als 30.000 Menschen Beschäftigung bieten (Storey 2006). Doch in diesem Jahr kam alles ganz anders. Am 1. Januar 2005 ging eine zehnjährige Übergangsphase zu Ende, die eine weitgehende Liberalisierung des Welttextilhandels erreichen sollte. Vor der Gründung der WTO 1995 unterlag der internationale Handel mit Textilien dem Vielfaserabkommen (*Multi-Fibre Agreement, MFA*), einem komplexen System des Protektionismus, das den Textilhandel über Länderquoten regelte. Viele asiatische Unternehmen investierten in Fidschi, nicht weil dort die Löhne und damit Produktionskosten niedriger waren, sondern weil sie die Quoten Fidschis im Handel mit den USA nutzen konnten (Firth 2007). Mit dem 1. Januar 2005 spielten diese Quoten keine Rolle mehr und ein Unternehmen nach dem anderen verabschiedete sich binnen weniger Wochen aus Fidschi. Für viele Textilfabriken gingen 2000 oder kurz danach auch die 13 Jahre Steuerfreiheit zu Ende. Im 14. Jahr waren dann über 30 Prozent betriebliche Einkommenssteuern fällig. Grund genug für viele ausländische Fabrikbesitzer, in Nacht- und Nebelaktionen das Land zu verlassen.

Jahr	Zucker	Tourismus	Textil	Zucker + Tourismus + Textil	Import- ausgaben	Zucker	Tourismus	Textil	Zucker + Tourismus + Textil
	(Mio. Fidschi- $\text{\$}$)					% des Bruttosozialproduktes			
1985	112	169	2	283	508	8	13	0.1	21
1986	134	185	5	324	494	10	14	0.4	24
1987	186	148	9	344	465	13	10	0.7	24
1988	198	187	30	415	659	13	12	2	27
1989	228	296	97	621	860	13	17	6	37
1990	224	295	114	632	1113	13	17	7	37
1991	220	286	131	638	951	12	16	7	35
1992	221	328	117	666	958	11	17	6	34
1993	231	347	128	706	1166	11	16	6	33
1994	252	393	141	786	1229	11	17	6	34
1995	276	405	185	866	1254	12	17	8	36
1996	302	415	190	907	1386	12	16	8	36
1997	213	447	200	861	1393	8	17	8	33
1998	244	568	303	1115	1434	10	22	12	44
1999	263	559	322	1144	1838	10	22	13	45
2000	238	414	333	984	1822	9	16	13	38
2001	222	496	314	1032	2017	9	19	12	40
2002	231	555	236	1022	1970	7	16	7	29
2003	222	639	264	1125	2285	5	15	6	26
2004	204	718	269	1191	2502	4	15	6	25
2005	218	733	145	1096	2723	4	15	3	22
2006	215	742	93	1050	3120				
2007	185	580*	97	862	2890				
	Jahre, in denen sich ein Putsch ereignete								
	*Geschätzt vom Fiji Islands Bureau of Statistics, Key Statistics, verschiedene Ausgaben								

Tabelle: Exporteinnahmen durch Zucker, Tourismus und Textilsektor

Die Talfahrt des Textilbereiches hat längst Dimensionen angenommen, die die Probleme des Zuckersektors bescheiden aussehen lassen. Mit fast der Hälfte aller Beschäftigten war der Textilsektor das wichtigste produzierende Gewerbe, freilich auch jenes, wo bei weitem am wenigsten verdient wurde. Es sind vor allem Frauen, die hinter den Industrienähmaschinen stehen. Häufig bezahlen die Unternehmen nicht einmal die staatlich festgesetzten Mindestlöhne. Damit steht Fidschi aber nicht am unteren Ende der Liste von Billiglohnländern in der Textilbranche: Einen Lohn von etwas mehr als einen halben US-Dollar pro Stunde verdienen Textilarbeiterinnen in China oder Indien kaum an einem halben Tag. In einer 40-Stundenwoche kommen nur etwa 40 Fidschi-Dollar zusammen – und das ist nicht einmal die Hälfte dessen, was die Regierung als Existenzminimum ausweist.



Abbildung: Eine der asiatischen Textilfabriken in Lautoka, die im Frühjahr 2005 schloss.



Tourism loss hits \$200m



Trotzdem würden viele Arbeitsuchende einen Job für weniger annehmen, doch sie finden keine Stelle. In den letzten Jahren hat sich die Anzahl der Stellen in der formellen Wirtschaft um etwa 1.500 im Jahr erhöht. Viel zu wenig, wenn man bedenkt, dass jährlich mehr als 15.000 Schulabgänger auf den Arbeitsmarkt drängen. Nach dem Coup vom Dezember 2006 zeigt die bereits zuvor angeschlagene Wirtschaft kaum Anzeichen einer Verbesserung. Nicht erst seit dem Putschen von 2000 und 2006 sind Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung ein ernstes Problem in Fidschi. Doch seither ist alles viel schlimmer geworden. Investoren haben fluchtartig das Land verlassen. Das Leben ist dadurch für viele bedeutend unsicherer geworden, für Fidschianer und Indo-Fidschianer gleichermaßen.

Ganz besonders der Tourismussektor hat unter den vier Coups gelitten. Extrem sensibel gegenüber politischer Instabilität konnte er bei weitem nicht sein mögliches Potential ausschöpfen. Dennoch ist Tourismus seit vielen Jahren mit großem Abstand die wichtigste Devisenquelle des Landes. Politische Instabilität anderswo nach dem Jahr 2000 (9/11, Bali Bombing), Epidemien in Asien (SARS, Bird-flue, AIDS) und

Naturkatastrophen (Tsunami im Indischen Ozean) hatten Touristenströme vornehmlich aus Australien und Neuseeland vom Indischen in den Pazifischen Ozean umgelenkt. Dies kam vor allem Fidschi zu Gute. Der Rückgang der Besucherzahlen nach dem Coup von 2000 war schnell aufgeholt und für 2006 strebte der Sektor Deviseneinnahmen in Höhe von 1 Milliarde F\$ an, mehr als drei Mal so viel wie der Zuckersektor in seinen besten Jahren. Mit dem neuerlichen Coup vom Dezember 2006 und den Reisewarnungen der Regierungen Australiens und Neuseelands ist dieser Höhenflug des Tourismus derzeit erst einmal unterbrochen. 2007 hat der Tourismus-Sektor nach Angaben der Fiji Times 150 – 200 Millionen Dollar weniger eingenommen als 2006.

Migration

Politische Instabilität hat auch zur Auswanderung einer erheblichen Anzahl Indo-Fidschianer geführt. Zwischen 1987 und 2004 haben nach Angaben der Regierung mehr als 91.000 Menschen das Land verlassen, d.h. mehr als 10 Prozent der Bevölkerung. Inoffizielle Quellen sprechen sogar von über 100.000 Emigranten, etwa 90 Prozent davon Indo-Fidschianer (Mohanty 2006). Vor allem die gut Ausgebildeten haben kaum Probleme, im Ausland erheblich besser bezahlte Anstellungen zu finden. Auf diese Weise hat Fidschi über die Hälfte der 1986 im Land beschäftigten Manager, Techniker, Ärzte, Facharbeiter und Verwaltungsexperten verloren.

Der Wunsch so vieler Menschen, ihrer Heimat den Rücken zu kehren, ist ein deutliches Zeichen für politische Unsicherheit, aber auch für den maroden Zustand der Wirtschaft. Fidschi ist noch weit von der Situation seiner Nachbarstaaten Samoa, Tonga, den Cookinseln und Niue entfernt, wo bis zu drei Viertel der Staatsangehörige außerhalb des Staatsterritoriums leben; in den USA, Canada, Australien und allen voran Neuseeland. In den vergangenen fünf Jahren nahm jedoch die Bedeutung von Geldüberweisungen aus dem Ausland nach Fidschi erheblich zu, und hat in absoluten Größen Tonga und Samoa bereits deutlich überflügelt. Zwischen 1999 und 2005 hat sich die jährliche Summe privater Geldüberweisungen von 25 Mill. US\$ auf 184 Mill. US\$ erhöht (Brown und Mineshima 2007). Private Überweisungen machen bereits 6,6 Prozent des Bruttonettoproduktes aus und sind nach Tourismus und dem Zuckersektor inzwischen zur drittgrößten Devisenquelle des Landes geworden.

In der zunehmenden Bedeutung privater Geldüberweisung spiegelt sich auch der Trend, dass immer häufiger auch Fidschianer ihre Heimat verlassen, um anderswo zu leben und zu arbeiten. Waren 1991 noch weniger als 5 Prozent der Emigranten Fidschianer, so hat sich ihr Anteil mehr als verdoppelt und liegt nun bei über 10 Prozent (Mohanty 2006). Im Gegensatz zu den Zielländern der Indo-Fidschianer (Australien, Kanada, Neuseeland und den USA) verlassen die Fidschianer ihre Heimat in Richtung Mittleren Osten, Großbritannien und Deutschland sowie benachbarte Pazifikstaaten wie Kiribati und den Marshall-Inseln (Rokoduru 2006), als Krankenschwester, Lehrer und vor allem auch als Soldaten und Mitarbeiter privater Sicherheitsunternehmen.

Von Fidschi nach Falludscha

Corporal Tomasi Ramatau sollte eigentlich in einer Woche heimkommen, aber ganz am Ende seiner Zeit geschah es dann doch noch: Er wurde erschossen, als er den Flughafen von Bagdad bewachte. Wenige Stunden zuvor hatte er noch mit seiner Frau telefoniert und ihr mitgeteilt, er werde nicht schon am 15., sondern erst am 28. Februar heimkommen. Wenige Stunden später war Corporal Ramatau tot. Er starb an Kopfverletzungen verursacht durch eine heimtückische Mörsergranate, die unmittelbar neben ihm explodierte, so die kurze, nüchterne Meldung seines Todes in der internationalen Presse. Er wurde noch mit einem Hubschrauber in ein Krankenhaus der amerikanischen Streitkräfte geflogen, doch beim Eintreffen war er bereits tot (FijiLive.com 2004).

Corporal Ramatau ist einer der unzähligen Opfer des Irak-Krieges und der kriegerischen Nachkriegszeit. Dennoch taucht sein Name in keiner der langen Listen der gefallenen Soldaten auf. Auch macht sein Tod keine Schlagzeilen in der amerikanischen Presse, obwohl sein Arbeitgeber, *Global Risk Strategies*, vom amerikanischen Verteidigungsministerium bezahlt wird. Der Corporal war nicht mehr als ein Zivilist von einer kleinen Insel in der Südsee, Vanua Levu, die zu Fidschi gehört. Corporal Ramatau war angestellt von einer der vielen privaten Militärfirmen, die den regulären Streitkräften immer mehr Arbeit abnehmen. „*Out-sourcing* von Sicherheitsdiensten“ heißt dies in der verschleiernenden Sprache der Militärs. Wie viele seiner Landleute hatte Tomasi im Oktober 2003 Fidschi verlassen. Es mag wie Zynismus klingen, aber in der Hölle von Bagdad erhofften sie die Grundlage für ein besseres Leben für sich und ihre Familien zu finden.

Global Risk Strategies ist eine der ungezählten Firmen, die im Irak Sicherheitsaufgaben wahrnehmen. Firmen von überall auf der Welt, winzige mit weniger als 10 Angestellten, riesige mit mehreren tausend Menschen unter Vertrag. Ihre Eigentümer sind eine illustre Ansammlung ehemaliger Elitesoldaten, hochrangige Militärs und Geheimdienstmitarbeiter, doch auch die Angestellten sind nicht weniger bunte Vögel, die oft schon viele andere Krisen- und Kriegsgebiete gesehen haben.

Manchmal wird behauptet, private Militärfirmen seien inzwischen die zweitgrößte Militärmacht im Irak, nach den USA. Dies ist sicherlich übertrieben, denn die wohl mehr als 60 Militärfirmen stehen unter keinem Oberkommando, verfolgen keine einheitlichen strategischen und taktischen Ziele und vollziehen sehr unterschiedliche Aufgaben. Die Zahl ihrer Mitarbeiter zusammenzuzählen und dann so zu tun, als ob dies eine Armee sei, ist mehr als fragwürdig. Dennoch kann nicht übersehen werden, dass in keinem militärischen Konflikt zuvor jemals eine solch große Anzahl Menschen zum Einsatz kamen, die Militäraufgaben wahrnahmen, ohne einer offiziellen Streitmacht anzugehören.

Die genaue Anzahl dieser privaten Militärfirmen ist ebenso unbekannt wie die ihrer Mitarbeiter. Schätzungen gehen von etwa 60 registrierten Unternehmen mit insgesamt mehreren zehntausend Söldnern aus. Im Dezember 2005 gab die World Socialist Website die Zahl der Mitarbeiter solcher Firmen mit etwa 20.000 an (WSWS 2005), was sicherlich eher im unteren Bereich ist. Eine Kongressabgeordnete aus Ohio, Marcie Kaptur, nannte für denselben Monat eine Zahl von mehr als 100.000 (JellyPuddin 2005).

Wiederholt sind Angehörige privater Militärfirmen in die Kritik geraten. So spielten sie eine wesentliche Rolle bei den menschenrechtswidrigen Folterungen und Demütigungen

irakischer Gefangener im Gefängnis von Abu Ghraib (CNN 2004). Auch häufen sich Berichte, wonach Angehörige privater Militärfirmen willkürlich Jagd auf irakische Zivilisten machen. In den meisten Fällen kommen die „Rambos“ ungestraft davon, häufig läst sich auch gar nicht feststellen, wie es dazu kam, dass plötzlich ein irakischer Zivilist ermordet am Boden liegt. Da ist es schon eine Ausnahme, wenn wie am 14. Mai 2005 geschehen, zwei Söldner, die für die amerikanische Botschaft arbeiteten, entlassen wurden, weil sie einen irakischen Zivilisten erschossen hatten.

Angestellte privater Militärfirmen im Irak genießen Immunität vor Strafverfolgung. Alle *Private Military Contractors* im Dienste der Amerikaner können so von der irakischen Justiz nicht zur Rechenschaft gezogen werden (CNN 2004). Was allerhöchstens passieren kann, ist eine Annullierung der Lizenz, was einer Entlassung gleichkommt.

Auf der anderen Seite sind die Angehörigen privater Militärfirmen sehr häufig auch Ziel von Anschlägen und Heckenschützen. Da niemand Buch über die Opfer unter den Söldnern führt, ist die genaue Anzahl der Opfer unter ihnen nur annähernd abzuschätzen. Die Internetseite *Iraq Coalition Casualties Count* nennt 417 getötete Söldner bis Ende Juli 2007. 167 kamen aus den USA, 44 aus Großbritannien, 33 aus der Türkei, 22 aus Südafrika, 19 aus Nepal und 14 von den Philippinen. Die restlichen 117 aus mindestens weiteren 34 Ländern. Bei 13 der Gefallenen konnte die Nationalität nicht festgestellt werden und 19 der gefallenen Söldner kamen aus Fidschi.

Nach Angaben von Maclellan (2007) tun etwa 1.500 Söldner aus Fidschi Dienst bei unterschiedlichen Sicherheitsfirmen im Irak. Sie verdienen dabei zwischen US\$ 1.700 und US\$ 3.000 im Monat. Die Regierung Qarase unterstützte die Rekrutierung von Söldnern für den Mittleren Osten anfangs sehr stark. Im Januar 2005 ließ Arbeitsminister Kenneth Zinck die Presse wissen: *„The Government knows that more men are leaving for Kuwait and Iraq and it is a good thing, because it is providing employment for the unemployed“* (Fiji Times, 19.1.2005). Dies änderte sich, als immer mehr Korruptionsfälle im Zusammenhang mit der Rekrutierung bekannt wurden. Timoci Lolohea, fidschianischer Arbeitsvermittler für das amerikanische Unternehmen Meridian Swervices Agency, hatte 15 – 25.000 Fidschianer als Interessenten für einen Job im Mittleren Osten registriert. Die Registrierungsgebühr betrug F\$ 150 pro Person. Andere Auslagen waren F\$ 20 – 30 für die notwendige medizinische Untersuchung, F\$ 72 für die Ausstellung eines Reisepasses und F\$ 22.50 für das notwendige polizeiliche Führungszeugnis (Maclellan 2007). Manchmal ließ sich Lolohea auch einen Vorschuss für das Flugticket geben. Erst als sich für die meisten der Interessenten der Traum von einem Arbeitsplatz im Irak nicht erfüllte, wurde langsam klar, dass viele einem Betrug zum Opfer gefallen waren. Zu diesem Zeitpunkt war Lolohea aber längst verschwunden und mit ihm schätzungsweise F\$ 3,5 Millionen. *„People wanted jobs. The domestic job market is not big enough to satisfy everybody’s needs. Then comes Lolohea with a big promise for well-paid jobs in Iraq. Hundreds are hooked. Their prayers have been answered – an opportunity of a lifetime not to be missed. When Lolohea demanded cash from them for fees and fares, the people obliged. Personal savings were withdrawn. Funds that were raised by the community for church or village projects were diverted to the Iraq cause. This was done in the belief that the money they will earn in that faraway land will repay the borrowed funds and more importantly have a big impact on the family bank balance. Personal security becomes secondary. News of suicide bombings and every day killings in Iraq were ignored. Here is an opportunity to earn a reasonably high income and, for many, the chance to travel out of Fiji*

and see a foreign country which they only read about in the Bible. Then Lolohea disappeared. The people were left with no jobs and worse, no money” (Fiji Times, 7.2.2006).

Fijian man dies in battle

By AMELIA VUNHEBA

A FIJIAN serving in Afghanistan with the British Army died on Friday following clashes with insurgents.

Ireland On Line website reports that Anaru Drava, a soldier with the 1 Royal Irish Regiment died on Saturday.

Mr Drava's family was informed on Saturday of his death and was yesterday waiting for further details from the British Embassy.

Relative Salantata Tawake said he arrived at the family home of midday on Saturday but Mr Drava's mother had already left for town.

Speaking in Fijian, she said her mother returned soon after and was relieved the news.

Mr Tawake said he was the second oldest and had an older sister and a younger brother.

The late Mr Drava is from Suva. He had been serving in Iraq and had been serving for two years and 10 months in the British Army.

Mr Tawake said he was single and first served in Scotland when he enlisted in the services and went to Iraq soon after.

She said he turned 27 on January 28 and that was the last time the family saw him as he was in the country for two months at the beginning of the year.

She said after leaving Fiji, he went to Germany before he went back to England and then he was posted to Afghanistan.

She said Mr Drava's father was a soldier having served in the Royal Fiji Military Forces but he died three years ago.

She said embassy officials said the process of bringing his body back would take about two weeks.

Mr Drava is survived by his mother, his sister Talika and brother Salantata.

Home Affairs Minister Joseph Vunabola said the Government was concerned with such deaths and similarly with the deployment of any of its troops to countries like Afghanistan.

"I would like to convey my sincere condolences to the family," said Mr Vunabola.

Alexis Drava (middle) and her remaining children, Solomonova (left) and an emotional Talika, holds up a picture of her son Anaru Drava (right in picture), who was killed on duty in Iraq while serving with the British Army. (© PHOTOS: GUY HARRISON)

Fidschianer sind nicht nur als Angehörige privater Sicherheitsfirmen im Irak vertreten. Ende Juli 2007 hatten außer den USA 22 Länder Truppen im Irak stationiert. Fidschi ist eines davon, aber im Gegensatz zu den übrigen 21 Ländern operieren etwa 150 fidschianische Soldaten unter dem Banner der UN (Global Security 2007). Im Juni 2004 hatte der UN Sicherheitsrat im Zusammenhang mit der Übergabe der Macht an die irakische Übergangsregierung beschlossen, eine spezielle UN-Schutztruppe im Irak einzurichten. Fidschi war damals das einzige Land, das dem Aufruf der UN gefolgt war und Soldaten für diese Mission bereitgestellt hatte. Die hauptsächliche Aufgabe des fidschianischen Truppenkontingents besteht in der Bewachung und Sicherung des UNAMI Hauptquartiers in Baghdad. Etwa 30 der Soldaten sind als

persönliche Leibwächter für hochrangige UN-Diplomaten eingesetzt.

Schließlich sind Fidschianer auch als Angehörige der britischen Streitkräfte im Irak stationiert. Es ist praktisch unmöglich, ihre genaue Zahl anzugeben, aber insgesamt dürften derzeit etwa 2.000 fidschianische Staatsangehörige Dienst in der britischen Armee verrichten (ROAR 2006). Wie viele davon in Kriegsgebieten wie dem Süden des Iraks und Afghanistan stationiert sind, ist nicht bekannt. Von den 158 britischen Soldaten, die bis Juli 2007 im Irak gefallen waren, kamen 11 aus Fidschi (Torika Net 2007).

Ausblick

Gewalt und politische Instabilität in Fidschi haben viele Ursachen. Ethnische Heterogenität ist eine davon, doch die Dinge sind komplexer: Mehrere Konfliktlinien und –ebenen überlagern sich. Gerüchte, Spekulationen und logische, aber dennoch unbewiesene Konstrukte machen die Analyse sicherlich nicht einfacher. Interne fidschianische Gegensätze, gepaart mit fidschianischem Regionalismus, stehen sicherlich ganz oben auf der Liste wahrscheinlicher Gründe für politische Instabilität: Der große Widerspruch zwischen fidschianischen Häuptlingen und den *commoner* als soziale Kategorie. Dieser Konflikt spiegelt sich am ehesten in der Frage wider, wie die Früchte aus dem Landbesitz unter den Mitgliedern der fidschianischen Gesellschaft verteilt werden. Nicht Zugang zu Land ist hier der entscheidende Faktor, sondern die Verteilung des Renteneinkommens.

Als regionale Kategorie kommt hinzu, dass politische und wirtschaftliche Zentren sich nicht überlappen: Regionen, die am meisten zum Volks- und Exporteinkommen des Landes beitragen, werden politisch marginalisiert. Mit dem Niedergang des Zuckersektors und des Goldbergbaus könnten sich die Regionen auf einem niedrigeren Wohlstandsniveau angleichen, geholfen wäre dadurch aber niemanden. Was die politische Entwicklung Fidschis betrifft, hat der Gegensatz der Regionen bereits häufiger zu Parteien und Parteienkoalitionen geführt, die ethnische Faktoren in den Hintergrund treten ließen. Wichtig zu beachten ist auch, dass die unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften in Fidschi recht verschiedene historische Wurzeln und Traditionen haben, und so häufig im politischen Leben des Landes sich doch sehr stark unterscheiden.

Inwiefern die USA ihre Hand im ersten Coup von 1987 hatte, kann wohl nie geklärt werden, und somit auch nicht, inwieweit Fidschi in Auseinandersetzungen des Kalten Krieges einbezogen wurde. Die Versenkung des Greenpeace Schiffes *Rainbow Warrior* durch französische Geheimagenten im Hafen von Auckland am 10. Juli 1985 (Robie 1989: 177 – 195), sowie die Ermordung des Präsidenten von Palau in der Woche zuvor (Robie 1989: 161 – 176) haben durch die Opfer eine Gemeinsamkeit: Die Gegnerschaft zu britischen, amerikanischen und französischen Atomwaffenversuchen, einer ganz besonderen Variante des Kolonialismus im Pazifik. In einen solchen Zusammenhang würde der Coup vom Mai 1987 logisch sehr gut passen, doch bislang schweigen die, die mehr dazu sagen könnten, oder sie sind bereits gestorben, wie Ratu Mara.

Nach dem Putsch von 2006 sind Versuche unübersehbar, Fidschi international zu isolieren. Harte Wirtschaftssanktionen sind jedoch die Ausnahme. Australien, Neuseeland und die USA verschärften die Visa-Bestimmungen für Einreisen von fidschianischen Soldaten, Angehörigen der Übergangsregierung und deren Angehörigen. Kurz vor dem Ausscheiden aus seinem Amt warnte UN-Generalsekretär Kofi Annan Bainimarama, dass im Falle eines Militärputsches Fidschi bei Friedenseinsätzen der UN nicht mehr berücksichtigt würde. Bislang wurde diese Drohung nicht wahr gemacht, auch wenn vor allem die neuseeländische Regierung bereits mehrfach bei der UN intervenierte und versuchte, einen Bann Fidschis für Friedensmissionen zu erwirken. Eine ähnliche Intention verfolgte der Sekretär des Commonwealth, McKinnon, als er die britische Regierung dazu bewegen wollte, keine Soldaten aus Fidschi mehr zu rekrutieren. Am 7. August 2007 teilte das britische Verteidigungsministerium diesbezüglich mit, dass auch zukünftig Soldaten aus Fidschi in der britischen Armee willkommen seien (Fiji Times, 08.08.2007). Die Europäische Union macht Entwicklungsgelder zur Strukturanpassung des Zuckersektors in Höhe von F\$ 350 Millionen davon abhängig, dass Fidschi bis März 2009 Wahlen abhält.

Es ist schwer, eine Prognose über die weitere Entwicklung abzugeben. Politisch motivierte Gewalttätigkeiten hielten sich bislang in Fidschi in Grenzen. Die Coups von 1987 verliefen beide unblutig, der Coup von 2000 forderte weniger als zehn Opfer und auch der Umsturz 2006 verlief weitgehend unblutig. Darin kommt sicherlich zweierlei zum Ausdruck: Es scheint, dass Politiker und Militär weitgehend Herr der Lage sind. Situationen sind bislang selten eskaliert und wenn, dann hat sich Gewalt eher gegen Sachwerte als gegen Menschen gerichtet. Ein Grund dafür ist ohne Zweifel, dass das Militär quasi ein Waffenmonopol in Fidschi hat. Spezielle Polizeikräfte verfügen zwar auch über Schusswaffen, aber dennoch ist die Verfügbarkeit von Waffen eingeschränkt. Schusswaffen spielen eine untergeordnete Rolle in der Gewaltstatistik des Landes. Dies hat sicherlich auch mit der Insellage Fidschis zu tun, die die Einfuhr von Waffen erschwert, aber sicherlich nicht ganz verhindern kann. Der bislang

bedeutendste Versuch, größere Mengen an Waffen nach Fidschi zu schmuggeln, wurde im Mai 1988 aufgedeckt, als 12 Tonnen russischer AK-47, Maschinengewehre, Mörser, Granatwerfer und die entsprechende Munition auf einen Schiff in Lautoka ankamen. Bis heute ist unbekannt, wer diese Waffen aus dem Nord-Jemen „bestellt“ hatte, aber die Übergangsregierung Ratu Maras machte die *Fiji Labour Party* dafür verantwortlich (Island Business, Juli 1988). Jeder Putsch in Fidschi begann damit, dass das Militär die Polizeikräfte entwaffnete, um ein Schusswaffenmonopol herzustellen. Eine mögliche Eskalation der Gewalt konnte dadurch im Keim erstickt werden, denn möglicher Widerstand war nicht konfliktfähig.

Sehr wichtig bei der zukünftigen Entwicklung wird sein, ob es der Wirtschaft gelingt, sich aus der Krise zu befreien. Hierbei bedarf es die Unterstützung auch derer, die in Fidschi lieber eine demokratisch gewählte Regierung an der Macht sehen würden. Seit Februar 2007 haben verschiedene hochrangige Regierungsdelegationen aus Fidschi asiatische (Schwellen)länder bereist, darunter Taiwan, Südkorea, die Volksrepublik China, Malaysia, Thailand, Indien und Japan. Wenn Australien, Neuseeland und auch die USA Fidschi die kalte Schulter zeigen, sehen andere, aufstrebende Regionalmächte die Möglichkeit, sich zu etablieren. China und Indien haben auf die letzte politische Krise recht pragmatisch reagiert, und auch Thailand und Malaysia sehen sich an einer Ausweitung der Beziehungen interessiert. Schon vor dem Coup von 2006 hatte Indien sich stark bei der Modernisierung des Zuckersektors engagiert. Nach dem Coup verhängte die indische Regierung keine Sanktionen, sondern seither haben mehrere Gespräche auf höchster Regierungsebene stattgefunden. Im April 2007 traf Außenminister Nailatikau seinen indischen Amtskollegen Mukerjee, um über mögliche Militärhilfe zu sprechen (Fijilive, 5. April 2007). Einen Monat später traf Finanzminister Chaudhry zunächst seinen indischen Amtskollegen P. Chidambaram (Fijilive, 16. Mai 2007) und eine Woche später den indischen Premierminister Manmohan Singh, um über Wirtschafts- und Militärhilfe zu verhandeln (Fiji Times, 24. Mai 2007). Auch China zeigt sich an einer Ausweitung der Beziehungen mit Fidschi interessiert. Unabhängig von der politischen Entwicklung in Fidschi hatte die chinesische Regierung bereits im April 2006 einen US\$ 600 Millionen Entwicklungskredit für die Pazifischen Inseln eingerichtet. Der neu ernannte fidschianische Botschafter in China, Sir James Ah Koy, rechnet damit, dass Fidschi davon US\$ 240 Millionen erhalten kann (Fiji Times 25.07.2007).

Viele Wirtschaftsprobleme haben ihre Ursache nicht in der politischen Instabilität des Landes, sondern in sich verändernden weltwirtschaftlichen Spielregeln. Exportverluste des Zucker- und Textilsektors schmerzen besonders in Zeiten, wenn Energieimporte teuer sind wie nie zuvor. Die Menschen in Fidschi ziehen aus der Wirtschaftskrise ihre eigenen Konsequenzen und in aller Regel bestehen diese nicht in Gewalt, sondern in der Ausschöpfung ihrer kreativen Fähigkeiten. Viele kehren Fidschi zeitweise den Rücken, andere für immer.

Die politische Zukunft des Landes ist heute, Anfang April 2008, ungewiss. In der Vergangenheit hat die Übergangsregierung mehrmals den von mehreren ausländischen Regierungen geforderten Wahltermin bestätigt. Bis Ende März 2009 sollen demnach in Fidschi demokratische Wahlen stattfinden. Meinungen darüber, ob dies möglich, oder wahrscheinlich ist, gehen weit auseinander. Manche Kommentatoren verweisen darauf, dass die Vorbereitungen für Wahlen schon heute so weit hinterherhinken, dass mit einem Wahltermin im März 2009 wohl kaum zu rechnen ist. Auch sind die Absichten der Übergangsregierung bezüglich der vom *National Council for Building a Better Fiji (NCBBF)* auszuarbeitenden *People's Charter for Change and Progress* alles andere als klar. Die Charta soll verbindliche Richtlinien der Politik in Fidschi für die nächsten Jahre erstellen und

vor den nächsten Wahlen als Anhang an die Verfassung beschlossen werden. Viele vermuten, dass Verzögerungen bei der Verabschiedung der Charta zu einer Verschiebung des Wahltermins führen werden. Premierminister der Übergangsregierung und Vorsitzender des *NCBBF*, Kommander Bainimarama, hat sich im März 2008 mehrmals überzeugt geäußert, dass die Wahlen wie geplant in 12 Monaten stattfinden werden. Dies wurde jedoch vom Stellvertretenden Vorsitzenden des *NCBBF*, Erzbischof Mataka in Frage gestellt.

Die Bilanz der Übergangsregierung seit dem Putsch von 2006 sieht wenig überzeugend aus. Der Putsch wurde u. a. damit gerechtfertigt, die korrupte Regierung von Qarase aus dem Amt zu entfernen. Auch 15 Monate nach dem Putsch hat die Übergangsregierung noch keine handfesten Beweise vorlegen können, die die Korruptionsvorwürfe hätten erhärten können.

Auf der anderen Seite ist die Übergangsregierung selbst ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Im Februar 2008 druckten alle Tageszeitungen des Landes Artikel, die den amtierenden Finanzminister Chaudhry der Steuerhinterziehung bezichtigten. Er solle versäumt haben, Zinseinkünfte, die auf einem Konto in Australien angefallen waren, dem Finanzamt in Fidschi anzugeben. Auch habe er es versäumt, anzugeben, aus welchen Quellen die etwa F\$ 220,000 stammten, die zwischen 2000 und 2003 einem Konto in Australien zuflossen (*Fiji Times* 25.02.2008). Eine rasch von der Regierung eingesetzte „unabhängige“

Untersuchungskommission ergab, dass Chaudhry keine Steuern hinterzogen habe. Im Zusammenhang mit der Affäre Chaudhry steht auch die Deportation des Herausgebers der Tageszeitung *Fiji Sun*, des Australiers Russel Hunter. In der Nacht zum 24. auf den 25. Februar war Hunter von Beamten der Einwanderungsbehörde aus seinem Haus in Suva abgeholt und

zum Flughafen in Nadi gebracht worden. Am Morgen des 25. Februars wurde er nach Australien abgeschoben, wobei die Einwanderungsbehörde eine einstweilige Anordnung des Gerichtes, die Abschiebung nicht durchzuführen, großzügig ignorierte. Daryl Tarte, der Vorsitzende des *Fiji Media Councils*, trat wegen diesem Angriff der Übergangsregierung gegen die Pressefreiheit aus dem *National Council for Building a Better Fiji (NCBBF)* aus.

Die Situation in Fidschi kann durchaus als ruhig bezeichnet werden. Das Militär zeigt sich wenig in den Strassen, doch es ist klar, dass es jederzeit angreifen kann und wird, wenn die Übergangsregierung unter Kritik gerät. Des Öfteren wurden bereits Kritiker des Regimes in die Kaserne zum Verhör gebracht, wobei es auch zu Misshandlungen gekommen war.



Es ist offen, ob die vom Militär eingesetzte Übergangsregierung gewillt ist, ein Wahlergebnis zu akzeptieren, das die Opposition wieder an die Macht bringen würde. Die Zeit bis März 2009 wird diesbezüglich sicherlich mehr Klarheit bringen. Spätestens dann wird sich zeigen, ob demokratische Verhältnisse nach Fidschi zurückkommen können.

Literatur

Ackland, R. J. B. (1968). Notes on the Historical Development of the Fiji Military Forces. The Fiji Society Transactions and Proceedings for the Years 1962 and 1963, Vol. 9: 67-77.

Addison, Tony und S. Manssob Murshed (2003). Explaining Violent Conflict: Going beyond Greed versus Grievance. Journal of International Development, vol. 15, No. 4, S. 391 – 396.

Ali, Ahmed (1976). Suva in a Strom, 1920. Journal of Pacific Studies, vol. 2, S. 1-21.

Ali, Ahmed (1979). Conflict in the Canefields: Fiji in 1921. Journal of Pacific Studies, vol. 5, S. 35 – 64.

Alley, Roderic (2001). Fiji's Coups of 1987 and 2000. A Comparison. *Revue juridique polynésienne*, Numéro Hors Série, Volume 1 (2001), pp. 217-234.

Arens, W. (2003). Cannibalism reconsidered: A response to Marshall Sahlins, *Anthropology Today* vol. 19 No. 5, S. 18-19.

Auga, Michèle (2007). Krisen und Kriege in der entgrenzten Welt. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Beaglehole, John Cawte (1947). The exploration of the Pacific. 2. Auflage, London Brown,

Chappell, David (2005). "Africanization" in the Pacific: Blaming Others for Disorder in the Periphery? *Comparative Studies in Society and History* vol. 47, pp. 286-317.

Chojnacki, Sven (2004). Gewaltakteure und Gewaltmärkte: Wandel der Kriegsformen? *Der Bürger im Staat*, 54. Jahrgang, Heft 4 Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 197 – 204.

Clossey, Luke (2006). Merchants, migrants, missionaries, and globalization in the early-modern Pacific. *Journal of Global History* (2006) 1, pp 41–58.

Clunie, Fergus (1977). Fijian weapons & warfare, Suva.

CNN (2004). Private contractors who torture. [<http://www.cnn.com/2004/LAW/06/17/mariner.contractors/index.html>].

Collier, Paul (2000). Economic Causes of Civil Conflict and their Implications for Policy. World Bank, Washington.

Cook, James (1777). *A Voyage Towards the South Pole, and Round the World, Performed in the Years 1772, 1773, 1774, and 1775*, in 2 vols, Australian Facsimile Editions no. 191 (1970), Adelaide

Derrick, Roland Albert (1974). *A History of Fiji*. 8. Auflage, Suva.

Duncan, Ron and Chand, Satish (2002). "The Economics of the 'Arc of Instability'". *Asian-Pacific Economic Literature*, Vol. 16, pp. 1-9.

Elwert, Georg (1997), *Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt*, *Kölner Z. f. Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft Nr. 37, S. 86 – 101.

Emberson-Bain, 'Atu (2002). *Labour and gold in Fiji*. Cambridge, Cambridge University Press.

Eppler, Erhard (2002). *Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main.

Evans, Michael (2003). *From Kadesh to Kandahar. Military Theory and the Future of War*. *Naval War College Review*, vol. 55, No. 3, S. 132 – 150.

FijiLive.com (2004). *Fiji Mercenary Killed In Baghdad*, 09. Feb. 2004.

Fiji Government (1997), *Verification Status Report*, Ministry of Agriculture & Alta, Suva.

Firth, Stewart (2007). *Pacific Islands Trade, Labor, and Security in an Era of Globalization*. *The Contemporary Pacific*, vol. 19, No. 1, S. 111 – 135.

Firth, Stewart (2001). *A Reflection on South Pacific Regional Security, Mid-2000 to Mid-2001*. *The Journal of Pacific History*, 36(3), 277-283

Fraenkel, Jon (2007). *The Fiji coup of December 2006: who, what, where and why?*. Fraenkel, Jon und Stewart Firth (Hrsg), *From election to coup in Fiji: the 2006 campaign and its aftermath*, Crawford School of economics and Government, The Australian National University, Canberra, S. 420 – 449.

Fraenkel, Jon (2004). 'The Coming Anarchy in Oceania? A Critique of the "Africanisation of the South Pacific" Thesis', *Journal of Commonwealth & Comparative Politics*, 42, (1), pp1-34

Fraenkel, Jon (2000). *The Clash of Dynasties and Rise of Demagogues: Fiji's Tauri Vakaukauwa*. *The Journal of Pacific History*, 35(3), 295-308.

Gleditsch, Nils Petter und Henrik Urdal, 2002. 'Ecoviolence? Links Between Population-Growth, Environmental Scarcity and Violent Conflict in Thomas Homer-Dixon's Work', *Journal of International Affairs* 56(1): 283–302.

Global Security (2007). *Iraq Coalition Troops*. [http://www.globalsecurity.org/military/ops/iraq_orbat_coalition.htm].

Goodhand, Jonathan (2003). *Enduring Disorder and Persistent Poverty: A Review of the Linkages between War and chronic Poverty*. *World Development*, vol. 31, No. 3, S. 629 – 646.

- Griffin, Christopher (2006). Unity, Identity, Nation Building: Challenges to Fijian Leadership. Rumley, Dennis, Vivian Louis Forbes and Christopher Griffin (Hrsg.). Australia's Arc of Instability. The Political and Cultural Dynamics of Regional Security. Springer, Dordrecht, S. 247 – 270.
- Grynberg, Roman, Peter Fulcher and Peter Dryden (1999). Mining Taxation in Fiji. The case of Emperor gold mine. International Journal of Social Economics, Vol. 26, No. 1/2/3, S. 79 – 108.
- Henderson, George Cockburn (1931). The journal of Thomas Williams, missionary in Fiji, 1840-1853, Sydney.
- Holmqvist, Caroline (2005). Private Security Companies. The Case for Regulation. SIPRI Policy Paper No. 9, Stockholm.
- Homer-Dixon, Thomas F. (2000). Scarcity and Conflict. Forum for Applied Research and Public Policy, vol. 15, No. 1, S. 28 – 35..
- Horne, John (1881). A year in Fiji, or an inquiry into the botanical, agricultural, and economical resources of the Colony, London.
- Howlett, Robert A. (1948). The history of the Fiji Military Forces, 1939-1945, compiled from official records and diaries. Crown Agents for the Colonies on behalf of the Government of Fiji, London.
- JellyPuddin (2005). Security Contractors in Iraq..Rep Marcie Kaptur says 100,000 +. [http://www.privateforces.com/infos__articles/iraq__middle_east/security_contractors_in_iraq..rep_marcie_kaptur_says_100000_.html]
- Ishizuka, Katsumi (1999). Fiji: A micro state and its peacekeeping contribution. *Peacekeeping & International Relations*; Mai/Juni; vol. 28, No. 3; S. 18 - 21
- Kaldor, Mary (1999). New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era. Cambridge: Polity Press.
- Kaplan, Martha (1988). The Coups in Fiji: Colonial Contradictions and the Post-colonial Crisis. *Critique of Anthropology*, vol 8, No. 3.
- Kaplan, Robert (1994). The Coming Anarchy. *The Atlantic Monthly*, February, S. 44-76.
- Kelly, John D. (2005). Boykotts and Coups, Shanti and Mana in Fiji. *Ethnohistory*, vol 52, No. 1, 13-27.
- Lal, Brij V. (1992). Broken Waves: A History of the Fiji Islands in the Twentieth Century, University of Hawaii Press, Honolulu.
- Lal, Patma und Mahendra Reddy (2002) Old Wine in a New Bottle? Proposed Sugar Industry Restructuring and Land Conflict in Fiji, *Pacific Economic Bulletin*, 18(1): 79-99.

Lal, Victor (1990). Fiji – Coups in Paradise. Race Politics and Military Intervention. Zed Books, London.

Lawry, Rev. Walter (1850). Friendly and Feejee Islands: A missionary visit to various stations in the South Seas in the year 1847. Herausgegeben von Rev. Elijah Hoole, London.

Lawson, Stephanie (2004). The Military versus Democracy in Fiji: Problems for Contemporary Political Development. May, R. J. und Viberto Selochan (Hrsg), The Military and Democracy in Asia and the Pacific, The Australian National University, Canberra, S. 132 – 147.

Lock, Peter (2004). Ökonomie der neuen Kriege. Der Bürger im Staat, 54. Jahrgang, Heft 4 Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, S. 191 – 196.

Lockerby, William (1925). The journal of William Lockerby: Sandalwood trader in the Feejee Islands, 1808-1809, herausgegeben von Sir Everard im Thurn and Leonard C. Wharton, London.

Lutz, Dieter S. (2002). Frieden durch Angriffskriege? Das zivilisatorische Projekt (des Westens) steht am Scheideweg. [<http://www.gustav-heinemann-initiative.de/Lutz.pdf>, 22.06.2007].

May, Ronald James (2003) 'Arc of instability'?: Melanesia in the early 2000s, Macmillan Brown Centre for Pacific Studies, Occasional paper; no. 4, Christchurch, New Zealand.

Mohanty, Manoranjan (2006). Globalisation, New Labour Migration and Development in Fiji. Firth, Stewart (Hrsg), Globalisation and Governance in the Pacific Islands, The Australian National University Press, Canberra, S. 107 – 120.

Münckler, Herfried (2002). Die neuen Kriege. Reinbek bei Hamburg.

Nafziger, E. Wayne und Juha Auvinen (2002). Economic Development, War and State Violence. World Development, vol. 30, No. 2, S. 153 – 163.

Naidu, Vijay (1980). The Violence of Indenture in Fiji. Fiji Monograph Series No. 3, Suva.

Native Land Trust Board (NLTB) (2003). Annual Report 2002, Suva.

Nicole, Robert E. (2006) Disturbing history: Aspects of resistance in early colonial Fiji, 1874-1914, Thesis (Ph.D.), University of Canterbury.

Nithyanandam, V Nithi und Rukmani Gounder (2002). Equals in Markets: Land Property Rights and Ethnicity in Fiji and Sri Lanka. 13th World Congress of the International Economic History Association on Ethno-nationality, Property Rights in Land and Territorial Sovereignty in Historical Perspective, Buenos Aires, July 22-26, 2002.

Obeyesekere, Gananath (2005). Cannibal talk: The man-eating myth and human sacrifice in the South Seas, Berkeley : University of California Press

Obeyesekere, Gananath (2003). Cannibalism Reconsidered: Responses to Marshall Sahlins. Anthropology Today, Vol. 19, No. 5, S. 18

Rabukawaqa, Joshua R. (1980). *Bau: A brief description of historical features found on the island of Bau, Suva.*

Ratuva, Steven (2007). The pre-election 'cold war': the role of the Fiji military during the 2006 election. Fraenkel, Jon und Stewart Firth (Hrsg), *From election to coup in Fiji: the 2006 campaign and its aftermath*, Crawford School of economics and Government, The Australian National University, Canberra, S. 26 – 45.

Ravuvu, Asesela (1988). *Fijians at War, 1939 – 1945.* The University of the South Pacific, Institute of Pacific Studies, Suva.

Ravuvu, Asesela (1983). *Vaka i Taukai – The Fijian Way of Life,* Suva.

Regan, Patrick M. und Daniel Norton (2005). Greed, Grievance, and Mobilization in Civil Wars. *The Journal of Conflict Resolution*, vol. 49, No. 3, S. 319 – 336.

Reilly, Ben (2002). 'A Reflection on South Pacific Regional Security': a Rejoinder. *The Journal of Pacific History*, Vol. 37, No. 3, pp. 323 – 324.

Reilly, Ben (2000). The Africanisation of the South Pacific. *Australian Journal of International Affairs*, vol 54, No. 3, pp. 261 - 268.

ROAR (2006). Why the British Army has to employ its own foreign legion. [http://www.r-o-a-r.org/news/for_legion.html].

Robertson, Robert T. und Akosita Tamanisau (1988). *Fiji, shattered coups*, Australian Council for Overseas Aid und Fiji Independent News Service, Leichhardt, N.S.W., Australien.

Robie, David (1989). *Blood on their Banner. Nationalist Struggles in the South Pacific.* London und New Jersey.

Rokoduru, Avelina (2006). Contemporary Migration Within the Pacific Islands: The case of Fijian skilled workers in Kiribati and Marshall Islands. Firth, Stewart (Hrsg), *Globalisation and Governance in the Pacific Islands*, The Australian National University Press, Canberra, S. 173 – 188.

Routledge, David John Michael (1985). *Matanitu: The struggle for power in early Fiji,* Suva.

Rumley, Dennis, Vivian Forbes and Christopher Griffin (2006). *Australia's Arc of Instability. The Political and Cultural Dynamics of Regional Security.* GeoJournal library; v. 82, Dordrecht.

Sahlins, Marshall (2004). *Apologies to Thucydides: understanding history as culture and vice versa*, Chicago: University of Chicago Press, 2004.

Sahlins, Marshall (2003). Artificially maintained controversies. Global warming and Fijian cannibalism. In *Anthropology Today*, vol. 19, No. 3, S. 3 – 5.

Sahlins, Marshall (1987). War in the Fiji Islands: The force of customs and the customs of force. In *International Ethics in the Nuclear Age*, ed. Robert J. Myers, Lanham u.a.: University Press of America, 299-328

Sahlins, Marshall (1983). Raw women, cooked men and other "great things" of the Fiji Islands. In *The Ethnography of Cannibalism*, ed. Paula Brown and Donald Tuzin, Society for Psychological Anthropology, Symposium "The ethnography of cannibalism" ; Washington, D.C., 72-93.

Sanday, Jim (1991). The Politicization of Military Professionalism in Fiji. Selochan, Viberto (Hrsg.), *The Military, the State and Development in Asia and the Pacific*, Westview Studies in Regional Security, Boulder, S. 239 – 288.

Sanday, Jim (1998). UN Peacekeeping, UNIFIL and the Fijian Experience. Australian National University. Strategic and Defence Studies Center, Working Paper No. 320.

Sanday, Jim (1989). The Military in Fiji: Historical Development and Future Role. Australian National University. Strategic and Defence Studies Center, Working Paper No. 201.

Scarr, Deryck (1970). Cakobau and Ma'afu. Contenders for pre-eminence in Fiji. In Davidson, J.W. und Deryck Scarr (Hrsg), *Pacific Islands Portraits*. Australian National University Press Canberra, 95 – 126.

Scarr, Deryck (1970a). Recruits and Recruiters – A portrait of the labor trade. In Davidson, J.W. und Deryck Scarr (Hrsg), *Pacific Islands Portraits*. Australian National University Press Canberra, 225 - 251.

Schlichte, Klaus (2002), Neues über den Krieg? Einige Anmerkungen zum Stand der Kriegsforschung in den Internationalen Beziehungen, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jg. 9, H. 1, S. 113-137

Schreiber, Wolfgang (2001). Die Kriege in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und danach. Rabehl, Thomas und Wolfgang Schreiber (Hrsg.), *Das Kriegsgeschehen 2000. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte*, Opladen, S. 11-46.

Schreier, Fred und Marina Caparini (2005). *Privatising Security: Law, Practice and Governance of Private Military and Security Companies*, Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces, Occasional Paper No. 6, Genf.

Schubert, Gunter, Rainer Tetzlaff und Werner Vennewald (Hrsg.) (1994). *Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzeptes der strategischen und konfliktfähigen Gruppen*. Münster, Hamburg

Scott, J.C. (1990). *Weapons of the Weak: Everyday Forms of Peasant Resistance*. South Asian Edition. Oxford University Press, Delhi, Bombay, Calcutta, Madras.

Spanger, Hans-Joachim (2002). *Die Wiederkehr des Staates*. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, HSK-Report 1 / 2002, Frankfurt a. M.

Stanmore, Arthur Hamilton-Gordon, Baron (1876). *Letters and notes written during the disturbances in the highlands (known as the "devil country") of Viti Levu, Fiji, 1876*, Edinburgh, Scotland: R & R Clark, 1879.

Stepan, Alfred and Cindz Skach (1993). Constitutional Frameworks and Democratic Consolidation: Parliamentarism versus Presidentialism. *World Politics* vol. 46, No. 1, pp. 1-22.

Storey, Donovan (2006). *End of the Line? Globalisation and Fiji's Garment Industry*. Firth,

Stewart (Hrsg), *Globalisation and Governance in the Pacific Islands*, The Australian National University Press, Canberra, S. 217 – 236.

Tippett, Alan Richard (1958). The nature and social function of Fijian war. *Transactions and Proceedings of The Fiji Society* Jahrgang 12. Juli 1954, S. 137 – 55.

Torika Net (2007). Fijian lad dies in Iraq. [<http://torika.net/fiji2007/?p=109>].

UNDP (1997). *Fiji poverty report*, Suva.

Ward, R. Gerard (1997), 'Land in Fiji', Lal, B.V. und T.R. Vakatora (Hrsg), *Fiji in Transition, Vol. 1*, School of Social and Economic Development, The University of the South Pacific, Suva.

Waterhouse, Joseph (1866). *The king and people of Fiji : containing a life of Thakombau, with notices of the Fijians, their manners, customs, and superstitions, previous to the great religious reformation in 1854*, London.

Watson, Greg (2005). *Conflict Overview Fiji*. Henderson, John and Greg Watson (Hrsg). *Securing a Peaceful Pacific*, Canterbury University Press, Christchurch, S. 359 – 364.

Wilkes, Charles (1845). *Narrative of the United States Exploring Expedition during the years 1838, 1839, 1840, 1841, 1842*, Philadelphia.

Williams, Thomas und James Calvert (1860). *Fiji and the Fijians: And missionary labours among the cannibals; extended with notices of recent events*, London.

WSWS (2005). *Latin American mercenaries guarding Baghdad's Green Zone*. World Socialist Website [<http://www.wsws.org/articles/2005/dec2005/merc-d28.shtml>].